

GLOSSAR

GRUNDLINIEN UND GRUNDBEGRIFFE DER GESCHICHTE RUSSLANDS

ÜBUNG, WINTERSEMESTER 1997/98

LEITUNG: PROF. DR. HEIKO HAUMANN

2. ERWEITERETE FASSUNG

HISTORISCHES SEMINAR BASEL

2002

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	3
Bemerkung zu Literaturhinweisen	4
Transkription kyrillischer Buchstaben	4
Glossar I	5
Glossar II	26
Gesamtverzeichnis der Literaturhinweise	56
Index	58
MitarbeiterInnen	62

*Siehe die Weltkarte an:
Wohin gehört Russland?
Zu Europa oder zu Asien?
Zu beiden?*

J.G. Herder (1802)

VORWORT

Entstanden ist dieses Glossar "Grundlinien und Grundbegriffe der Geschichte Russlands" in der gleichnamigen Veranstaltung im Wintersemester 1997/98 am Historischen Seminar Basel unter der Leitung von Prof. Dr. Heiko Haumann. In dieser Zeit versuchten 34 Studierende aller Semester die wichtigsten Besonderheiten der Geschichte Russlands zusammenzutragen und in Beziehung zu einander und zu westeuropäischen Verhältnissen zu bringen.

In einem ersten Schritt wurden die jeweiligen Grundbegriffe in unterschiedlichsten Gesamtdarstellungen, Handbüchern, Lexika und anderen Hilfsmitteln nachgeschlagen, miteinander verglichen und auf etwaige (westliche) Wertungen und Unterschiede untersucht. Ziel war es, mit diesen zusammengetragenen Informationen neue Definitionen zu verfassen, welche Ursprung, Zeitspanne und Prägung der jeweiligen Begriffe kurz und prägnant erläutern. Diese Kurzdefinitionen wurden dann in den einzelnen Sitzungen vorgetragen, diskutiert, kritisiert und auf ihre "Werteneutralität" untersucht. Das Endresultat dieser Arbeit sind die im hier vorliegenden Glossar I alphabetisch aufgelisteten Kurzeinträge.

Ein zweiter Schritt bestand darin, die oftmals sehr kurz und abstrakt gehaltenen Grundbegriffe einem übergeordneten Begriff (wie z.B. Wirtschaft, Verwaltung, Kirche, Alltag und Kultur) zuzuordnen und genauer zu erläutern. In Gruppenarbeit wurden längere Texte verfasst, in denen ein Grundbegriff in (s)eine Geschichte, seinen historischen Kontext, eingebettet, etwaige Begriffsverschiebungen aufgezeigt und in Verbindung mit anderen Grundbegriffen gebracht werden sollte. Hauptanliegen bei der Ausarbeitung dieses zweiten Teils (Glossar II) war es, die wichtigsten Zusammenhänge und Grundlinien in der Geschichte Russlands zu erkennen und darzustellen. In einer letzten Phase bearbeitete und vereinheitlichte die sechsköpfige Redaktionsgruppe sämtliche Begriffe und versuchte mit Hilfe eines hoffentlich benutzerfreundlichen Pfeilsystems [↑] überall dort Querverweise einzufügen, wo sich Begriffe in verschiedenen Texten aufeinander beziehen.

Das Resultat dieser Arbeit ist der Versuch, eine "andere", erweiterte Art Glossar zu offerieren. Es soll StudentInnen nicht nur zur Einführung in die Geschichte Russlands, sondern auch als nützliches Nachschlagewerk während ihres Studiums dienlich sein. Nicht zuletzt versteht sich dieses Gemeinschaftswerk als ein Anstoss für spätere Generationen von Studierenden, Ergänzungen anzubringen, Inhaltliches auszubauen und somit ein seminarinternes Glossar mitzugestalten.

Basel, Herbst 1998

Tanja Popović und Julia Richers

ZUR ZWEITEN, ERWEITERTEN FASSUNG

Nachdem das Glossar für längere Zeit unverändert geblieben ist, haben sich im Wintersemester 2001/02 Studierende aus dem Proseminar zur Einführung "Schweizer in Russland – Russen in der Schweiz" von Prof. Dr. Heiko Haumann bereit erklärt, das Glossar weiter zu ergänzen und mit neuen Einträgen zu versehen. Entstanden ist diese zweite Fassung, die hoffentlich auch weiterhin zur Mitarbeit und zu Eigenbeiträgen anregen wird.

Basel, Frühjahr 2002

Julia Richers

BEMERKUNG ZU LITERATURHINWEISEN

Wenn keine anderen Werke im Literaturhinweis (📖) am Ende der jeweiligen Kurzeinträge des Glossars I erwähnt sind, so wird davon ausgegangen, dass der Verfasser oder die Verfasserin der jeweiligen Einträge folgende Werke benutzt hat:

Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München 1996.

Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991. Hg. von Hans-Joachim Torke. München 1993.

Lexikon der Geschichte Russlands. Von den Anfängen bis zur Oktoberrevolution. Hg. von Hans-Joachim Torke. München 1985.

Hans-Joachim Torke: *Einführung in die Geschichte Russlands*. München 1997.

TRANSKRPTION KYRILLISCHER BUCHSTABEN

Russische Namen und Wörter, die in diesem Glossar verwendet wurden, sind in der am Historischen Seminar üblichen wissenschaftlichen **Transkription** meist klein und *kursiv* wiedergegeben. Hier die wichtigsten Buchstaben:

Ц ц	c	wie z / tz
Ч ч	č	wie tsch
С с	s	stimmloses s (wie β)
Ш ш	š	wie sch
Щ щ	šč	wie schtsch
В в	v	wie w
З з	z	stimmhaftes s
Ж ж	ž	stimmhaftes sch (wie <i>Journal</i> , <i>Passagier</i>)
Ы	y	dumpfes i
Ь	'	in: d', l', m', n', r', s', t' erweicht Konsonanten

G L O S S A R I

Abgabewesen ↑GL.II

Altgläubige (*starovercy*), in der Literatur auch als Altritualisten (*staroobryadcy*) oder Schismatiker (*raskol'niki*) zu finden.

Bezeichnung der Gläubigen, die die von Patriarch Nikon durchgeführten liturgischen Reformen (1654 und 1667), die im wesentlichen eine Wiederangleichung an das griechische Vorbild bedeuteten, ablehnten und sich von der russisch-orthodoxen Staatskirche abgespalteten. Zu ihrem Wortführer wurde der Protopope Avvakum (1620/21-1682), der für das Altgläubigentum bis in die heutige Zeit eine prägende Wirkung hatte. Die wichtigsten Unterschiede zur ↑Orthodoxen Kirche [GL.II] sind v.a. rituelle, wie das altgläubige zweifingrige Kreuzzeichen (orthodox: Dreifingerkreuzzeichen), Abweichungen beim Halleluja-Gesang und der Schreibung des Namen Jesu u.a., Uneinigkeit über bestimmte religiöse Fragen (z.B. die Eheschliessung) hatten eine Zersplitterung in verschiedene Untergruppen innerhalb der Anhänger des Altgläubigentums zur Folge.

Die Hauptunterscheidung wird in Priesterlose (*bespopovcy*) und Priesterliche (*popovcy*) gemacht. Als Opposition zur Staatskirche und Staatsgewalt verstanden, waren sie seit der Abspaltung (*raskol*) mehr oder minder hartnäckigen Verfolgungen und Diskriminierungen ausgesetzt, bis im Revolutionsjahr 1905 allgemeine Religionsfreiheit proklamiert wurde. 1852 bildete sich im Ausland, in der damaligen österreichischen Bukovina, eine erste Hierarchie, der bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jhs. weitere folgten. Diese werden seit dem Sozialismus als Kirche geduldet und verstehen sich heute als konfessionelle Minderheit. Ein bedeutender Teil der Altgläubigen lebt heute ausserhalb der russischen Staatsgrenze, v.a. in den ehemaligen baltischen Sowjetrepubliken und in Südamerika.

📖 Peter Hauptmann: *Altrussischer Glaube*. Göttingen (1963); Viktoria Pleyer: *Das russische Altgläubigentum*. München (1961)

Anarchismus. Unter Anarchismus versteht man die politische Lehre, die jede Art von Autorität, z.B. von Staat und Kirche, als Form der Herrschaft von Menschen über Menschen ablehnt. Elemente des Anarchismus in Russland finden sich bereits im 14. und 15. Jahrhundert bei Häretikern und religiösen Aussenseitern. Auch die Bauernaufstände und die Kosaken zeigten Tendenzen zur Staatslosigkeit. Die eigentlichen Gründungsväter sind allerdings Michail Bakunin (1814-1876) und Fürst Petr Kropotkin (1842-1921), die beide adlige Gutsbesitzer waren. Das Ziel war eine soziale Revolution aller Unterdrückten gegen Kapitalismus und Bourgeoisie. Die Gesellschaft sollte durch eine lose Föderation von Produktionseinheiten organisiert, die Trennung zwischen manueller und geistiger Arbeit als eine wesentliche Ursache der Ausbeutung aufgehoben sein. Der Staat sollte zerschlagen werden, ohne dass ein neuer konstituiert werden sollte. Bakunin und Kropotkin hatten allerdings verschiedene Vorstellungen davon, wie der Anarchismus aussehen sollte. Durch Lenins "Aprilthesen" glaubte man eine Abwendung vom Marxismus zum Anarchismus zu entdecken, weshalb sie die ↑Bolschewiki [GL.I] unterstützten, die nach der Revolution allerdings bald ihre Vorstellungen einer starken Zentralmacht umsetzten.

Barščina (Fron, Frondienst). Die *Barščina* geht bis in die Kiever Rus' zurück. *Barščina* ('Fronarbeit') musste im Rahmen der Leibeigenschaft - von den Grundherrn willkürlich, in Form und Dauer häufig ausbeuterisch festgesetzt - als Arbeit auf den Feldern, im Haus und als Fuhrdienst das ganze Jahr hindurch geleistet werden. Das Ausmass insgesamt war zeitlich und geographisch verschieden. Erst 1797 kam unter Paul I. ein wenig beachteter Erlass heraus, der die Fronarbeit auf maximal 3 Wochentage beschränkte. Die *Barščina* wurde ab dem 17. Jh. immer mehr durch den ↑*obrok* [GL.I] ersetzt. Die Fronarbeit dauerte bis in die 1. Hälfte des 19. Jhs. an. Sie wurde mit der Abschaffung der ↑Leibeigenschaft [GL.I] 1861 in geregelte Vertragsbeziehungen zwischen Bauern und Gutsbesitzern überführt.

Bojaren. Die etymologische Bedeutung des Begriffs ist bis jetzt ungeklärt. Möglich ist die Herkunft aus dem Altürkischen *bai +är*, was soviel wie "vornehmer Mann" bedeutet. Im Kiever Reich waren die Bojaren freie Gefolgsleute des Fürsten, sie gehörte zu seiner *družina*. Aus ihr entwickelte sich die Bojarenduma [↑Duma, GL.II], eine Art Rat der Adligen, der anlässlich von Festmählern am Fürstenhof zusammentrat. Seit dem 12. Jh. waren die Bojaren die oberste, einflussreichste Adelsschicht mit erblichem Grundbesitz (*votčina*). Sie hatten grundsätzlich das Recht, die Gefolgschaft des Fürsten zu verlassen. Andererseits war der Titel Bojar nicht erblich, er wurde durch den Herrscher (Grossfürst, Zar) verliehen, blieb aber de facto auf bestimmte Familien mit Grossgrundbesitz beschränkt. Vom 15. Jh. an begannen die Herrscher, die Rechte der Bojaren zu beschneiden, auch wurde das Verlassen der Gefolgschaft als Verrat angeprangert. Zusehends wurden sie auf den Status von Dienstleuten (*pomeščiki*) herabgedrückt. Unter Peter dem Grossen (1682-1725) waren Erbadel und Dienstadel bereits gleichbedeutend. In der sich herausbildenden Platzordnung (*mestničestvo*), die allen Adligen einen bestimmten Platz in ihrer Stellung zum Herrscher zuwies, behielten die Bojaren allerdings stets den obersten Rang.

Bojarenduma ↑Duma [GL.II]

Bolschewiki [auch: Bolschewiken, Bolschewisten, Bol'sheviki], russ. 'Mehrheitler', entstanden bei der Spaltung der ↑Sozialdemokratischen Partei [GL.II] 1903 aus der Mehrheit. Ziel der Bolschewiki war eine zentralisierte Partei aus professionellen Revolutionären. Es wurde eine Hegemonie des Proletariats mit Hilfe von Bündnissen mit den Bauern angestrebt. Die Bolschewiki hielten Stadien des Kapitalismus für überspringbar, so dass man direkt zum Sozialismus übergehen könne. Die Bolschewiki waren die Gründer der Kommunistischen Partei Russlands. Populärste Mitglieder: W.I. Lenin, L.D. Trockij, N.I. Bucharin und J.W. Stalin.

Bund. Der "Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Polen, Litauen und Russland" wurde 1897 in Wilna für das Gebiet des "Aussiedlungsrayons", wo die Juden siedeln durften, gegründet. Bis 1905 war es die grösste sozialdemokratische Partei in Russland. Für jüdische Arbeiter war es wichtig, einer jüdischen Arbeiterpartei anzugehören, denn sie wurden nicht nur von ihren Arbeitgebern schikaniert, sondern oft auch von nicht-jüdischen Kollegen; hinzu kamen fehlende Russischkenntnisse. Sie verstanden sich allerdings als Teil der russischen ↑Sozialdemokratie [GL.II], weshalb sie an deren ersten Kongress 1898 in Minsk teilnahmen. Die Mitglieder sahen sich als die Interessenvertreter der jüdischen Arbeiter, obwohl die Gründer zur russifizierten jüdischen *Intelligencija* gehörten. Sie strebten ein Russland der Föderation der Nationalitäten an, wo jede autonom sein sollte. So sollten etwa die Juden als jüdische Bürger anerkannt werden. 1903 traten sie aus der RSDRP wieder aus, weil ihr Vorschlag nach Autonomie der Nationalitäten abgelehnt worden war (zwischenhin noch einmal Zusammenarbeit mit den Menschewiki). Im 1. Weltkrieg hatten sie grosse Probleme, weil sich die jüdischen Siedlungsgebiete im Frontgebiet befanden. Sie glaubten nicht, wie etwa die Bolschewiki, dass Russland für den Sozialismus bereit war. Trotzdem unterstützten sie 1919 die Bolschewiki, ihre Diktatur zu errichten. 1920 gab es einen Bruch, während nur wenige zurück zu traditionellen sozialistischen Ideen wollten, schloss sich die Mehrheit der Komintern an.

 Harold Shukman: *The Blackwell Encyclopedia of the Russian Revolution*. Oxford, New York (1988)

Bürgertum (*buržuazija*). Laut Sowjetenzyklopädie wurden die Voraussetzungen zur Bildung einer *buržuazija* und gleichzeitig die Voraussetzungen zur Bildung des Kapitalismus im 17. Jh. geschaffen, weil eine einheitliche russische Marktwirtschaft entstand und die ersten Manufakturen aufgebaut wurden. Es ist somit v.a. die Rede von einer Industrie - *buržuazija*, die in der ersten

Hälfte des 19. Jhs. im Rahmen der Entwicklung des Textilbereiches entstanden ist. Die *buržuazija* hat trotz ihrer geringen Zahl teilweise eine wichtige politische Rolle gespielt. Manche Bauern wurden in der sowjetischen Klassifikation auch dazugezählt, weil sie ihre Produkte selbst vertrieben. Nach der Oktoberrevolution erfolgte schrittweise und vielfach unter Anwendung von Gewalt die "Liquidation" der *buržuazija*.

ČK / VČK ↑Geheimpolizei [GL.II]

Diebe im Gesetz (*вори в законе*). Angehörige einer verbrecherischen Bruderschaft, deren Ursprung in der Zarenzeit liegt. In der Stalinära in die Arbeitslager verbannt, scharten sie dank besonderer Ausstrahlung oder Skrupellosigkeit eine ergebene Anhängerschaft um sich. Hier entstanden ihr Ehrenkodex, dessen zentrale Elemente Pflicht, Ehre und Vergeltung sind, wie auch ihre bis heute gültigen Rituale. Sie kontrollierten in den 70er und 80er Jahren die sowjetische Unterwelt. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist ihr Einfluss schwer abzuschätzen. Sicher sind sie noch immer wichtige Figuren in der Unterwelt, gehen mafiosen Tätigkeiten nach und verfügen über Verbindungen nach dem Ausland.

📖 Jürgen Roth: *Die Russen Mafia*. Hamburg (1996); Ulrich Schmid: *Gnadenlose Bruderschaften*. Zürich (1996)

Dienstadel (*pomeščiki*). *Pomeščiki* waren die Inhaber eines Dienstgutes (*pomest'e*), das ihnen vom Herrscher (Fürst, Zar) für die Dauer des Dienstes, vor allem des Militärdienstes, verliehen wurde. *Pomest'e* bildete einen Gegensatz zur *voščina*, das dem Adligen als Erbgut gehörte. Das Dienstgut fiel bei Dienstunfähigkeit an den Herrscher zurück. Oft aber stellte der *pomeščik* einen Sohn als Ersatz, so dass das Dienstgut im Familienbesitz blieb.

Unter Ivan dem Schrecklichen wurde 1556 die Dienstleistung wie folgt festgelegt: 1 ausgerüstete Reitereinheit pro Viertel Land. Ein Viertel Land betrug 5'444 m². Die Dienstgüter hatten eine Grösse zwischen 230 und 440 Viertel. In der Adelscharta von Katharina II. (1785) wurden die Dienstgüter zu vollem persönlichem Besitz erklärt. Dadurch erhielten die *pomeščiki* auch eine grössere Verfügungsgewalt über die Leibeigenen. Bereits seit dem Ende des 16. Jhs. gab es in Russland mehr Dienstgut (*pomest'e*) als Erbland (*voščina*).

distrikt ↑Regierung und Verwaltung [GL.II]

Doppelherrschaft. Nachdem am 26.2.1917 der Zar die Duma - in der falschen Annahme, von ihr gehe der Aufstand aus - aufgelöst hatte, wurde am 28. Februar ein "Provisorisches Duma-Komitee" als Vorläufer der "Provisorischen Regierung" gebildet. Ebenfalls am 28. Februar wurde der Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten neu gegründet. Damit begann die Doppelherrschaft (*dvoevlastie*), die die Übergangszeit zwischen Februar- und Oktoberrevolution bezeichnete. Niemand besass zu dieser Zeit mehr Macht als der Petrograder Sowjet, dennoch beanspruchte er nicht die Alleinherrschaft. Die Sowjetmitglieder, die zunächst vorwiegend der *Intelligencija* angehörten, waren der Überzeugung, dass auf die Autokratie zunächst eine bürgerlich-demokratische Regierung folgen müsse, und befürchteten zudem, die Armee werde eine reine Sowjetherrschaft nicht dulden. Zu den wichtigsten Bedingungen des Sowjets zählte die Verwirklichung der politischen Freiheit in jeglicher Form. Am 1. März erging der "Befehl Nr.1", der die Truppen der politischen Kontrolle des Rates unterstellte.

Dreizelgensystem entspricht der klassischen Dreifelderwirtschaft: Im Wechsel wurde Winter-Sommergetreide angebaut, oder der Boden lag zur Erholung brach. Man teilte nun sein Feld in drei

gleich grosse Abschnitte - die Zelge - ein, um das Land in einem Dreijahresrythmus bebauen zu können.

Mit wachsender Bevölkerungszahl ging man in Russland seit der zweiten Hälfte des 15. Jhs. vom Rodungsbau (d.h. Rodung, 3-4 Jahre Anbau auf neugewonnenem Boden, nach dessen Auslaugen zog man weiter) zum Dreizelgensystem über.

Dritte Abteilung ↑Geheimpolizei [GL.II]

Drittes Rom. Der Mythos von Moskau als dem Dritten Rom ist eine legitimatorische Herrschafts-ideologie, die ihre Entstehung spezifischen realpolitischen Entwicklungen des späten 15. und frühen 16. Jhs. im Wirkungsfeld des aufsteigenden Moskauer Zarentums sowie der von Konstantinopel unabhängig gewordenen, aber in Orientierungsstreitigkeiten steckenden Orthodoxen Kirche zu verdanken hatte. In ihren gültigsten Formulierungen durch den Pskover Mönch Filofej (1. Hälfte 16. Jh.) liess sich die zunächst als Aufforderung an den Zaren zu guter und gerechter Lebens- und Führungshaltung gemeinte, den Zustand der universalen Christenheit behandelnde Botschaft sogleich auch als Absegnung des Moskauer Herrschaftsanspruchs verstehen; der machtkirchlichen orthodoxen Fraktion wiederum erschien eine Allianz mit dem de facto mächtigen, aber einer plausiblen höheren Legitimation ermangelnden Zartum vielversprechend im Kampf gegen andere, "ketzerische" religiöse Richtungen [↑Orthodoxie und Heterodoxie, GL.II]. Begleitet von messianischen Endzeiterwartungen besagte dieser Herrschaftsmythos nämlich, dass das Erbe der christlichen Orthodoxie nach dem Fall Konstantinopels an die Türken in die Verantwortung des Moskauer Herrschers übergegangen sei. Durch Bezugnahme auf die 'Nova Roma' Konstantins des Grossen, des christlichen Kaisers schlechthin, und durch ihn hindurch auf die augusteische 'Roma aeterna', das erste und ewig einzige, der Welt Frieden bringende Rom, projizierten die an diesem von flankierenden Massnahmen begleiteten Diskurs beteiligten Parteien ihre Allianz in die Anfangszeit ihres gültigen heilsgeschichtlichen Paradigmas und erreichten so die allgemein im Mittelalter höchstmögliche, traditionsbegründete Herrschaftslegitimation. Der konkrete Stellenwert einer solchen Erzählung für die betreffende Zeit ist allerdings schwer abzuschätzen. Durch Anpassung an veränderte Kontexte und in inhaltlicher Transformation war dem – in der Folge immer allgemeiner als Beweis kollektiver moralischer Superiorität verstandenen – Mythos vom Dritten Rom eine vielfältige Wirkungsgeschichte beschieden, bis ins 19. und 20. Jh. hinein, wo sie antiwestlich und antimodernistisch ausgerichtet erscheint [↑Slawophile, GL.I; ↑"Rückständigkeit", GL.II].

📖 Hildegard Schaeder: *Moskau, das dritte Rom. Studien zur Geschichte der politischen Theorien in der slawischen Welt*. 2. Aufl. Darmstadt (1957)

Družina war die Gefolgschaft der Fürsten. Sie hatte eine gehobene Stellung am Fürstenhof; der Herrscher musste sie versorgen und sich ihr Wohlwollen erhalten. Teilweise beriet er sich mit ihr auch über Regierungs- oder Kriegspläne.

Aus der *družina* bildete sich eine mächtige, vermögende Oberschicht, in der die Wurzeln des Adels lagen. Es gab zwei verschiedene Gefolgschaften: die ältere und die jüngere Gefolgschaft. Für die ältere Gefolgschaft, zu der vor allem die grossen Adligen mit eigener Gefolgschaft und eigenem Landgut gehörten, wurde ab Mitte des 12. Jahrhunderts der Begriff ↑Bojaren [GL.I] üblich. Die jüngere Gefolgschaft verdingte sich als Krieger für den Fürsten und wurde dafür von diesem versorgt. Die Gefolgschaft des Fürsten konnte sich bei grösseren Feldzügen um das Aufgebot aller freien Männer, der sogenannten *opolčenie*, erweitern. Seit der Mitte des 12. Jahrhunderts verschmolzen die beiden Begriffe immer mehr. Die Gefolgschaft der Fürsten war im Frühmittelalter kein spezifisch slawisches Phänomen, sondern existierte auch in anderen Teilen Europas.

Duma ↑GL.II

Familiengesetzbuch. Nach der Oktoberrevolution erliess die Sowjetmacht im Dezember 1917 zahlreiche Dekrete zur zivilen Eheschliessung, zu Kindern, zur Führung der Personenstandsakten und zur Ehescheidung. Im April 1918 wurden diese Dekrete zusammen mit dem Vormundschaftsrecht in das erste Ehegesetzbuch integriert. Ziel war einerseits, das Monopol der ↑Orthodoxen Kirche [GL.II] zu brechen, andererseits die Gleichstellung von Mann und Frau.

In breiten Diskussionen wurde Mitte der 20er Jahre eine Reform der Ehe- und Familiengesetzgebung vorbereitet, die die Grundsätze der Revolutionszeit vertiefen und präzisieren sollte. Das neue Gesetzeswerk trat am 01.01.1927 in Kraft: Offiziell registrierte und nicht-registrierte Ehen wurden gleichgestellt, Scheidungen erleichtert, Schwangerschaftsabbrüche freigegeben etc.

Eine Wende brachten die 30er Jahre: Am 27. Juni 1936 erfolgte eine Gesetzesrevision bezügl. des Ehe- und Familienrechts zur Stärkung der Familie als Basis des sozialistischen Staates. Ehescheidungen wurden erschwert und Abtreibungen verboten. Am 9. Juli 1944 wurden weitere, verschärfende Bestimmungen eingeführt: Neben einer Mutterschaftsauszeichnung wurde eine "Ledigensteuer" eingeführt.

Trotz der Diskussion zur neuen Frauenrolle in den 20er Jahren, der verstärkten Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozess und der Liberalisierungen unter Chrusčev kam es u.a. trotzdem zu einer Doppelbelastung der Frauen in der Sowjetunion.

Frauen ↑GL.II**Geheimpolizei** ↑GL.II

general-gubernator. Seit 1775 Vorsteher einer ↑*gubernija* [GL.I]; im 19. Jahrhundert Ämter in den zwei Hauptstädten und in den Randregionen: Polen, Finnland, Zentralasien, Fernost, ausgestattet mit rechtlicher Gewalt über mehrere *gubernijas*; im 20. Jahrhundert General-Gouvernements in: Moskau, Ukraine, Polen, Baltikum, Finnland und vier in Asien.

Glasnost' ist ein neu entstandener Begriff, der in der Alltagssprache nicht gebräuchlich ist. Er bedeutet Transparenz und Offenheit. Der Begriff kommt aus dem *Perestrojka*-Konzept der Öffnung, d.h. offener Umgang mit der Gesellschaft unter der Losung *Glasnost'*.

Glasnost' wurde zur Förderung einer kritischen und loyalen Öffentlichkeit eingesetzt. Es gab keine Zensuren der Informationen an die Bevölkerung mehr, über Unruhen, Drogenprobleme und Demonstrationen wurde nun berichtet. Sie sollte auch das öffentliche Wissen pluralisieren, was nötig war, da die Menschen des öfteren kaum informiert wurden.

Glasnost' war Teil des Demokratisierungsprozesses, des grundlegenden Umbaus von Staat und Gesellschaft (↑*Perestrojka*, GL.I). *Glasnost'* machte aus der Sowjetunion ein Glashaus. Die russische Bevölkerung konnte nun nach aussen blicken und das Ausland sah ins Innere.

📖 Michail Gorbatschow: *Perestroika*. München (1987)

GOELRO ↑GL.II

gorod ('befestigte Siedlung') ↑Regierung und Verwaltung [GL.II] und ↑Kreml' [GL.I]

GPU / OGPU ↑Geheimpolizei [GL.II]

Grossfürst. Von 907 bis zur Annahme des Zarentitels [↑Zar, GL.I] ist der Titel Grossfürst in Russland als Titel des Herrschers gültig. Zum erstenmal kommt er in den Verträgen von Byzanz vor, darin wird Oleg als erster Grossfürst genannt. Nach dem Übergang zum Zarentitel nahmen die Ältesten jedes Zweigs diesen Titel an. Auch die direkten Nachkommen eines Zaren führten bis zum zweiten Grad den Titel Grossfürst. Grossfürst nannten sich auch die Herrscher von Litauen, Finnland und seit 1766 Siebenbürgen.

gubernator. Im Russischen Reich des 19. Jhs. Leiter der Administration einer ↑*gubernija* [GL.I]; in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. wurde ihm auch die Aufsicht über die ↑*zemstvo* [GL.I] und städtische Organe übertragen.

gubernija ↑Regierung und Verwaltung [GL.II]

GULag (Hauptverwaltung der Besserungs-Arbeitslager) war eine Behörde innerhalb der OGPU [↑Geheimpolizei, GL.II], der ab 1930 alle Straflager (über 100 Inhaftierte) unterstellt wurden. Das GULag wurde geschaffen, als die Zahl der Häftlinge im Zuge der ↑Kollektivierung [GL.II] und der "Säuberungen" enorm anstieg. Die Häftlinge wurden systematisch zur Zwangsarbeit eingesetzt. Die Schätzungen der Zahl der Lagerinsassen differieren erheblich; sie bewegen sich zwischen insgesamt 2 und 20 Mio., vermutlich ist eher die höhere Zahl anzunehmen. Das GULag wurde 1956 aufgelöst.

Kadetten. Der Name "Kadetten" ging aus der Abkürzung KD für Konstitutionell-Demokratische Partei hervor. Die Kadetten nannten sich auch "Partei der Volksfreiheit". Die Partei wurde während des Oktoberstreiks 1905 gegründet und bestand mehrheitlich aus dem linken Flügel der vorherigen ↑*Zemstvo*-Bewegung [GL.I]. Die Kadetten verlangten in ihrem Programm:

- eine verfassungsgebende Versammlung
- allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht
- eine vom Parlament abhängige Regierung
- Redefreiheit
- Ausbau und Demokratisierung der Selbstverwaltung
- Agrarreform auf Kosten der Gutsbesitzer
- 8-Stunden-Tag, Streikrecht und freie Gewerkschaften
- Zugeständnisse an Nationalitäten

Nach der Machtübernahme der Bolschewiki gingen sie in den Untergrund, um sich mit anti-bolschewistischen Gruppierungen zusammenzutun. Viele Anhänger flohen ins Ausland oder wurden hingerichtet. 1921 spaltete sich die Partei, als P.M. Miljukov, der Kopf der Partei, sich für eine Angleichung an die Sozialisten [↑Sozialdemokraten, GL.II] einsetzte. Einst war dies die grösste nicht-sozialistische Partei Russlands. Die Parteiführung sah sich bis 1907 als linksliberal, danach orientierte sie sich vermehrt eher nach rechts, um dann später noch weitere Wandel durchzumachen.

📖 George Jackson: *Dictionary of the Russian Revolution*. New York (1989)

kahal (jüdische Gemeinde). Ähnlich wie die Bauerngemeinde [↑*mir/obščina*, GL.I] nützte der *kahal* dem Staate, indem er die Steuern eintrieb und eine soziale Kontrolle ausübte. Allerdings waren die Juden einschneidenden Regulierungsversuchen des zaristischen Staates ausgesetzt.

Kolchosen (russ. Kurzwort aus *kollektivnoe chozjaistvo* 'Kollektivwirtschaft') sind von der Idee her genossenschaftlich organisierte, landwirtschaftliche Betriebe in der Sowjetunion. Die ersten Kolchosen entstanden nach 1917 durch den freiwilligen Zusammenschluss von Bauern mit Selbstverwaltungsbefugnis. Um 1930 war die Brigade die wichtigste Organisationseinheit und war für die Berechnung der bäuerlichen Entlohnung, welche auf Grund der "Tagewerke" (*trudoden'*) berechnet wurde, zuständig.

Zwischen 1928 und 1937 (zur Zeit Stalins) wurde der Zusammenschluss zu Kolchosen, die ↑Kollektivierung [GL.II], durch massiven staatlichen Druck betrieben. Den Kolchosen wurden staatliche Ablieferungspflichten auferlegt, Überschüsse auf den sogenannten Kolchosmärkten verkauft.

Kollektivierung ↑GL.II

Kommandohöhen. Sammelbegriff für wichtige Wirtschaftszweige wie Grossindustrie, Verkehrswesen, Grosshandel, Aussenhandelsmonopol, die der Sowjetstaat auch während der NEP [↑Neue Ökonomische Politik, GL.II] in der Hand behielt.

Konstituante. Nach dem Sturz der "Provisorischen Regierung" [↑Doppelherrschaft, GL.I] schrieb der neue Rat der Volkskommissare (=Regierung) Wahlen zur Konstituanten aus, die dann eine Verfassung ausarbeiten und damit über das Gesellschafts- und Staatssystem entscheiden sollte. Bei der allgemeinen direkten Wahl der Abgeordneten (12.11.1917) erhielten die Sozialrevolutionäre (von der Masse der Bauern unterstützt) über die Hälfte der Stimmen. Als die Bolschewiki bei der Eröffnungssitzung am 5.1.1918 "eine Deklaration der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes" einbrachten, lehnte es die Mehrheit der Konstituante ab, diese überhaupt zu beraten. Daraufhin wurde die Verfassungsgebende Versammlung am folgenden Tag vom Zentralen Exekutivkomitee des Sowjetkongresses aufgelöst.

kormlenie ↑Abgabewesen [GL.II]

Kreml' (Burgfestung) - posad (Vorstadt). Im 11. Jahrhundert entwickelte sich aus dem Wort *gorod*, dem altrussischen Begriff für Burg, die Bezeichnung für die Stadt. *Kreml'* wurde nun die allgemeine Bezeichnung für die Burgfestung. Zu ihrer Ausstattung gehörten der Palast des Fürsten und/oder des kirchlichen Gebietsoberhauptes, die Kirche, die Behördengebäude sowie die Höfe der ↑Bojaren [GL.I].

Daneben entwickelte sich der *posad*, die Vorstadt. Zusammen mit dem *kreml'* bildet der *posad* die Gesamtstadt (modernrussisch *gorod*). Der *posad*, die 'eigentliche Stadt', unterstand einem zaristischen Statthalter und besass eine Selbstverwaltung, welche mit der Dorfgemeinde, der ↑*obščina* [GL.I], vergleichbar, jedoch nicht ganz so stark ausgeprägt war. Die "schwarzen" *posad*-Bewohner [↑"Schwarze" und "weisse" Bevölkerung, GL.I], d.h. die freien Handwerker, Händler und Kaufleute, mussten Steuern, Abgaben und Dienste entrichten und hafteten dafür kollektiv. Erst im 17. Jahrhundert gelang den *posad*-Bewohnern eine zumindest ansatzweise Befreiung aus der gemeinsamen Haftung.

Kriegskommunismus nennt man die bolschewistische Innen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik der Jahre 1918-1921. Die bolschewistische Parteiführung kämpfte mit straffer Führung und zentraler Planung gegen Hunger, Krieg und Konterrevolution. Die Industrie wurde verstaatlicht und einer staatlichen Zentralverwaltung unterstellt. Die Bauern mussten die gesamte Agrarproduktion zu Fixpreisen an den Staat abliefern. Der gesamte Warenverkehr sollte staatlicher Regie unterstellt und die Bevölkerung in Konsumgenossenschaften zusammengeschlossen werden. Die allgemeine Arbeitspflicht wurde verkündet und Geld als Folge der Inflation durch Naturalien ersetzt [↑Schwarzmarkt, GL.I]. Ausserdem wurden Sondervollmachten für das Kriegs-, Transport- und Versorgungskommissariat sowie für die Ausserordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage [↑Geheimpolizei, GL.II] erlassen.

Kulaken ↑GL.II

Kustar'-Gewerbe ↑GL.II

Land ↑Stadt und Land [GL.I]

Leibeigenschaft (russ. krepostnoe pravo) ist in Russland mindestens seit dem 12. Jh. bekannt und wurde 1648/49 allgemein eingeführt. Sie bedeutet, dass neben der Kirche hauptsächlich der Adel Menschen besass und über das Leben dieser Untertanen verfügen konnte. Diese Kreise unterwarfen die Leibeigenen der Fronarbeit [↑*Barščina*, GL.I], bestimmte ihre Abgaben [↑*obrok*, GL.I] und hatte das Recht sie zu verkaufen, zu pfänden und zu kaufen. Die Leibeigenen waren differenziert in Cholopen (niederste Schicht), unfrei Geborene, Schuldknechte und unfreie Bauern. Die Zahl der Leibeigenen wurde für 1678 auf 75% der Bevölkerung geschätzt. Es gab zahlreiche Versuche, sich der Leibeigenschaft durch Abwanderung zu entziehen (=Läuflinge). Ab 1649 wurde das Verlassen des Hofes gänzlich verboten (Schollenbindung). Es wurde nur ein minimaler Schutz gewährt: der des Lebens und im Eigeninteresse des Besitzers vor totalem Ruin. Die Leibeigenschaft entwickelte sich im 18./19. Jh. weiter zum leibeigenen Industriearbeiter. Das System der Leibeigenschaft überlebte sich, da Lohnarbeiter billiger waren (es wurde nur die effektive Arbeitsleistung bezahlt). Unter Alexander II. wurde die Leibeigenschaft 1861 endgültig abgeschafft.

Mafia ↑GL.II

Menschewiki [auch: **Menschewiken, Menschewisten, Men'sheviki**], russ. 'Minderheitler', entstanden bei der Spaltung der ↑Sozialdemokratischen Partei [GL.II] 1903 aus einer Minderheit. Es ist die Bezeichnung für die gemässigte, am Prinzip der demokratisch organisierten Massenpartei festhaltende Gruppe der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands. Ziel der Menschewiki war die Hegemonie des Proletariats in Verbindung mit den bürgerlichen Schichten, für die sie auch die Bürgerrechte forderten.

mestničestvo (Rangplatzordnung), hierarchisches Beziehungssystem des Hochadels, das aus der Zeit der Unterwerfung der Teilfürstentümer durch Moskau stammte und im 15. Jahrhundert voll ausgebildet war.

Vermutlich aus der Sitzordnung an der grossfürstlichen Tafel entstanden, regelte sie die Beziehungen hinsichtlich der offiziellen Würde sowohl innerhalb der Familie selbst als auch zwischen diesen. Kriterien waren einerseits Abstammung mit entsprechenden Geburtsvorteilen und anderer-

seits die eigenen Verdienste und Leistungen der Vorfahren, also ein frühes Leistungsprinzip. Allerdings war die Autorität und Macht des Zaren entscheidend für deren erfolgreiche oder eben auch misslungene Durchsetzung, welche durch immer wieder auftretende Ausnahmeregelungen noch weiter geschwächt werden konnte.

Die Verpflichtung des Zaren, sich an die Rangliste zu halten, warf die Frage auf, ob die Autokratie durch die Bindung behindert wurde oder ob sich der Zar die Adligen mit diesem Instrument gefügig gemacht hat, da diese leistungspflichtig waren. Auch wenn das Rangplatzdenken v.a. im unteren Adel noch lange nicht beseitigt werden konnte (Prozesse bis 1719), wurde das *mestničestvo* 1682 offiziell abgeschafft, da es für Amtsbesetzungen zu hinderlich geworden war.

Ein Beispiel: A konnte sich weigern, unter B zu dienen, weil Grossvater B unter Grossvater A gestanden hatte.

mir (obščina) ↑Selbstverwaltung [GL.II]

namestnik ('Stellvertreter') ↑Regierung und Verwaltung [GL.II]

Narodniki ('Volksfreunde', von *narod* 'Volk'): nannte man seit Ende der 1860er Jahre die Anhänger des von A.I. Herzen (1812-1870) und N. Gercen Černyševskij (1828-1889) geprägten russischen Bauernsozialismus. Die Anhänger dieser Idee stammten hauptsächlich aus dem urbanen Milieu der Intellektuellen. Sie wollten "ins Volk gehen" und ihm durch Aufklärung die Möglichkeit geben, sich zu befreien, d.h. die vollständige soziale und politische Befreiung der Bauernschaft und die Übergabe des gesamten zu bestellenden Landes an die Dorfgemeinde. Die revolutionäre Bewegung der *Narodniki* wurde *Narodničestvo* ('Volksverbundenheit', 'Populismus') genannt. Der "Gang ins Volk" erwies sich allerdings als völliger Fehlschlag: die Bauern zeigten keine positiven Reaktionen.

Neue Ökonomische Politik [NÖP; russ. NEP] ↑GL.II

oblast' ↑Regierung und Verwaltung [GL.II]

Obrok (jährliche Abgaben, Zins). Der *Obrok* ist vom 9.-14. Jh. eine direkte Steuer für Landnutzung, Fischerei, Jagd u.a., zahlbar in Naturalien - später auch in Geld. Der Begriffsinhalt wandelte sich: Vom 16./17. Jh. an war er eine Ersatzabgabe an Stelle der von den Leibeigenen zu leistende Fronarbeit [↑*Barščina*, GL.I]. Sie wurde von den Grundherren willkürlich festgesetzt, und ist daher oft als ausbeuterisch zu bezeichnen. Der steigende Finanzbedarf der Grundherren bewirkte eine kontinuierliche Erhöhung des *Obrok*. Er stieg vom Anfang des 18. Jhs. von 40 Kopeken auf 24 Rubel (1850), wobei die Geldentwertung zu berücksichtigen ist. Ab 1724 zahlten die Staatsbauern, zu denen auch die freien Bauern gezählt wurden, sowohl Kopfsteuern als auch *Obrok*. Schon um 1650 konnte man als Unfreier mittels *Obrok* das Recht erkaufen, Handel, Gewerbe oder gar Industrien zu begründen. Das Verfügungsrecht blieb aber sehr unsicher. Eingriffe der Grundherren waren immer möglich. Der *Obrok* verschwand allmählich ab 1861 mit der Abschaffung der Leibeigenschaft.

Obščestvo heisst 'Gesellschaft', ein Sinn, der heute weitgehend dem deutschen Sprachgebrauch (z.B. in "Gesellschaftswissenschaften") entspricht, und eine gewisse Gegensätzlichkeit zum Staat ausdrückt. In den vorrevolutionären Jahrzehnten bedeutete es auch "bessere Gesellschaft" der Be-

sitzenden und Gebildeten, die sich vom *narod*, dem gemeinen Volk, und natürlich auch von der $\hat{\cup}$ *Pugačevščina* [GL.I], ebenso jedoch vom Staat abgrenzte.

obščina (mir) $\hat{\cup}$ Selbstverwaltung [GL.II]

Ochrana $\hat{\cup}$ Geheimpolizei [GL.II]

okrug $\hat{\cup}$ Regierung und Verwaltung [GL.II]

Oktobristen. Die Grundlage der Oktobristen (abkürzende Bezeichnung für ‘Union des 17. Oktober’) bildet das Oktobermanifest, das "Manifest über die Vollkommnung der staatlichen Ordnung" vom 17. Oktober 1905. Darin hatte Nikolaj II. eine gewählte Versammlung mit gesetzgebenden Vollmachten versprochen. Die Staatsduma [$\hat{\cup}$ Duma, GL.II] sollte künftig alle Gesetze verabschieden. Die Oktobristen waren eine gemässigte liberal-konservative Partei mit einer nationalistischen Ideologie, ihre Anhängerschaft bestand aus Gutsbesitzern und wenigen Grossindustriellen. In der Bevölkerung waren sie durch eine winzige Minderheit vertreten, auch weil ihr Programm unbestimmt und unklar war. So verweigerten sie nicht-russischen Nationalitäten jegliche Autonomie, verurteilten aber gleichzeitig die Unterdrückung nationaler und religiöser Minderheiten. Die Oktobristen waren am ehesten eine "Partei des status quo". Hervorgegangen sind sie aus der $\hat{\cup}$ *Zemstvo*-Bewegung [GL.I], wobei sie zu ihrem rechten Flügel gehörten.

Opričnina bedeutet "das Abgesonderte" von altruss. *oprič* ‘ausser’. *Opričnina* bezeichnete ursprünglich den Witwenanteil eines Gutes und im 14./15. Jahrhundert den Landanteil der Mitglieder der grossfürstlichen Familie.

Ivan IV. (der Schreckliche) benutzte das Wort zur Bezeichnung des von ihm geschaffenen "Staates im Staate" und der darin herrschenden Terrororganisation. Ivan schuf die *opričnina* 1565, um das Land ohne Bojarenduma [$\hat{\cup}$ Bojaren, GL.I; $\hat{\cup}$ Duma, GL.II] regieren zu können. Die Jahre der *opričnina* wurden zwischen 1568 und 1570 von Hungersnöten und der Pest und 1671 von einem letzten Überfall der Tataren auf Moskau begleitet, so dass das Land bei ihrer Aufhebung 1572 ruiniert war. Damit endete der Versuch, eine reine Autokratie zu verwirklichen. Die Folgen dieser Zeit waren aber weit ins 17. Jahrhundert hinein spürbar [$\hat{\cup}$ *Smuta*, GL.II].

Orthodoxe Kirche $\hat{\cup}$ Orthodoxie und Heterodoxie [GL.II]

Perestrojka von *perestroit’/perestraivat’* ‘umbauen’ (z.B. eine Wohnung); *Perestrojka* ‘Umgestaltung, Umbau’. *Perestrojka* war 1929-30 und 1934 eine organisatorische Veränderung des damaligen Parteaufbaus zur Zeit des Stalinismus. Gorbatschov gab dem Wort *Perestrojka* eine neue Bedeutung. Gorbatschovs *Perestrojka* entsprang dem Wunsch nach einer Umgestaltung der bis zu diesem Zeitpunkt katastrophalen Wirtschaftslage, diese waren ökonomische Misserfolge und soziale Probleme wie Alkoholismus und eine grosse Armut der Bevölkerung. In den letzten zehn Jahren vor Gorbatschovs *Perestrojka* hatte die Sowjetunion eine Einbusse von mehr als der Hälfte des Nationaleinkommens zu verzeichnen. Von der viel gerühmten Gerechtigkeit des Sozialismus war nichts zu erkennen, es fehlte an Nahrungsmitteln, Wohnungen und vielem anderen. Gorbatschovs Umgestaltung bestand nun darin, in Politik und Bildung einzugreifen und Wirtschaftsreformen einzuleiten [$\hat{\cup}$ *Glasnost’*, GL.I].

Gorbačev betrachtete Europa als gemeinsames Haus, er wollte eine Einheit, die vom Atlantik bis zum Ural reichte (Maueröffnung in Berlin). Er richtete sein Augenmerk auf Europa, das er als vorbildlich bezeichnete [↑"Rückständigkeit", GL.II].

Den Kalten Krieg beendete er, indem er auf das Feindbild USA verzichtete. Gorbačev wollte seine *Perestrojka* auf die ganze Welt ausweiten. Sein Wunsch war ein gewaltfreier Weg der Umgestaltung. So setzte er sich für die Abschaffung der Atomwaffen sowie für die weltweite Bekämpfung der Armut ein.

📖 Michail Gorbatschow: *Perestroika*. München (1987)

Planwirtschaft ↑GL.II

pogosti ↑Regierung und Verwaltung [GL.II]; ↑Abgabewesen [GL.II]

poljud'e ↑Abgabewesen, GL.II

posad ↑Kreml' [GL.I]

Progressiver Block. Zusammenschluss von Fraktionen der Staatsduma [↑Duma, GL.II] und des Reichsrates im August 1915. Der Gegensatz zwischen der konservativen vierten Duma und der damals herrschenden Regierung wurde zu dieser Zeit immer grösser. Entstanden ist der Block vor allem wegen der russischen Niederlage des Frühsommers im Ersten Weltkrieg. Er bestand aus ↑Kadetten [GL.I], ↑Oktobristen [GL.I], Progressisten, gemässigten Rechten und progressiven Nationalisten. Seine Forderung war eine personelle Erneuerung der Regierung, welche das Vertrauen des Volkes haben und dem Parlament verantwortlich sein müsse. Die politische Spannweite des Progressiven Blocks reichte von links bis nach rechts, nur ganz Radikale waren nicht beteiligt. Am stärksten vertreten waren die Liberal-Konservativen [↑Kadetten, GL.I]. Der führende Kopf war P.M. Miljukov (Vorsitzender der KD-Fraktion). Der Progressive Block wurde zum ersten Träger der neuen Regierung nach der Februarrevolution von 1917. Diese stellte das eigentliche Ende des Blocks dar [vgl. ↑Doppelherrschaft, GL.I].

Proletkul't (*Proletarskaja kul'tura* = 'Proletarische Kultur') war eine kulturevolutionäre Bewegung der Oktoberrevolution und bestand von 1917 bis ca. 1925. Die Anhänger des *Proletkul't* folgten der Idee des Theoretikers A.A. Bogdanov, die Kulturrevolution als eigenständige Aufgabe neben der politischen und sozialökonomischen Revolution zu betrachten. Ihr Ziel war es, unabhängig von der bürgerlichen *Intelligencija* und den Bauern eine proletarische Kultur zu schaffen. Ebenso beanspruchten die Verfechter des *Proletkul't* die Selbständigkeit gegenüber der Kommunistischen Partei.

Im Widerspruch zu Lenins Ideologie, vorrangig den Analphabetismus zu bekämpfen und die bürgerliche Kultur nicht zu zerstören, sondern auf ihr aufzubauen, war Leitidee des *Proletkul't*, dass die geistig-kulturelle Erziehung unmittelbar aus der Arbeiterschaft unter Bruch mit der bürgerlichen Kultur die Voraussetzung für die Aufhebung der Klassen sei. Es wurden proletarische Klubs und Zirkel, Literaturstudios und Arbeiteruniversitäten gegründet. Man experimentierte mit improvisierten Massenschauspielen, Maschinenkonzerten und Strassentheatern. In der bildenden Kunst zeichnete sich bald der Konstruktivismus ab, in Literatur und Musik der Futurismus. Die Bewegung brachte eine eigentliche Künstlerszene hervor, darunter auch viele Frauen.

Mit Beginn der Kulturrevolution forderten einige Feministinnen, ein Arbeiterinnenbüro einzurichten, was ihnen von Lenin bewilligt wurde. Am 10. Mai 1917 erschien die erste

Neuausgabe der Frauenzeitschrift "Rabotnica" [↑Ženotdel, GL.I]. Seitens der Parteiführung wurde der Proletkul't misstrauisch beobachtet und in den nachrevolutionären Jahren ständig zurückgedrängt.

📖 Lynn Mally: *Culture of the Future: The Proletkult Movement in Revolutionary Russia*. Berkeley (1990); Kristine von Soden (Hg.): *Lust und Last - Sowjetische Frauen von Aleksandra Kollontai bis heute*. Berlin (1990)

provincija ↑Regierung und Verwaltung [GL.II]

Pugačevščina ist die abfällige und angstvolle Bezeichnung für Volks- und revolutionäre Bewegungen. Man sieht in diesen nur ungeordnete Haufen ähnlich den aufständischen Bauern und Kosaken unter der Führung von Pugačev (1742-1775), die mit Mühe von den Truppen Katharinas II. unterdrückt wurden. Diese abfällige Bezeichnung wurde hauptsächlich von Mitgliedern der besseren Gesellschaft (↑*Obščestvo*) verwendet.

razverstka ↑GL.II

Regierung ↑Regierung und Verwaltung [GL.II]

"Rückständigkeit" ↑GL.II

Schattenwirtschaft (Zweite Wirtschaft/Ausweichwirtschaft). Ökonomische Aktivitäten, die zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beitragen, die aber der staatlichen Lenkung und Regulierung entzogen sind. Unterschiedliche methodische Ansätze erschweren eine Aussage über ihre quantitative Bedeutung. Kurzfristig hat die Schattenwirtschaft positive Auswirkungen, da sie Ressourcen schnell zu verteilen und ungenutzte Reservekapazitäten zu aktivieren vermag. Langfristig beeinflusst sie das Wirtschaftssystem negativ, weil sie ihm Ressourcen wie Arbeitskraft und Kapital entzieht und das Wachstum des Produktionspotentials behindert. Die Defizite der ↑Planwirtschaft [GL.II] und die kommunistische Oligarchie schufen den Nährboden für die flexible Schattenwirtschaft, die den ↑Schwarzmarkt [GL.I] mit Gütern und Dienstleistungen bedient. Erste Bedeutung erlangte sie in der Stalinzeit, etablierte sich während der Amtszeit Brežnevs und ist eng verbunden mit der russischen ↑Mafia [GL.II]. Die Liberalisierung der sowjetischen Zentralwirtschaft unter Gorbačev führte nicht zum erhofften Wirtschaftsaufschwung, sondern zu einem weiteren Erstarren der Schattenwirtschaft, ihrem Beherrschen wichtiger Märkte und einer Zunahme der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes.

Scherenkrise: Preisentwicklung von 1922/3, aufgrund derer die Preise für Industriegüter stiegen und die für Agrarprodukte sanken, so dass die Bauern die Industrieerzeugnisse nicht kauften und sich vom staatlich organisierten Markt zurückzogen, was eine Stärkung des ↑*kustar'*-Gewerbes [GL.II] bewirkte. Die staatlichen Gegenmassnahmen führten 1925 zur ↑Warenhunger-Krise [GL.I].

Schwarze Hundertschaften waren rechtsradikale, konterrevolutionäre Terrorgruppen während der Revolution von 1905. Den Namen gaben ihnen ihre Gegner. Organisiert wurden sie meist von der "Union des russischen Volkes". Ihre Aktivitäten umfassten Morde an oppositionellen Politikern und Judenpogrome (Pogrome=Ausschreitungen gegen ethnische Gruppen) von 1905 bis

1907. Die Judenpogrome fanden oft unter "Aufsicht" der Behörden und der Polizei statt. Es entstand somit das Gerücht, die Regierung unterstütze die Schwarzen Hundertschaften. Einige Beamte waren möglicherweise an der Organisation beteiligt, der $\hat{\text{u}}$ Zar [GL.I] bekämpfte die Schwarzen Hundertschaften jedoch massiv, obwohl gewisse Sympathien für sie bestanden. Nach 1907 stellten sie ihre Aktivitäten grösstenteils ein.

"Schwarze" und "weisse" Bevölkerung. Unterscheidung der Bevölkerung aufgrund der Eigentumsverhältnisse des Bodens, auf dem sie lebt. Besitzer weisser Gebiete sind die Kirche, der Adel und der Zar. Schwarzer Boden ist freies Staatsland, die Bewohner sind aber abgabepflichtig. Das Leben auf weissem Boden ist abgabefrei. Dieser Umstand verleitet freie Leute zum Zuzug. Die Dienstbarkeit auf weissem Boden führt dem Besitzer gegenüber zu Abhängigkeiten bis hin zur $\hat{\text{u}}$ Leibeigenschaft [GL.I].

Schwarzen und weissen Boden gibt es in $\hat{\text{u}}$ Stadt und Land [GL.I]. Die schwarzen Bauern sind oft kollektiv für die Abgaben haftbar, was einen Wegzug einzelner Bauern aus der Dorfgemeinschaft erschwert. In der Stadt sind die Gebiete der Handwerk, Kleingewerbe und Kleinhandel treibenden schwarzen Bevölkerung von abgabefreien weissen Bezirken, den sog. *slobody* ('Freiheiten') durchzogen. Diese Verhältnisse treffen für das 11. bis 17. Jahrhundert zu.

Schwarzmarkt. Handel mit Gütern und Dienstleistungen ausserhalb der normalen Handelswege und unter Umgehung von Steuern und Zöllen. Nach dem 1. Weltkrieg versagte der staatliche Verteilungsapparat in den Städten, so dass der Schwarzmarkt für die Lebensmittelversorgung eine wichtige Stellung erhielt. Mit dem Beginn der NEP-Periode [$\hat{\text{u}}$ Neue Ökonomische Politik, GL.II] wurde die Ökonomie liberalisiert, trotzdem blühte der Schwarzmarkt in den 20er Jahren. Das stalinistische Wirtschaftssystem legte die Grundlage für Schwarzmarkt und $\hat{\text{u}}$ Schattenwirtschaft [GL.I] im grossen Stil. Deren Verfestigung und Ausbau erfolgte in der Ära Brežnevs unter gleichzeitiger Verquickung mit mafiosen Kräften [$\hat{\text{u}}$ Mafia, GL.II]. Das postsowjetische System ist dem grossangelegten Schwarzmarkt noch nicht Herr geworden.

Seelen (duša = Seele, Mensch, Person). Unter Peter dem Grossen wurde 1724 die Kopf- statt der Hofsteuer eingeführt. Sie wurde nur nach der Zahl der Seelen, d.h. der männlichen Personen bemessen. Zur Erfassung erfolgte eine Volkszählung, die alle 10 Jahre wiederholt wurde. Zwischenzeitlich trieben die Grundherren schwunghaften Handel: Wer über viele Seelen verfügte, konnte sich Darlehen erschleichen, mit wenigen Seelen war es möglich, die Zahl der zu stellenden Rekruten zu vermindern. Der Begriff der Seelen fiel 1861 mit der Abschaffung der Leibeigenschaft dahin. Literarisch sind sie durch N. Gogol's "Tote Seelen" (1842) verewigt.

Sekten. Als Sekten wurden in Russland - abhängig von den verschiedenen vorherrschenden kirchlichen bzw. staatlichen Machtkonstellationen (und Historiographien) - religiös-politische Gemeinschaften bezeichnet, die sich von der $\hat{\text{u}}$ Orthodoxen Kirche [GL.II] losgelöst hatten und sich oft aktiv weigerten, ihre Autorität anzuerkennen. Somit war die Frage, ob die $\hat{\text{u}}$ Altgläubigen [GL.I] als Sekte zu betrachten sind, besonders umstritten in der Historiographie. Weniger polemisch war es z.B. im Falle der Judaisierenden (15. Jh.; durch Erzbischof Gennadij von Gross-Novgorod und Klosterabt Joseph von Volokolamsk als ketzerisch verfolgt), die unter den Klerikern von Gross-Novgorod zahlreiche Anhänger gewannen. Sie bewerteten die Rituale der Orthodoxen Kirche anders (etwa Leugnung der Trinität, Reduzierung des Stellenwertes Christi) und pflegten gleichzeitig Elemente der jüdischen Religion.

Als Sekte wurden auch die Popenlosen (russ. *bespopovcy*, 17. Jh.) bezeichnet. Sie gehörten zu einer Untergruppierung der Altgläubigen, die dazu aufrief die Mittlerrolle der Kirche zwischen Gott und dem Menschen aufzugeben. Unter der absoluten Herrschaft bildeten sich sozial-religiöse

Gemeinschaften, die den zaristischen, totalitären Machtanspruch ablehnten und politisch mitwirkten.

Am einflussreichsten unter ihnen waren die Duchoborzy (russ. "der um den Geist ringenden"; Mitte des 18. Jhs. v.a. von Nikolaj I. und Alexander III. verfolgt), eine Gruppierung, die unter Bauern entstand. Sie plädierte für eine Abschaffung der Zeremonien der kirchlichen, hierarchischen Institutionen und Sakramente, lehrte, dass Gott im Menschen wohne und rief zur absoluten Gewaltlosigkeit auf. Ihre Anhänger verweigerten den Militärdienst, viele von ihnen wurden von Nikolaj I. nach Sibirien deportiert. Dort verbreiteten sich ihre pazifistischen Ideen unter den Soldaten (beeinflusst von den Duchobozen war zum Beispiel Lev Tolstoj).

Auch die Molokaner (im 18. Jh. schwer verfolgt unter Alexander III.) entfalteten sich aus den Volksschichten. Trotz des Verbotes der Orthodoxen Kirche, tranken sie Milch (russ. *moloko*) während der Fastenzeit. Die Stundisten (18. Jh.) waren durch Einwandere aus Süddeutschland pietistisch angeregt. Ihre Lehre war vor allem unter den Bauern verbreitet. Ähnlich wie die Duchobozen und die Molokaner lehrten sie, dass jedes Individuum das Recht habe, ohne jegliche institutionelle Vermittlung nach der Wahrheit zu forschen. Bis in das 17. Jh. war es die Kirche, die Massnahmen gegen die nonkonformen Gruppierungen ergriff. Später übernahm der Staat diese Rolle. Mord, Deportationen (vor allem nach Sibirien), sowie ökonomische Massnahmen waren abermals die Mittel, mit denen der Staat gegen die Sekten vorging. In der heutigen Historiographie kommt der Begriff "Sekten" nicht mehr vor.

Selbstverwaltung [↑]GL.II

Seniorat ist eine Thronfolgeordnung, die im Kiever Reich und in den Teilfürstentümern vorgeherrscht hat. Dabei folgte nicht der älteste Sohn seinem Vater auf den Thron, sondern der nächstälteste Bruder. Die Söhne folgten also erst auf den Thron, wenn die Vätergeneration ausgestorben war.

In der Praxis hat das Seniorat aber nie ganz funktioniert. Es entstanden schon ab der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts Fehden zwischen Bruder und ältestem Sohn eines verstorbenen Fürsten, die sogenannten Onkel-Neffen-Konflikte. Sie existierten wiederholt bis ins 15. Jahrhundert. Im 18. Jh. war es aufgrund der Thronfolgeordnung Peters des Grossen das unbestrittene Recht des Herrschers, seinen Nachfolger selbst zu bestimmen.

Slawophile bezeichneten Anhänger einer als Gegenreaktion auf die [↑]Westler [GL.I] entstandenen Bewegung, die sich für die Erneuerung Russlands durch die Rückkehr zu altslawischen Prinzipien gesellschaftlicher Organisation einsetzten. Im Vordergrund stand dabei die Gemeinschaft (*sobornost'*) in die jedes Individuum eingebunden und durch welche die gestörte Harmonie zwischen Herrscher und Volk - verursacht durch Bürokratie und Überfremdung - wiederhergestellt werden sollte. Dabei kam einerseits der [↑]Orthodoxen Kirche [GL.II], als einzige authentische Überlieferung des christlichen Universalismus und andererseits der - stark idealisierten - *obščina* [[↑]Selbstverwaltung, GL.II], eine zentrale Rolle zu.

 Valentin Gitermann (Hg.): *Geschichte Russlands*. Bd. III. Frankfurt a.M. (1965) S. 120-146

Smuta [↑]GL.II

Smyčka ('Bündnis'). 1921 soll das Bündnis mit den Bauern erneuert werden, um den Bestand der Sowjetmacht zu sichern [[↑]Neue Ökonomische Politik, GL.II]. Mit dem Entgegenkommen der Regierung den Bauern gegenüber soll durch ihre Kaufkraft und ihre Nachfrage nach Gütern die Wirtschaft gestärkt werden.

Snochačestvo leitet sich vom russischen Wort *snocha* für ‘Schwiegermutter’ (d.h. in Bezug auf Vater des Ehemannes) ab. *Snochačestvo* bezeichnet das Konkubinat, d.h. den Geschlechtsverkehr, zwischen Schwiegervater und Schwiegertochter, was durch die starke Stellung des Mannes in Russland ermöglicht und geduldet wurde. Vor allem, wenn der angetraute Gatte der Frau noch zu jung bzw. im Militär war, oder der Schwiegervater verwitwet war bzw. eine schwächliche Frau hatte, kam es zu dieser offiziell als Sünde bezeichneten Vorgehensweise, die - ähnlich der allgemeinen sexuellen Gewalt - in den Familien dennoch so weit verbreitet war, dass im Russischen eine eigene Bezeichnung dafür entstand.

Die Motive für das *Snochačestvo* sind unterschiedlich, sofern überhaupt eine Beurteilung aus der dazu spärlichen Literatur erfolgen kann: Neben den einseitig sexuellen Wünschen des Schwiegervaters spielen auch wirtschaftliche Aspekte eine Rolle. Um eine weitere tüchtige Hilfskraft bei der Arbeit in Haus und Hof zur Verfügung zu haben, wurden nicht selten bereits minderjährige Söhne verheiratet. Die Kinder, die aus dem Konkubinatsverhältnis hervorgingen, waren rechtlich dem Gatten der Schwiegertochter unterstellt (mag dies biologisch auch unmöglich erscheinen).

Im Zusammenhang mit dem Begriff geht eine Tabuisierung in Lexika und Handbüchern einher. Neben den Wertungen, die bei diesem Begriff zu finden sind, scheinen insbesondere westliche Autoren vergangener Zeiten das *Snochačestvo* als ‘russische Merkwürdigkeit in Moral und Sitte’ negativ zu beurteilen [↑"Rückständigkeit", GL.II]. Das Phänomen des *Snochačestvo* ist als eine Variante der Rechtsbräuche aber auch im südslawischen bäuerlichen Lebensbereich bekannt (s. auch Levirats- und Sororatsehe).

Aus der jüngeren frauengeschichtlichen Literatur lässt sich eine starke Beschäftigung mit dem Thema erkennen, die sich der weiblichen Perspektive in diesem Zusammenhang widmet.

📖 Barbara Evans Clements, Barbara A. Engel, Christine D. Worobec: *Russia's Women*, Berkeley (1991); Uta Grabmüller, Monika Katz (Hg.): *Zwischen Anpassung und Widerspruch*. Berlin (1993); Gottfried Schramm (Hg.): *Handbuch der Geschichte Russlands*. Bd. III (1856-1945). Stuttgart (1992); Bernhard Stern: *Geschichte der öffentlichen Sittlichkeit in Russland*, Berlin (1908); Olga Semyonova Tian-Shanskaia: *Village Life in Late Tsarist Russia*. Indiana - Michigan (1993)

Sobor. Es existieren drei Übersetzungen von *sobor*: Dom, Konzil und Ständeversammlung. Hier interessiert vor allem der staatsrechtliche Begriff, für den aber auch der religiös-kirchliche Zusammenhang wichtig ist. *Sobor* war eine Art von Ständevertretung, Ständeversammlung in Russland, die von 1566 bis zum Ende des 17. Jahrhunderts von den ↑Zaren [GL.I] einberufen wurde. In den Versammlungen waren die verschiedenen Stände repräsentiert, d. h. nicht nur Adlige und Geistliche, sondern auch Kaufleute und Dienstleute.

Die Versammlung hatte viele Kompetenzen, insbesondere diejenige, einen neuen Zaren zu wählen. Aber es konnte auch über die Gesellschaft oder Staatsfragen diskutiert werden. Da der Zar Angst vor Rebellionen hatte oder davor, dass man ihn nicht wählen könnte, wurde seit der Mitte des 17. Jahrhunderts der Einfluss des *sobor* zurückgedrängt. Er behielt nur eine Funktion beim Erlass eines neuen Reichsgesetzbuches von 1649, des *sobornoe ułożenie*.

Sowchosen (russ. Kurzwort aus *sovetskoe chozjaistvo* ‘Sowjetwirtschaft’) bezeichnen staatliche, landwirtschaftliche Grossbetriebe in der Sowjetunion; Boden und Inventar sind Staatseigentum und die dort Beschäftigten Lohnarbeiter.

Die ersten Sowchosen entstanden während der Agrarrevolution 1917/18. Zur Regierungszeit Lenins verloren sie infolge des wirtschaftspolitischen Kurswechsels zur Neuen Ökonomischen Politik [↑NEP, GL.I] (1921-1927) an Bedeutung. Unter Chrusčev und Brežnev (zwischen 1956 und 1982) erreichten die Sowchosen ihre grösste Ausdehnung.

Nach dem Ende der Sowjetunion 1991 galten die Sowchosen offiziell als abgeschafft, doch die Zukunft ist ungewiss.

Sozialrevolutionäre waren neben der RSDAP [↑Sozialdemokraten, GL.II] die andere grosse revolutionäre Partei Russlands. Ihr Programm wurde am einzigen Kongress vor 1917, welcher 1905/06 stattfand, festgelegt. Sie verlangten:

- Sozialisierung des Bodens (grundsätzliches Landnutzungsrecht für alle)
- weitgehende Arbeitsschutzgesetzgebung
- eine verfassungsgebende Versammlung
- die republikanische Staatsform

Da die Hauptvorstellung der Sozialrevolutionäre aus einer radikalen Agrarreform bestand, waren ihre Anhänger hauptsächlich unter den Bauern zu finden. In den Städten waren die Sozialrevolutionäre die stärkste politische Gruppierung unter Eisenbahnern, Post- und Telegraphenangestellten, ansonsten war die RSDAP viel beliebter. Eine Minderheit der Partei befürwortete den Terrorismus. Nach der Machtübernahme ihrer Hauptkonkurrenten, der ↑Bolschewiki [GL.I], spalteten sie sich, weil einige mit den Bolschewiki zusammenarbeiten wollten. Während dem russischen Bürgerkrieg versuchten die übrigen Sozialrevolutionäre eine dritte Kraft zu den "Roten" und "Weissen" aufzubauen, was allerdings scheiterte. Nach dem Bürgerkrieg emigrierten viele oder wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Sozialdemokraten [RSDAP, russ. RSDRP] ↑GL.II

Staatsduma ↑Duma [GL.II]

Stadt und Land. In den Städten des mittelalterlichen Russlands bildeten sich im Unterschied zu den meisten Regionen Westeuropas keine Stadtbürgergemeinden, die sich gegenüber dem Land rechtlich abgrenzten. Wie alle anderen Schichten konnten sich auch die Bauern am Stadtleben beteiligen. Zwischen Stadt und Land kristallisierte sich keine scharfe Arbeitsteilung.

Bis gegen Ende des 18. Jhs. blieben die Grenzen zwischen Stadt und Land fließend, auch rechtlich gab es kaum Unterschiede. Wie schon im 11. Jahrhundert wurde überwiegend kein Stadtrecht eingeführt, dennoch zogen viele vom Land in die Stadt (v.a. nach Moskau) und glichen dadurch die hohen Bevölkerungsverluste durch Krieg, Seuchen und Hungersnöte wieder aus.

In den Jahren der forcierten Industrialisierung und Kollektivierung (1929/30) verliessen die Bauern ihre Dörfer und strömten in die industriellen Zentren. Dies führte zu einem raschen Wachstum der bestehenden Städte. Trotz des Ausbaus der Handelsnetze, der Einrichtung von Bibliotheken, Schulen, Klubs und Kinos sowie der Verbesserung der Infrastruktur auf dem Lande wuchsen die Unterschiede im Lebensstandard zwischen Stadt und Land. Die dadurch geförderte Landflucht der Jugendlichen stellte bis zum Ende der Sowjetunion ein Problem dar.

Stadtduma ↑Duma [GL.II]

stan ↑Regierung und Verwaltung [GL.II]

Starec (von *starij* 'alt'), eigentliche Bedeutung "ehrwürdiger Alter", im weiteren Sinne "Mönch" oder "Gottesmann" der ↑Orthodoxen Kirche [GL.II]. Oft auch Bezeichnung für einen alten Mönch oder Einsiedler, der ein vorbildliches Leben führte, erzieherisch wirkte und gar prophetische Gaben besessen haben soll. Die bis heute im Mönchswesen der Ostkirche wirkenden Starzen dienen der Erziehung des mönchischen Nachwuchses.

Die Anfänge des Starzentrums führen zurück auf die frühchristliche asketische Tradition in Ägypten: Ein älterer, erprobter Mönch erhält vom Abt die Erlaubnis, Novizen zu asketischer

Entsagung und Selbstbeherrschung zu erziehen. In Russland fand das Starzentum seine erste Verwirklichung im Wirken Antonijs (†1073) vom Kiever Höhlenkloster.

In geschichtlichen Schilderungen findet der Begriff insbesondere im Zusammenhang mit der Reformbewegung der Starzen Erwähnung, in der Nil Sorskij (1433-1508) Wortführer war. Die Starzenlehre strebt eine Rückbesinnung auf das klösterliche Ideal menschlichen Zusammenlebens in Armut an. Als Partei der Uneigennütigen im Streit um den Klosterbesitz erlitt sie im 16. Jh. Verfolgungen, die der Entwicklung des Starzentums auf lange Sicht geschadet haben. Eine Renaissance erlebte das Starzentum im letzten Viertel des 18. Jhs. und im 19. Jh. durch das Wirken einer Reihe von Starzen, die die russische Kirche nunmehr als Heilige verehrt.

Neben den zahlreichen Erwähnungen der Starzen in Romanen, Volksliedern und Märchen wurde unter dem Namen "Starec Grigorij" 1907 ein aus Sibirien stammender Bauernsohn, Landstreicher, Pferdedieb und (selbsternannter) Wundermönch bekannt, der wegen seines lasterhaften und ausschweifenden Lebensstils den Namen "Rasputin" erhielt und wegen seines Einflusses am russischen Hof zweifelhaften Ruhm genoss.

starosta (Ältester von *starij* 'alt'). Von der Vollversammlung gewählter Vorsteher einer ländlichen oder städtischen Gemeinde [*↑volost'/mir/obščina/posad*, GL.I]. Er verteilte die Lasten auf die einzelnen Haushalte und regelte die inneren Angelegenheiten. Seit dem 16. Jh. hatte der *starosta* gerichtliche und zunehmend administrative Aufgaben. Er war auch verpflichtet, die staatlichen Steuern einzuziehen.

učastok (Teil, Stück, Parzelle); im 19. Jh. rechtlich-administrative Unterabteilung des *↑uezd* [GL.I] oder einer Stadt.

uezd ('Pacht') *↑*Regierung und Verwaltung [GL.II]

Veče (von altruss. *vescat* 'sprechen') hiess die Volksversammlung der altrussischen Städte und war die Organisationsgrundlage der Freien. Der erste *veče*-Beleg in der Chronik findet sich zum Jahre 997 in Belgorod. Das *veče* existierte ungefähr bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts als Verfassungsorgan, wobei es oft in der Historiographie als Gegenpol zur Autokratie begriffen wurde. Es ist eine der altrussischen Gewalten, neben dem Fürst und dem Adel. Das *veče* gilt als Organ der städtischen Bevölkerung. Es wurde aber im Laufe der Zeit von einer oligarchischen Herrschaft der *↑*Bojaren [GL.I] überlagert. Das *veče* ging zum grössten Teil während dem Mongolensturm unter, da dieser den Städten grossen Schaden zufügte. Nur in Novgorod und Pskov konnte das *veče* sich länger durchsetzen, da die Städte nur locker von der tatarischen Herrschaft betroffen waren, und sogar gegenüber dem Fürsten Unabhängigkeit erlangten. Im Zuge des Aufstiegs der Autokratie wurde das *veče* nach Eroberung der Städte aufgelöst.

verv' *↑*Regierung und Verwaltung [GL.II]

Verwahrloste (*besprizornye*) werden Kinder und Jugendliche genannt, die schon vor der Revolution, aber besonders nach dem Ende des Bürgerkrieges und der Hungersnot von 1921 durch Russland vagabundierten. Man versuchte, dieses Problem einerseits mit Bekämpfung der Ursachen und organisierter Hilfe (Kinderheime) zu lösen, andererseits mit Unterdrückung durch Strafen (seit dem 31. Mai 1935 waren die Kinder ab dem 12. Lebensjahr für ihre Vergehen verantwortlich und wurden wie Erwachsene bestraft). Die 'Verwahrlosten' verschwanden in den dreissiger Jahren. Obwohl es im Gefolge der Kollektivierung und des Zweiten Weltkriegs noch weitere *besprizornye* gab, galt das Problem offiziell als besiegt.

Verwaltung †Regierung und Verwaltung [GL.II]

voevoda (Anführer der Krieger), militärischer Rang; im Moskauer Gftm. auch Bezeichnung für den Leiter einer Provinz mit militärischer und ziviler Macht; nach 1605 allgemein für Leiter einer Provinz, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, wobei bald auch die juristische Gewalt in seinen Händen lag; als einzigen Beamten des Fürsten bis zu Beginn des 18. Jhs. waren ihm die Selbstverwaltungsorgane als Hilfsmittel untergeordnet; bei Peter dem Grossen wurden ca. 50 Provinzen unter die Amtsgewalt der *voevody* gestellt (welche wiederum den †*gubernatori* [GL.I] unterstanden bzw. 1775 durch diese ersetzt worden sind) mit Trennung der administrativen und richterlichen Gewalt, die aber nach 1727 (Tod Peters) wieder aufgehoben wurde.

volost' (Macht, Regierung) †Regierung und Verwaltung [GL.II]

volostel' †Regierung und Verwaltung [GL.II]

voščina bedeutet 'Vatererbe' (von *otec* 'Vater'). Das Wort ist von den Anfängen der Geschichte Russlands bis zum Tod des letzten Zaren gültig. Das Vatererbe entspricht dem Besitz von Land (das man auf verschiedene Arten erworben hat), aber auch dem vom Volk, dem Reichtum und dem Prestige. Ebenfalls dazu kann der Titel eines Grossfürsten zählen, wenn er zum Land gehört.

Es gibt verschiedene Arten, dieses Vatererbe, die *voščina*, zu bekommen. Man kann es erben, kaufen, als Mitgift oder als Geschenk für Dienste bekommen.

Die *voščina* bedeutete für die Erben ein Volleigentum. Um es zu erben, musste man der Sohn des früheren Besitzers sein. Es gab viele Konflikte zwischen den Zweigen der Familien, aber auch zwischen Mitgliedern der gleichen Familie um das Erbe der *voščina*.

Warenhunger bezeichnet den Mangel an Industrieprodukten. Die von der NEP [†Neue Ökonomische Politik, GL.II] initiierte wirtschaftliche Liberalisierung führte Mitte der 20er Jahre zu einer stark gestiegenen Kaufkraft der Bauern. Das staatliche Warenangebot entsprach jedoch den Vorstellungen der Bauern nicht, weil ihnen die angebotene Qualität nicht zusagte oder die Preise immer noch zu hoch lagen. Deshalb erhöhten sie den Eigenverbrauch an Getreide, horteten es und verkauften es auf dem Privatmarkt, wobei sie die preistreibende Konkurrenz zwischen den staatlichen Aufkäufern und Privathändlern zu ihren Gunsten ausnutzten. Die staatliche Preispolitik unternahm zudem wenig, um ein Gleichgewicht zwischen Kaufkraft und Warenangebot herzustellen, so wurden z. B. die Preise für tierische Produkte erhöht, so dass die Bauern ihr Getreide lieber verfütterten und dann das Vieh verkauften. Sie behinderten einerseits mit ihrer Haltung den staatlich organisierten Warenaustausch, und andererseits stieg das wirtschaftliche Gewicht der †Kulaken [GL.II] und mittelgrossen Bauernbetriebe. Dies wiederum schwächte auf dem Lande die Position der Partei; statt der Dorfsowjets herrschte die *obščina* [†Selbstverwaltung, GL.II]. Die Warenhunger-Krise, d.h. der nicht gleichwertige Gütertausch zwischen Stadt und Land, behinderte die sowjetische Ökonomie erheblich. Der Getreideexport entsprach nicht den Erwartungen, und das Investitionsprogramm brach weitgehend zusammen, was zu Produktionsstörungen und Massenentlassungen führte. Als sich 1928 die dritte schwere Wirtschaftskrise in den 20er Jahren abzeichnete, betrachtete man die bauernfreundliche Politik als gescheitert und schlug gegenüber Kulaken und Privathändlern eine schärfere Gangart ein. Die gewaltsame †Kollektivierung [GL.II] zu Beginn der Stalinära und die forcierte Industrialisierung setzten der Liberalisierung ein Ende und veränderten die sowjetische Wirtschaftsstruktur vollständig.

"Weisse" Bevölkerung ↑ "Schwarze" und "weisse" Bevölkerung [GL.I]

Westler bezeichneten eine Gruppierung, die - ausgelöst durch die Kontroversen um die Thesen Petr Ja. Čadaevs (1794-1856), der Russland völlige Kulturlosigkeit und ↑ "Rückständigkeit" [GL.II] gegenüber Europa vorwarf - in der ersten Hälfte des 19. Jhs. entstand und deren Vertreter sich intensiv mit westeuropäischem Gedankengut auseinandersetzten. Obwohl die Bewegung keine programmatische Einheit bildete, war den Westlern die grundsätzliche Forderung nach einem Voranschreiten auf dem von Peter dem Grossen eingeschlagenen Weg und der Fortführung der Reformen Alexander II. in den wesentlichen Punkten (z. B. Herstellung bürgerlicher Freiheiten) gemein. Die radikalsten Vertreter strebten eine Übertragung vollständiger westlicher Modelle auf Russland an. Als Anhänger der 'Schule der Westler' fanden sich später auch Revolutionäre.

📖 Valentin Gitermann (Hg.): *Geschichte Russlands*. Bd. III. Frankfurt a.M. (1965) S. 120-146

Zar ist der höchste Titel des russischen Herrschers, offiziell galt er aber nur von 1547 bis 1721. Nachdem auswärtige Mächte sich lange Zeit geweigert hatten, dem russischen Herrscher den Titel eines Zaren zu gewähren oder anzuerkennen, wurde Ivan IV. 1547 zum Zaren gekrönt. 1721 benannte sich Peter I. von "Zar und Grossfürst von ganz Russland" in "allrussischer Kaiser" um. Im populären Sprachgebrauch hiess der Kaiser jedoch weiterhin bis zum Ende Nikolaj II. Zar. Der Zarentitel ging zurück auf die Bezeichnung des byzantinischen Kaisers und enthielt eine Komponente der tatarischen Souveränität: der Besitz der drei Zartümer Kazan', Astrachan' und Sibirien.

zemstvo ↑ Selbstverwaltung [GL.II]

Ženotdel setzt sich aus den russischen Worten *ženskie* (Frauen) und *otdely* (Abteilungen) zusammen. Diese Frauenabteilungen lösten seit 1919 die Frauenräte ab, engagierten sich in der kommunistischen Agitation unter ↑ Frauen [GL.II] und waren mit der offiziellen Aufgabe betraut, Frauen für die Partei und den sozialistischen Aufbau zu werben. Mittels netzwerkartiger Delegiertenversammlungen parteiloser Arbeiterinnen und Bäuerinnen gelang es innert kurzer Zeit, *Ženotdely* in den meisten Städten und Dörfern zu organisieren und in Kursen und Praktika die verantwortlichen Delegierten zu schulen.

Ihre bedeutendsten Vertreterinnen waren Inessa Armand (erste Vorsitzende bis 1920) Aleksandra Michajlovna Kollontaj (Vorsitzende bis 1922), sowie Sophia Smidovič (bis 1924), denen es gelang, grossen Einfluss auf die Frauen-, Familien- und Gesundheitspolitik auszuüben.

Die Frauenabteilungen setzten sich im Bürgerkrieg ein, kämpften später gegen die Hungersnöte (Grossküchen), organisierten die Samstagarbeit (*subbotniki*) oder Kinderheime. Auf ihre Initiative wurden Rechts-, Familien-, Ehe- und Eigentumsdekrete verabschiedet.

Trotz dieser Teilerfolge konnte diese Form der Frauenbewegung, die nur noch innerhalb der KP erlaubt war, nie eine mächtige gesellschaftliche Kraft werden. Als "*centro-baba*" oder "*babkom*" (Weiberzentrum od. Weiberkomitee) wurde es von unzufriedenen Männern verunglimpft, die ihren Ehefrauen die Mitarbeit in *Ženotdely* untersagten. Selbst innerhalb der Partei genossen die *Ženotdely* geringe Wertschätzung, was zusammen mit den zunehmenden internen Diskrepanzen eine schrittweise Auflösung der *Ženotdely* nach sich zog. Nach einer vorübergehenden Auflösung der *Ženotdely* in der Zeit der ↑ Neuen Ökonomischen Politik [GL.II], in der die theoretische Unklarheit der Bolschewiki bezüglich der Frauenemanzipation zu Tage trat, folgte 1922 eine Führungsschwäche der *Ženotdely* (A. Kollontaj wurde als Diplomatin ins Ausland versetzt). Mit

der Degradierung der *Ženotdely* zu blossen Hilfstruppen der Generallinie der Partei, der personellen Schwächung sowie dem ständig wachsenden Druck von aussen und der 1930 erklärten Lösung der Frauenfrage durch die Bolschewiki wurden die *Ženotdely* endgültig aufgelöst.

📖 Uta Grabmüller, Monika Katz (Hg.): *Zwischen Anpassung und Widerspruch*. Berlin (1993); *Grosse Enzyklopädie der Sowjetunion*, Moskau (1972); Anna Köbberling: *Zwischen Liquidation und Wiedergeburt - Frauenbewegung in Russland von 1917 bis heute*. Frankfurt a.M., New York (1993); Kristine von Soden (Hg.): *Lust und Last - Sowjetische Frauen von Aleksandra Kollontaj bis heute*. Berlin (1990)

Zubatovščina. Häufig auch als "Polizeisozialismus" bezeichnet. Es handelte sich um einen Verband, der versuchte, unter Aufsicht und Führung der Polizei, regimetreue Gewerkschaften zu schaffen. Man wollte den Arbeitern in ihren ökonomischen Problemen helfen, damit sie nicht mehr revolutionärer Propaganda erliegen sollten. Er entstand am Ende des 19. Jahrhunderts. Den Namen erhielt er von seinem Gründer und späteren Polizeidirektor Zubatov. Dieser wurde vom mächtigen Moskauer General-Gouverneur Aleksandrovič Sergij (Onkel von Nikolaj II.) gestützt. Anfangs war der "Polizeisozialismus" ziemlich erfolgreich, da sich viele Arbeiter davon enttäuscht zeigten, dass die sozialdemokratische *Intelligencija* [↑Sozialdemokraten, GL.II] von der Bildungsarbeit zur Agitation überging, um somit vor allem politische Ziele zu verfolgen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zählte man bereits mehr als tausend Mitglieder. Für viele Arbeiter war der "Polizeisozialismus" attraktiv, weil er eine Alternative zu den illegalen sozialistischen Vereinigungen darstellte. Das Ziel dieser neuen Idee, nämlich die Polizei an die Spitze der Arbeiterbewegung zu setzen und somit politisch zu entgiften, blieb allerdings unerreicht, da die Arbeiterbewegung zu dieser Zeit eigentlich bereits politisiert war und von der Regierung keine Unterstützung erhielt. Ein Streik 1903 gab Innenminister Pleve die Gelegenheit, den "Polizeisozialismus" zu beenden. Zubatov wurde dann in Verbannung geschickt, einzelne andere von ihm gegründete Organisationen kämpften weiter um ihr Bestehen.

📖 S.G. Puskarev: *Dictionary of Russian Historical Terms from the Eleventh Century to 1917*. New Haven und London (1970)

GLOSSAR II

Abgabewesen: *poljud'e, pogosti, kormlenie*

Steuern als Zeichen von Regierung und Verwaltung waren schon im Kiever Reich* in Form des *poljud'e* (Umfahrt-) Systems festzustellen. Die vom Fürsten eingesetzten *posadniki* (Statthalter) trieben auf diesen winterlichen Expeditionen die Abgaben, zum Teil willkürlich und oft gewaltsam, ein.

Ol'ga (945-962) setzte die Leistungen der einzelnen Bezirke definitiv fest, liess aber die zuständigen Dienstleute von der Bevölkerung verköstigen, was den Übergang zum *pogosti* (Bewirtung)-System bedeutete, wobei dieser Ausdruck zur Bezeichnung dieser Steuer selbst und später für den betreffenden Verwaltungsbezirk verwendet wurde. Die Statthalter liessen Teile der Abgaben in Handel und Export einfließen, so dass aus ihnen später die Schicht der Grosskaufleute erwuchs. Dieser Wechsel bedeutete auch den Übergang von der dem Fürsten Folgsamen zur territorial beherrschten Bevölkerung mittels fürstlicher Beamter. Zusätzlich zu den Abgaben fand gleichzeitig auch noch Rechtsprechung statt.

Diese Formen sind als Vorläufer des *kormlenie* (Verköstigung, Durchfüttern)-Systems im östlichen Russland des 14.-16. Jahrhunderts zu betrachten. Da die Statthalter [vgl. *namestniki, volostel'* in ↑Regierung und Verwaltung, GL.II] vom Grossfürsten nicht zentral besoldet wurden, hatten sie das Recht, sowohl Teile der Gerichtskosten und Steuern für sich zu behalten als auch eine Naturalsteuer zu ihrer Ernährung zu erheben, welche bei deren Einsetzung, zu Weihnachten, zu St. Peter und Paul und in gewissen Gebieten auch zu Ostern zu entrichten war. Zu diesem Zweck wurden ihnen bestimmte Städte und ländliche Bezirke zugewiesen.

Wegen der Machtfülle der Statthalter auch im Gerichtswesen kam es zu Missbräuchen, welche Ivan der Schreckliche mit der zentralen Besoldung der Staatsbeamten zu beenden suchte, wobei sein Misstrauen gegenüber dem Adel ein weiteres tat. Obwohl weitere Steuerformen eingeführt worden waren, wirkten die zur Gewohnheit gewordenen Geschenke in der neuzeitlichen Beamtenkorruption nach.

*Gründung im 9. Jh. bis zum Sieg der Mongolen im 13. Jh.

📖 Eugen Haberkern, Joseph Friedrich Wallach: *Hilfswörterbuch für Historiker. Mittelalter und Neuzeit*. 2 Bände. Tübingen und Basel (1995); Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996); Sergei G. Pushkarev: *Dictionary of Russian Historical Terms from the 11th Century to 1917*. New Haven und London (1970)

Duma (*dumat'* 'nachdenken, beraten')

Bojarenduma war das Beratungsorgan der Grossfürsten und Zaren bis zum Ende des 17. Jh. und setzte sich aus Angehörigen des hohen Adels zusammen. Während der ganzen Dauer des Bestehens war sie gekennzeichnet durch ihren geringen rechtlich-institutionellen Charakter, und für die Herrscher bestand, ausser im Kiever Reich, keine rechtliche Verpflichtung, sich mit ihr zu beraten. Charakteristisch bleibt auch die Tatsache, dass sich die Herrscher wiederholt nur mit einem Teil der Bojarenduma beraten haben. Letzterem wurde dann aber meist verantwortungsvollere Aufgaben und/oder neue Titel zugewiesen (z.B. ständige Berater *vvedennye* oder Geheimduma *tajnaja дума*). Vielfach fehlte ihr schlicht die Macht, ihre Autokratie gegenüber den Herrschern durchzusetzen. Im 17. Jh. setzte sich ihr Bedeutungsverlust fort, indem ihre Mitgliederzahl durch Emporkömmlinge answoll und immer mehr Vertraute der Herrscher nicht mehr der Bojarenduma angehörten. Mit dem Aufkommen der Bürokratisierung beschränkten sich ihre Aufgaben zusehends auf jene einer eigentlichen Verwaltungsbehörde, die Ausdrücke "beraten" und "Rat" wurden nicht mehr in ihrem Zusammenhang benutzt. Selbst in der Verwaltung bekam die Bojarenduma keine feste Organisationsform, sondern setzte sich aus den gerade anwesenden Bojaren zusammen. Mit der Bildung des Senats 1711 verschwand die Bojarenduma gänzlich.

Stadtduma (*gorodskaja дума*) war das Organ der städtischen Selbstverwaltung, welches 1785 durch Katharina II. in ihrer Stadtreform initiiert wurde. Die allgemeine Stadtduma, aus Vertretern von sechs Ständeklassen mit je einer Stimme zusammengesetzt (Haus- und Grundbesitzern, Kaufleuten, auswärtigen Kaufleuten, namhaften Bürgern, Kleinbürgern und Zunftangehörigen), versammelte sich nur alle drei Jahre. Der sechsstimmigen Stadtduma, aus der allgemeinen Stadtduma gewählt, oblag es, die Besorgung der ständigen städtischen Angelegenheiten zu erledigen. Letztere war in der Stadtgemeinde auch alleine stimmberechtigt und wählte ausserdem das Haupt der Bürgerschaft. Ihr Aufgabenbereich überschneidet sich jedoch mit dem der Magistraten und des Stadtvogtes, im übrigen stand sie unter der Kontrolle der Gouvernementsverwaltung.

Die zu Beginn des 19. Jh. einsetzenden Reformbestrebungen waren erfolgreich, sie ersetzten die Ständewahl der Stadtduma durch ein Dreiklassenwahlrecht, eingeteilt nach Steuerabgaben. Das neue Exekutivorgan, die Stadtverwaltung *uprava*, hatte erstmals volle Verantwortlichkeit gegenüber der Obrigkeit. Durch die Gegenreform Alexander III. wurde die Stadtduma zwar wieder stärker unter die Aufsicht des Staates gestellt, zusätzlich der Stimmzensus erhöht, doch blieb ihr Aufgabenkreis mehrheitlich bestehen, in welchem sie bis 1917 in 758 Städten ihren Dienst versah.

Staatsduma (*gosudarstvennaja дума*) nannte man die gewählte Volksvertretung, die von Nikolaj II. 1905 eingesetzt wurde. Die 1. Staatsduma, 1906 in indirekten und ungleichen Wahlen entstanden, forderte unter der Führung der konstitutionellen Demokraten [↑Kadetten, GL.I] grundlegende Konzessionen vom Zaren und wurde deshalb 1907 durch letzteren aufgelöst. Die 2. Staatsduma von 1907 setzte sich vorwiegend aus Sozialrevolutionären und Sozialdemokraten zusammen - viele gemässigte Abgeordnete der 1. Staatsduma waren nach Finnland geflohen und/oder boykottierten die neuen Wahlen. Da die 2. Staatsduma ebenfalls nicht bereit war, die geforderten Konzessionen aufzugeben, wurde auch sie durch den Zaren aufgelöst. Nach der Einführung eines ungleicheren Wahlrechtes setzte sich die 3. Staatsduma (1907-12) aus gemässigten Kräften zusammen und überstand als erste eine ganze Wahlperiode. Kooperativer, konnte sie einige wenige Reformen gegen den Zaren durchsetzen (Agrarreformen, Grundlagen für eine allgemeine Schulpflicht). Die 4. Staatsduma (1912-17) konnte ihre Tätigkeit schliesslich kaum noch wahrnehmen, da die Regierung praktisch jegliche Zusammenarbeit mit ihr ablehnte.

📖 Hans Joachim Torke (Hg.): *Lexikon der Geschichte Russlands*. München (1985); Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996)

Frauen

Geprägt von der jahrhundertelangen Tradition des Patriarchats, ist die Rolle der Frau in der russischen Geschichte vor allem von der westlichen Welt als besonders unterprivilegiert und rückständig bezeichnet worden. Insbesondere anhand des *Domostrojs*, dem Sittenkodex aus dem 16. Jh., werden Beweise angeführt, die diese Beurteilung manifestieren sollten. Obwohl Phänomene wie das ↑*Snochačestvo* [GL.I] tiefe Rückschlüsse auf die Behandlung der Frauen im bäuerlichen Leben erlauben, darf nicht übersehen werden, dass auch im vermeintlich fortschrittlichen Westeuropa von einer Gleichberechtigung von Mann und Frau oder einer zumindest vergleichsweise deutlich besseren Stellung der Frau keine Rede sein kann.

Gerade die Frauenbewegung Ende des 19. Jhs. und das Engagement in der Oktoberrevolution bedeuten zunächst eine tiefe Zäsur im bisherigen Bild der Frauen in Russland. Das Eintreten für eine Gleichstellung mit den Männern innerhalb einer kommunistischen Ordnung durch beispielsweise ↑*Ženotdely* und ihre Erfolge [z.B. ↑*Familiengesetzbuch*, GL.I] sprachen für eine nunmehr forcierte Gangart der Emanzipationsbestrebungen in der Sowjetunion.

Die stetige Unterhöhnung der *Ženotdely* bis hin zu ihrer Auflösung während der stalinistischen Ära, verbunden mit einer Kehrtwende zur traditionellen Rolle der Frau in der Familie, wirkten sich nachteilig aus.

Trotz mancher Errungenschaften, die dem offiziellen Sprachgebrauch zufolge Beweise der sozialen Gleichstellung waren (z.B. die 'Eroberung' klassischer Männerberufe), änderte sich bis in die jüngste Zeit wenig am traditionellen Rollenbild der Frauen, die aufgrund der Doppelbelastung in Arbeit und Familie die Frauenbewegung vor eine Fülle von Aufgaben stellt, die erst durch die Politik Gorbachevs ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre auf eine breitere Diskussionsbasis gestellt werden durfte und konnte.

📖 Nada Boškowska: *Die russische Frau im 17. Jahrhundert*. Köln, Weimar, Wien (1998); Barbara Evans Clements, Barbara A. Engel, Christine D. Worobec: *Russia's Women*. Berkeley (1991); Uta Grabmüller, Monika Katz (Hg.): *Zwischen Anpassung und Widerspruch*. Berlin (1993); Anna Köbberling: *Zwischen Liquidation und Wiedergeburt - Frauenbewegung in Russland von 1917 bis heute*. Frankfurt a.M., New York (1993); Kristine von Soden (Hg.): *Lust und Last - Sowjetische Frauen von Aleksandra Kollontaj bis heute*. Berlin (1990)

Geheimpolizei (1826-1934)

Am 3. Juli 1826 richtete Nikolaj I. eine ihm persönlich zugeordnete Staatspolizei ein, die **Dritte Abteilung** (der Eigenen Kanzlei seiner Kaiserlichen Majestät). Die Dritte Abteilung löste die 'Besondere Kanzlei' ab, die beim Dekabristenaufstand von 1825 versagt hatte. Sie entwickelte sich zur zentralen Überwachungs- und Kontrollinstanz sowohl der Öffentlichkeit als auch des gesamten Staatsapparates. Zur Durchführung dieser Aufgabe wurde das Gendarmeriekorps personell mit der Dritten Abteilung verkoppelt. Die Dritte Abteilung wurde bald zur obersten staatlichen Organisation, ihr Leiter Benkendorf als zweitmächtigster Mann des Reiches angesehen. Während sie ein kleines Büro von etwa vierzig Beamten blieb, entwickelte sich das Gendarmeriekorps zu einer weitverzweigten Organisation, die um 1850 acht- bis zehntausend Mann zählte. Die höhere Polizei war in ihrer Arbeit nicht genau festgelegt, vielmehr besass sie einen Freibrief, sich um 'alle möglichen Dinge' zu kümmern. So fahndete die Dritte Abteilung nach Verschwörungstruppen und kritischen Geistern im ganzen Reich und sorgte für deren Ausschaltung. Mit regelmässigen Berichten vermittelte sie dem Zar ein Bild der politischen Lage im Land. Zu den wichtigsten Aufgaben gehörten die politische Überwachung, die Untersuchungen in politischen Prozessen, Inhaftierungen und Verbannung. Sie war ebenfalls zuständig für die \hat{u} Altgläubigen [GL.I] und für \hat{u} Sekten [GL.I] oder für die Überwachung aller ausländischen Besucher; die Zensur oblag z. T. der Dritten Abteilung, und schliesslich schickte sie ihre Spitzel auch ins Ausland. Die Unruhen zu Beginn der 60er Jahre, die in mehreren Versuchen mündeten, Alexander II. zu ermorden, bewirkten einen weiteren Machtzuwachs der Dritten Abteilung. Nach den Attentaten auf den Zaren wurde die Überwachung von gesellschaftlichen Bewegungen (insbesondere Bauern- und revolutionären Bewegungen) zu ihrer Hauptaufgabe. 1874 begann der Abstieg der Dritten Abteilung, als eine Reihe ungeeigneter Männer ihre Führung übernahm, während gleichzeitig die Gewaltakte der revolutionären Bewegungen zunahmen. Auch durch die in der Folge erlassenen Bestimmungen, welche Polizeibeamten erlaubten, Verhaftungen vorzunehmen und Verbannungen auszusprechen, ohne den Staatsanwalt einzuschalten, gelang es nicht, Ruhe und Ordnung zu sichern. Nach einem weiteren Attentat auf den Zaren im Jahre 1880 wurde die Dritte Abteilung dem Innenministerium unterstellt und mit dem Departement der Exekutivpolizei in einem neuen Polizeidepartement zusammengefasst.

Nach dem Mord an Alexander II. im März 1881 legte ein Gesetz im August des gleichen Jahres die Voraussetzungen fest, nach denen die Zentralregierung für Orte, die von den Tätigkeiten der Revolutionäre bedroht wurden, den Zustand des "verstärkten Schutzes" (*usilennaja ochrana*) für ein Jahr erklären konnte. Er wurde in St. Petersburg, Moskau und in anderen Städten und

Provinzen erklärt und in vielen Fällen bis 1917 beibehalten. Die inoffizielle, aber gebräuchliche Bezeichnung für die politische Polizei zwischen 1881 und der Februar-Revolution 1917 war **Ochrana** (Bewachung, Schutz). Der Schwerpunkt der Aktivitäten (v.a. die Ermittlung gegen Untergrundtätigkeiten der revolutionären Organisationen und die Fahndung nach Revolutionären) ging von lokalen Schutzabteilungen aus (*ochrannye otdelenija* oder *ochranki*), deren erste schon 1866 in St. Petersburg gegründet worden war. Der Ochrana unterstand weiterhin das Gendarmeriekorps, 1883 kam die Pariser Auslandsagentur hinzu, die gegen emigrierte Revolutionäre operierte. Die polizeilichen Behörden stifteten z. T. die Pogrome an, die nach der Ermordung Alexanders II. gegen die Juden durchgeführt wurden. In der antisemitischen Stimmung, die von den letzten beiden Zaren ermutigt wurde, machten diejenigen Polizeibeamten Karriere, welche die Pogrome unterstützten und gegen die Juden agitierten. So soll der Leiter der Ochrana Pleve nichts gegen die Judenverfolgungen von Kišinev (April 1903) unternommen haben. Es war aber wiederum Pleve, der den Moskauer Chef der Ochrana Zubatov zum einflussreichsten Sicherheitsbeamten Russlands machte; dieser gründete in der Hauptstadt Gewerkschaften, die auch den Juden gleiche Rechte zugestehen sollten. 1893 wurde der Begriff des "politischen Gefangenen" offiziell abgeschafft, der Unterschied zwischen 'gemeinen' Gefangenen und 'politischen' fiel somit weg. Nach der Revolution von 1905 häuften sich die politischen Attentate. Als Gegenreaktion stellte der Staat bis zum April 1907 die Terroristen vor Kriegsgesichte. Er erlaubte auch Militärgerichten, die Todesstrafe zu verhängen: Von 1907 bis 1909 wurden über 5000 Todesurteile vollstreckt und mehrere Zehntausend zu Zwangsarbeit oder Verbannung verurteilt. Die Ochrana entwickelte ein dichtes Netz von Polizeispitzeln, welche die revolutionären Bewegungen zu durchdringen suchten. Sie wurde nach der Februarrevolution 1917 aufgelöst.

Nach der Machtergreifung der Bolschewiki wurde im Dezember 1917, auf Initiative Lenins, die **ČK** (auch **VČK**, Allrussische Ausserordentliche Kommission Čeka) gegründet. Sie wurde sowohl zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage eingesetzt als auch gegen die wachsende Kriminalität und zur Wiederherstellung der elementarsten Ordnung. Als Instrument des "Roten Terrors" entwickelte sich die ČK im Bürgerkrieg rasch zu einer Geheimpolizei mit einem umfangreichen Apparat: ČK-Abteilungen wurden in allen Sowjetrepubliken eingerichtet, ČK-Organen in Transportwesen, Industrie, Armee usw. gegründet; 1921 zählte sie 31'000 Mitarbeiter¹. Ab 1918 organisierte die ČK Gefängnisse und Straflager. Ihre Vollmachten wurden ständig erweitert, und sie konnte Bestrafungen vornehmen bis hin zu Erschiessungen ohne ordentliches Gerichtsverfahren, sowohl auf politischem als auch auf kriminellem Gebiet. Ihre Macht war bei den Bolschewiki nicht unumstritten, insbesondere das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKVD) versuchte, die ČK den örtlichen Sowjets zu unterstellen, um sie so einer Kontrolle zu unterwerfen. Anfang 1920, als der Sieg im Bürgerkrieg sich deutlich abzeichnete, wurde die Todesstrafe abgeschafft; v.a. Lenin versuchte, die Vollmachten der ČK einzuschränken und sie in eine gefestigte Legalität einzubinden. Sein Verschwinden von der politischen Bühne verhinderte indes eine durchgreifende Rückstufung. Der Aufgabenbereich der ČK verlagerte sich vom Terror zur Organisation: So sorgte sie für ein funktionierendes Transportwesen, kümmerte sich aber auch um finanzielle Hilfe für die zahlreichen verwahrlosten Kinder und Jugendlichen der Nachkriegszeit und richtete Kinderheime ein, um sie wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Der vielschichtige Umwandlungsprozess, der 1921/22 mit dem Übergang zur NEP [↑Neue Ökonomische Politik, GL.II] eingeleitet wurde, betraf auch die Sicherheitsorgane. Aus der 'ausserordentlichen' sollte eine 'reguläre' politische Staatspolizei werden, deshalb wurde die ČK aufgelöst. Ihre Aufgaben gingen an das NKVD über, das eine gesonderte Abteilung unter der Leitung des ehemaligen ČK-Chefs schuf, die **GPU** (Staatliche Politische Verwaltung). Ein Teil der Befugnisse wurden den Gerichten übertragen, und ein Justizkollegium überprüfte die Gesetzlichkeit der Massnahmen der GPU. Mit der Gründung der Sowjetunion (Dezember 1922) wurde sie eine selbständige Behörde; 1924 erhielt sie den Rang eines "vereinigten" Volkskommissariats (OGPU). Der OGPU wurden verschiedene Restriktionen auferlegt. Sie konnte Festnahmen nur bis zwei Tage nach der Tat vornehmen. Sie hatte zu ermitteln, Spuren zu sichern

¹ Boris Lewytskyj, 47f. Das *Handbuch der Geschichte Russlands* nennt die Zahl von 105 000 im Jahre 1922, Bd III, 1466.

und die Straftäter ordentlichen Gerichten zu übergeben. Sie konnte zwar Verdächtige verhaften, musste sie aber innerhalb zweier Monate entweder vor Gericht stellen oder freilassen. Diese Vorschriften existierten zwar auf dem Papier, waren aber leicht zu umgehen. Ausserdem konnte die Geheimpolizei einen Verhafteten, der schon einmal vor Gericht gestanden hatte, ohne weiteres in die Verbannung schicken und auf frischer Tat erappte Strassenräuber erschliessen. Stalin setzte die OGPU als Instrument bei innerparteilichen Auseinandersetzungen ein. Sie diente der Ausschaltung politischer "Verschwörungen" und "Parteien", womit sie sich der Stalin-Gruppe unentbehrlich machte. Überall "entdeckte" sie Agenten, Verräter und Saboteure, die den sozialistischen Aufbau gefährdeten. Die Sicherheitsorgane wurden 1928 nochmals stark ausgebaut, um die Zwangskollektivierung und die Industrialisierung zu forcieren und um die "Kulaken als Klasse" [↑Kulaken, GL.II] zu liquidieren. Hunderttausende wurden verhaftet und in Musterprozessen abgeurteilt; die Zwangsarbeitslager füllten sich. Hatten Gefängnisse und Straflager bis dahin auch der 'politischen Umschulung' der Sträflinge gedient, so tauchte bei Stalin und seinen Mitarbeitern der Gedanke einer 'rationellen Auswertung' der Arbeitskraft der Inhaftierten auf. 1930 wurde innerhalb der OGPU eine "Hauptverwaltung der Lager" [↑GULag, GL.I] geschaffen. Die Macht der OGPU wuchs noch mehr, nachdem ihr 1932 die Miliz unterstellt wurde. 1934 wurde ein neues, gesamtstaatliches NKVD geschaffen und die OGPU ihm eingegliedert.

📖 Ronald Hingley: *Die russische Geheimpolizei 1565-1970*. Bayreuth (1972); Boris Lewytskij: *Die rote Inquisition*. Frankfurt (1967)

GOELRO (*Gosudarstvennaja kommissija po elektrifikacii Rossii*, Staatliche Kommission zur Elektrifizierung Russlands)

Die GOELRO entstand am 3. Februar 1920 unter der Leitung des Ingenieurs Gleb M. Kržižanovskij (1872-1959). Die Kommission wurde damit beauftragt, einen Perspektivplan für eine umfassende Elektrifizierung Russland auszuarbeiten und gleichzeitig ein Konzept zu einer einheitlichen sozialistischen ↑Planwirtschaft [GL.II] zu erschaffen. Der Plan entstand in einem Zeitraum, in dem Not, Elend und eine total zerrüttete Wirtschaft vorherrschten.

Der Ausbau der Elektroenergiewirtschaft Russlands war die Grundlage für ein langfristiges wirtschaftliches Aufbauprogramm, von dem man in erster Linie eine erhebliche Steigerung der Produktivität und aber auch den Abbau des Gegensatzes von Stadt und Land erwartete. Die Funktion der Elektrifizierung wurde nicht einfach im technischen Sinn verstanden, sondern sie galt als zentraler Hebel zur Lenkung der Wirtschaft und zur schnellen Entwicklung der Produktivkräfte.

Mit dem Perspektivplan, der Ende Dezember 1920 am Achten Sowjetkongress vorgelegt wurde, sollten innerhalb von zehn bis fünfzehn Jahren die materiellen und sozialen Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen werden. Die ausführende Funktion des Arbeiters sollte in eine organisierende verwandelt werden. Der Gegensatz zwischen Hand- und Kopfarbeit werde in einer elektrifizierten Wirtschaft nicht mehr existieren. Dadurch würden die Hierarchien im Arbeitsprozess abgebaut werden, und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen werde aufhören. Zudem wurde die Elektrifizierung auch als eine "Aufklärung durch Licht" verstanden. Mit seiner Parole "Kommunismus - das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes" visierte Lenin eine Utopie an, in der aus einer zerstörten Wirtschaft ein blühender Sozialismus heranwachsen sollte.

Das Elektrifizierungsprogramm wurde im technischen Sinn bis zum Ende des ersten Fünfjahresplans erfüllt. Die Beurteilung des GOELRO-Plans ist schwierig, da er während den 20er Jahren mehrfach revidiert und von anderen Plänen überlagert wurde. Am 21. Februar 1921 erwuchs aus der GOELRO die Gosplan, eine staatliche Plankommission. Am 3. Februar 1931 erfuhr die Gosplan eine entscheidende Statusanhebung, da sie in eine Kommission unmittelbar

beim Rat der Volkskommissare umgewandelt wurde (bisher war sie eine Plankommission beim Rat für Arbeit und Verteidigung gewesen). Somit rückte sie in die Funktion der eigentlichen Planzentrale.

📖 Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996); Edgar Hösch: *Geschichte Russlands. Vom Kiever Reich bis zum Zerfall des Sowjetimperiums*. Stuttgart, Berlin, Köln (1996); Hans-Joachim Torke: *Lexikon der Geschichte Russlands. Von den Anfängen bis zur Oktoberrevolution*. München (1985)

Kollektivierung

Kollektivierung bezeichnet den Prozess des Zusammenlegens bäuerlicher Privatwirtschaften zu Kollektivbetrieben, den sog. ⚡Kolchosen [GL.I]. Die Kollektivierung wurde vor allem unter Stalin zwischen 1929 und 1937 forciert betrieben, nach der strategischen und gewaltsamen "Liquidierung der Kulakenklasse". D.h. die ⚡Kulaken [GL.II] wurden ersatzlos enteignet und in unbewohnte Gebiete deportiert oder umgebracht. Mit der forcierten Kollektivierung beendete Stalin die ⚡Neue Ökonomische Politik [GL.II] und leitete die Zeit der überzentralisierten und bürokratisierten ⚡Planwirtschaft [GL.II] ein.

Nach der Oktoberrevolution 1917/18 brach ein Bürgerkrieg aus. Es kämpften die Gegner der bolschewistischen Regierung, zusammenfassend als "die Weissen" bezeichnet, gegen "die Roten", welche v.a. aus Bolschewiki bestanden. "Die Roten" setzten sich siegreich durch.

Die Bolschewiki beabsichtigten, im Zuge des Bürgerkriegsgeschehens und im Rahmen der Politik des ⚡Kriegskommunismus' [GL.I] die "Kapitalistenklasse" zu beseitigen und alle Produktionsmittel in die Hand der "Arbeiter- und Bauernklasse" zu legen. Sobald sich die Kriegslage gebessert hatte, sollten sich die Bauern zu Kollektivbetrieben zusammenschliessen. In dieser Zeit entstanden Konzepte für den Übergang zur Planwirtschaft. Die ⚡razverstka [GL.II] sollte in die Tat umgesetzt werden, und der ⚡GOELRO-Plan [GL.II] wurde 1920 entworfen.

Dieser Versuch, unter den Bedingungen des Krieges ein umfassendes gemeinwirtschaftliches System aufzubauen, mündete in einen katastrophalen Produktionsabfall. Denn die Bauern hatten die bolschewistische Partei zwar unterstützt, doch mit der verbreiteten Parole: "Für die Bolschewiki, aber gegen die Kommunisten!" Sie wollten das, nach der Vertreibung der Grossgrundbesitzer, gewonnene Land nicht wieder hergeben und lehnten die Kollektivierung ab. Sie produzierten nur noch für den Eigenbedarf oder für den Schwarzmarkt, um so dem Ablieferungszwang zu entgehen. Im nachhinein hat sich der Begriff des Kriegskommunismus für diese Periode von Mitte 1918 bis Anfang 1921 eingebürgert.

1921 kam es zu einer grossen Hungersnot. In dieser Zeit wurden auf einen, zunächst in der Minderheit stehenden, Vorschlag Lenins die Sozialisierungsmassnahmen der Bürgerkriegszeit teilweise rückgängig gemacht. Es begann die Phase der NEP [⚡Neue Ökonomische Politik, GL.II]. Ihr Leitgedanke war die Schaffung eines wirtschaftlichen Mischsystems. Die Gesamtwirtschaft erholte sich; um 1926 erreichte die Produktionsleistung wieder annähernd den Stand von 1913.

Nach dem Tod Lenins (21.1.1924) liess Stalin, 1922 zum Generalsekretär des Zentralkomitees ernannt, nach und nach alle Gegner und Konkurrenten aus dem politischen Leben ausschalten; dabei ging es jeweils auch um politische Alternativen. Jetzt stand dem "Aufbau des Sozialismus in einem Land" (Zitat Stalins) nichts mehr im Wege. 1929 trat der 1. Fünfjahresplan in Kraft, was faktisch das Ende der NEP bedeutete.

Der 1. Fünfjahresplan beseitigte in der Industrie und im Bergbau den privatwirtschaftlichen Sektor und erzwang den Übergang zu einer reinen Zentralverwaltungswirtschaft. Es kam zu einer radikalen Industrialisierung des Landes. Dabei legten sämtliche Fünfjahrespläne der Stalinzeit (insgesamt vier) das Schwergewicht auf den Ausbau der Investitions-, Grundstoff- und Rüstungsindustrie.

In der Landwirtschaft setzte die landesweite Einschränkung der Privatwirtschaft später ein. Noch Ende 1929 befand sich fast die Gesamtheit des landwirtschaftlich genutzten Bodens der Sowjetunion in Privatbesitz. (Okt. 1929: 7,6%² bzw. 4,1%³ der bäuerlichen Haushalte kollektiviert.) Anfangs 1930 rief Stalin zur "Liquidierung des Kulakentums" auf. Die Kulaken [GL.II] wurden umgebracht oder deportiert, ihr Land verstaatlicht. Die übrigen Bauern mussten sich zu Kolchosen [GL.I] zusammenschließen, obwohl die organisatorischen Voraussetzungen gar nicht gegeben waren. (März 1930: 55%⁴ bzw. 58%⁵ bzw. 65%⁶ der bäuerlichen Haushalte kollektiviert.) Vielerorts antworteten die verzweifelten Bauern mit der Abschachtung des Viehs und der Vergrabung von Getreidevorräten; häufig gab es auch Widerstand. Stalin bremste die Kampagne durch einen Artikel in der "Pravda" mit dem Titel "Vor Erfolg vom Schwindel befallen", in dem er das übertriebene Vorgehen der lokalen Organisationen verurteilte. Die Bauern reagierten sofort darauf: Es begann ein Massenaustritt aus den Kolchosen. (Juni 1930: 23,6%⁷ bzw. 21,4%⁸ der bäuerlichen Haushalte kollektiviert.)

Die Kommunistische Partei unternahm einen neuen Anlauf, die Kollektivierung wieder voranzutreiben. Sie rückte jedoch von der "Gigantomanie" der Anfangsphase ab. Die Brigade wurde zur wichtigsten Organisationseinheit. Sie war auch zuständig für die Berechnung der bäuerlichen Entlohnung. Die Entlohnung sollte auf Grund von *trudoden* leistungs- und qualifikationsorientiert erfolgen. Ein Leistungsanreiz ging von dem neuen System jedoch nicht aus, und die Kollektivierung wurde immer wieder mit Druck und Gewalt vorangetrieben. (1940: 97%⁹ der bäuerlichen Haushalte kollektiviert.)

In den dreissiger Jahren festigte sich die kollektive Landwirtschaft allmählich, und der Produktionsstand aus der Zeit der NEP wurde wieder erreicht. Auch wenn die hochgesteckten Planziele längst nicht alle realisiert werden konnten, entwickelte sich die Sowjetunion zwischen 1928 und 1937 von einem Agrarstaat ohne starke Industrie zu einer industriellen Grossmacht. Doch die Lebensbedingungen sowohl auf dem Land wie in der Stadt blieben schlecht.

Es gab immer wieder Schwierigkeiten in der Entwicklung, und das Ziel, durch die Kollektivierung Mittel für die Industrialisierung zu erhalten, wurde weit verfehlt.

Zudem konnte die Existenz der Bauern nie richtig gesichert werden. Sie waren auf die Eigenwirtschaft angewiesen. Es entstand notgedrungen die unübersehbare Tendenz, die Fläche der persönlichen Nebenwirtschaften - teilweise illegal - auf Kosten des Kolchoslandes auszudehnen und auch arbeitsmässig die Kolchosen zu vernachlässigen. Dies wirkte sich wiederum negativ auf die Gesamtwirtschaft aus.

Der bäuerliche Familienbetrieb wurde durch die Kollektivierung derart zerstört, dass es den Bauern später kaum möglich war, unter Gorbačev (im Zuge der *Perestrojka*, 1985-1991) wieder zur Selbstverwaltung oder zur privaten Hofwirtschaft zurückzufinden.

📖 Joseph Boesch, Rudolf Schläpfer (Hg.): *Weltgeschichte Band 2. Vom Wiener Kongress bis zur Gegenwart*. Zürich, Köln (1992); Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996); Edgar Hösch: *Geschichte Russlands. Vom Kießer Reich bis zum Zerfall des Sowjetimperiums*. Stuttgart, Berlin, Köln (1996); Günther Stökl: *Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Stuttgart (1962); Hans-Joachim Torke (Hg.): *Lexikon der Geschichte Russlands. Von den Anfängen bis zur Oktoberrevolution*. München (1985); Ders.: *Einführung in die Geschichte Russlands*. München (1997)

² Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996) 555

³ Günther Stökl: *Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 718

⁴ siehe unter 2

⁵ siehe unter 3

⁶ Hans-Joachim Torke: *Einführung in die Geschichte Russlands*, 208

⁷ Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*, 555

⁸ Hans-Joachim Torke: *Einführung in die Geschichte Russlands*, 208

⁹ Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*, 556 und Hans-Joachim Torke: *Einführung in die Geschichte Russlands*, 209

Kulaken

Mit diesem polemisch gefärbten Begriff (russ. *kulak* 'Faust') wurden wohlhabende Bauern bezeichnet, deren Betrieb Unternehmenscharakter aufwies. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jhs., noch vor der Aufhebung der \hat{u} Leibeigenschaft [GL.I], waren die Kulaken als bäuerliche Oberschicht bekannt, die dazu neigte, sich auf Kosten der ärmeren Bauern zu bereichern. Die Kulaken konnten mit ihrer Finanzkraft und Reserven den Getreidemarkt beeinflussen, der wegen regelmässig auftretender Missernte einen Ausgleich zwischen Überschuss- und Mangelgebieten schaffen musste. Der wirtschaftliche Abstand zu den ärmeren bäuerlichen Schichten spitzte sich bis zum Revolutionsjahr 1917 weiter zu. Auch in den ersten Jahren nach 1917 wurde keine grundlegend neue Agrarstruktur erreicht [\hat{u} razverstka, GL.II; \hat{u} Kriegskommunismus, GL.I]. Besondere Beachtung finden die Kulaken in den 20er und 30er Jahren des 20. Jhs. Während der Zeit der NEP, 1921-29, [\hat{u} Neue Ökonomische Politik, GL.II] war eine soziale Differenzierung der Bauernschaft akzeptiert. Es wurde jedoch ein Ausgleich zugunsten der ärmeren Schichten angestrebt. Die landwirtschaftliche Bevölkerung wurde zu dieser Zeit - nach teilweise umstrittenen Kategorien - in vier soziale Hauptgruppen eingeteilt: Landproletariat, Dorfarmut, Mittelbauern und Kulaken. Die beiden ärmsten Schichten mussten ganz oder teilweise in anderen Betrieben arbeiten, landwirtschaftliches Inventar für ihre Zwergwirtschaften mieten oder einen Teil ihrer Parzellen verpachten. Die zahlenmässig stärkste Gruppe waren die Mittelbauern, deren Boden und Inventar zur Führung eines Familienbetriebes ausreichte. Einen prozentual geringen Anteil machten die Kulaken als Spitzengruppe aus. Sie besaßen Betriebe, die nicht nur die eigene Familie ernährten, sondern Unternehmen darstellten. Sie verfügten über eine überdurchschnittlich grosse Anbaufläche, pachteten Boden hinzu, stellten Lohnarbeiter ein und verliehen Arbeitsvieh und Inventar. Oft betrieben sie noch Handel, verliehen Geld oder Naturalien, wofür sie gewöhnlich Wucherzinsen verlangten. Mit dieser Betriebsstruktur spielten sie eine wichtige Rolle auf dem gesamtrussischen Markt.

Im sich verschärfenden Klassenkampf auf dem Dorf, gegen Ende der NEP, waren die Kulakenbetriebe dem wirtschaftlichen und politischen Boykott ausgesetzt. Im Zuge der \hat{u} Kollektivierung [GL.II] der Landwirtschaft wurde die vollständige "Liquidierung" der Schicht der Kulaken gefordert. Ihre Felder sollten Bestandteil der neuen entstehenden \hat{u} Kolchosen [GL.I] werden, denen sie persönlich aber nicht beitreten durften. Sie wurden gemäss ihrer Bereitschaft, den staatlichen Anforderungen nachzukommen, völlig willkürlich in drei Gruppen eingeteilt. Wer Widerstand leistete, so hiess es in einem Gesetz vom 1.2.1930, war zu erschiessen oder in ein Straflager zu bringen. Eine zweite Gruppe, als Gegner der Sowjetmacht eingestuft, wurde zu Arbeitseinsatz in entlegene Gebiete deportiert, wo viele unter den harten Bedingungen den Tod fanden. Wer in einer dritten Gruppe das Glück hatte, als neutral angesehen zu werden, konnte einen Hof ausserhalb der Kolchose bewirtschaften. Gegen Ende 1932 war diese Kampagne abgeschlossen. Obwohl es im ganzen Land nun keine Kulaken mehr gab, lebte der Begriff fort in Ausdrücken wie "Kulakensabotage" (Widerstand gegen staatliche Requisition) oder "Kulakendiener" (Personen, die staatliche Direktiven nicht aktiv unterstützten).

Die Diskriminierung der bäuerlichen Oberschicht wurde durch die Verfassung vom 5.12.1936 offiziell beendet. Diese Verfassung machte Schluss mit der unterschiedlichen politischen Bewertung der sozialen Klassen. Sie brachte für alle Bauern ein den Arbeitern gleichgestelltes Wahlrecht zu den Sowjetorganen. Die Widersprüchlichkeit des Lebens in dieser Zeit zeigte sich darin, dass in der Kommission für den Verfassungsentwurf von 1936 Männer sassen, die kurz darauf Opfer des staatlichen Terrors wurden.

📖 Valentin Gitermann (Hg.): *Geschichte Russlands*. Bd. III. Frankfurt a.M. (1965); Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996); Ders.: *Geschichte und Gesellschaftssystem der Sowjetunion. Eine Einführung*. Köln (1977); Richard Lorenz: *Sozialgeschichte der Sowjetunion I, 1917-1945*. Frankfurt a.M. (1976); Hans-Joachim Torke (Hg.): *Lexikon der Geschichte Russlands*. München (1985); Ders.: *Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917-1991*. München (1993)

kustar'-Gewerbe

Von russ. *kustar'* 'Heimarbeiter, Handwerker' bezeichnet das *kustar'*-Gewerbe bäuerliche Handwerksbetriebe zur Versorgung der Landbevölkerung mit Gewerbeerzeugnissen und als Einkommensquelle der Bauernfamilien. Das *kustar'*-Gewerbe entstand im Mittelalter. Seine Bedeutung variierte je nach Region, besonders hoch war sie im Norden und im Zentralgebiet. Der Begriff wurde ab der Stalinzeit nicht mehr verwendet.

Das *kustar'*-Handwerk lässt sich bis in die Kiever Rus' zurückverfolgen. Nachgewiesen für diese Periode sind das Schmiede- und Töpferhandwerk sowie die Leinenherstellung; dass auch Holz verarbeitet wurde, kann ebenfalls angenommen werden. Für die folgenden Jahrhunderte bis zum Beginn des zwanzigsten lassen sich verschiedene Strukturveränderungen und Errungenschaften ausmachen: Die ab der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts existierende Glasherstellung brachten die Mongolen im 13. Jahrhundert wieder zum Erliegen. Während Jahrhunderten spielte auch das naturausbeutende Gewerbe eine wichtige Rolle: Jagd, Fischfang, Bienenzucht und Salzgewinnung. In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts wurden die Bauern von Fürsten, \hat{u} Bojaren [GL.I] und Klöstern aus der einträglich gewordenen Salzgewinnung verdrängt. Ab Mitte des 17. Jahrhunderts entzog die Pottascheherstellung der Bienenzucht die Grundlage. Pottasche wurde für die Herstellung von Glas und Schmierseife und für die Vorreinigung von Schafwolle benötigt. Die bäuerliche Holzverarbeitung erreichte einen in Europa einmaligen Standard. Das im *kustar'*-Gewerbe hergestellte grobe Leinen wurde teilweise exportiert. Metallgewinnung und -verarbeitung setzten jeweils nach der Ernte ein und hielten während den Wintermonaten an. Zwischen Stadt und Land bestand keine ausgeprägte Arbeitsteilung, das ländliche Handwerk reichte in die Städte hinein.

Das *kustar'*-Gewerbe kann zur Zarenzeit als Protoindustrialisierung bezeichnet werden. Es blieb während der einsetzenden Industrialisierung und bis zum Beginn der Sowjetzeit ein elementarer Sektor der russischen Volkswirtschaft. Um 1900 verfügten 3-5% aller Bauernhöfe über einen eigenen *kustar'*-Betrieb. Die Erzeugnisse erreichten ungefähr ein Drittel des gesamten industriellen Produktionswertes und noch 1913 waren 50% aller Beschäftigten dort tätig. Enge Verbindungen bestanden zudem zur städtischen Industrie und zum Handel. Die aufstrebende Industrie rekrutierte ihre Arbeitskräfte aus dem bäuerlichen Milieu, da die Leute über das nötige "know-how" aus dem *kustar'*-Handwerk verfügten und die Zahl der städtischen Handwerker zu gering war. Zudem übten die Städte eine Sogwirkung aus, weil das Land im Verhältnis zur agrarischen Nutzfläche überbevölkert war und die Einnahmen aus dem dörflichen Hausgewerbe sanken, da die moderne Industrie zu einer ersten Konkurrenz aufstieg. Zahlreiche bedeutende Unternehmer kamen aus der oft leibeigenen Bauernschaft. Deren Nachkommen konzentrierten sich als Grossunternehmer in der Textil- und Nahrungsmittelindustrie in der Moskauer Region.

Mit der Oktoberrevolution und der unmittelbar folgenden Agrarrevolution begann - wenn auch nicht schlagartig - der Bedeutungsrückgang des bäuerlichen Handwerks. In der Debatte um die Industrialisierungsstrategien Mitte und Ende der 20er Jahre wurde ein Programm zur Rationalisierung und Elektrifizierung des Landes [\hat{u} GOELRO, GL.II] vorgelegt, das die Dezentralisierung der Industrie sowie den Einbezug des *kustar'*-Gewerbes vorsah. Zu dessen Verwirklichung kam es jedoch nicht. Mit der \hat{u} Kollektivierung [GL.II] und der forcierten Industrialisierung zu Beginn des Stalinismus veränderten sich die dörflichen Strukturen und Lebensverhältnisse in kurzer Zeit so radikal, dass die Grundlage des *kustar'*-Gewerbes zerstört und der Begriff ab dieser Zeit nicht mehr verwendet wurde.

📖 Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996); Klaus Heller: *Russische Wirtschafts- und Sozialgeschichte*. Bd. I. Darmstadt (1987); Gottfried Schramm (Hg.): *Handbuch der Geschichte Russlands*. Bd. III. Stuttgart (1992); Hans-Joachim Torke (Hg.): *Lexikon der Geschichte Russlands*. München (1985); Ders.: *Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991*. München (1993)

Mafia

Der Begriff Mafia bezeichnete ursprünglich einen in der ersten Hälfte des 19. Jhs. agierenden politischen Geheimbund in Sizilien; gegen Mitte des 20. Jhs. tauchte die Bezeichnung wieder auf und wurde für eine erpresserische, illegale und geheime Organisation in Süditalien verwendet. Heute meint man damit hochkriminelle international agierende Syndikate. Für das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion bezeichnet Mafia eine Vielzahl von verbrecherischen Gruppen, welche unterschiedlich gross und mächtig sowie vorwiegend ethnisch strukturiert sind und die sich in unterschiedlichen Marktsegmenten betätigen. Eine klare Abgrenzung des Begriffs ist nicht möglich, denn selbst kleine Diebesbanden erhalten schon den Stempel 'mafios', und in vielen Fällen verwenden die BürgerInnen das Wort Mafia als Synonym für 'schlecht'.

Den Nährboden, auf dem sich Mafiagruppen entwickeln konnten, lieferte das sowjetische System. Der Stalinismus schrieb den Betrieben ihre Produktionspläne bis ins Detail vor. Um sich in diesem starren, unbeweglichen System einen kleinen Spielraum zu schaffen, setzten die Unternehmen "Agenten" ein, die illegale Beziehungen zu Behörden und anderen Betrieben pflegten. Sie nutzten das sowjetische Instanzenwirrwarr für ihre Zwecke aus, bedienten sich der Bestechung und bauten ein schwer durchschaubares Beziehungsnetz auf. Ihre Aktivitäten führten dazu, dass ein grosser Teil der Volkswirtschaft für den Direktkontakt zwischen den Betrieben und den ↑Schwarzmarkt [GL.I] arbeitete. Zudem entstanden "Seilschaften" zwischen Betriebsangehörigen und Funktionären in Partei- und Staatsapparat sowie Gewerkschaften und anderen Organisationen. Die Schicht der Agenten bildete die Drehscheibe und verdiente gut an diesem System, das sich und damit die ↑Schattenwirtschaft [GL.I] in der Regierungszeit Brežnevs verfestigte. Die enorme Verfilzung und die zunehmende Bereitschaft zu kriminellen Akten, woran die ↑"Diebe im Gesetz" [GL.I] massgeblich mitbeteiligt waren, führte zur Entwicklung der sowjetischen Mafia, die sich als ernstzunehmende soziale Schicht etablierte und sich als Hauptopponentin gegen Gorbatschows Reformbemühungen stellte. Der Übergang zur Marktwirtschaft und der Zusammenbruch der Sowjetunion band die Mafia nicht zurück. Diese nutzte im Gegenteil nicht nur die Vormachtstellung in der Schattenwirtschaft aus, sondern auch die grossen Lücken im Rechtssystem Russlands. Die Justiz leidet noch an der jahrzehntelangen Umklammerung durch die Partei, und die Polizei ist nicht in der Lage, sich dem organisierten Verbrechen wirkungsvoll entgegenzustellen.

Die Mafia in der Ex-UdSSR besteht aus einem Konglomerat von Gruppierungen, deren Tätigkeit die traditionellen Mafia-Bereichen umfasst, wie Erpressung, Prostitution, Alkohol-, Waffen-, Drogen- und Devisenhandel und bis zur Beherrschung ganzer Märkte reicht. Sie bedient sich der Mittel Korruption, Bedrohung, Gewaltausübung, Mord und versucht, ihre Interessenvertreter bis in höchste Staatsstellen zu plazieren.

In der Welt des kleinen Verbrechens existieren vor allem in grossen Städten unterschiedlich grosse Mafiagruppen nebeneinander, die oft auch Zweckbündnisse eingehen. Positionskämpfe innerhalb der Gruppen und zwischen ihnen sind noch im Gange. Generell ist die Zersplitterung dort gross, wo die Kontakte zum Staatsapparat gering sind. Auf dem Lande haben sich lokale Bosse weitgehend etabliert und herrschen meist ohne Konkurrenz.

Ganz anders präsentiert sich das Bild der sogenannten Staatsmafia. Sie kontrolliert und leitet Waren- und Kapitalströme, verfügt über einen hohen Organisationsgrad und duldet keine Herausforderung. Mit Staatsmafia wird der Teil der Nomenklatura bezeichnet, der sich mit Korruption und Vetternwirtschaft bereichert und mit "privatwirtschaftlichen" Erpressersyndikaten eine symbiotische Beziehung unterhält. Das organisierte Verbrechen ist einerseits auf eine korrupte, "wegschauende" Bürokratie angewiesen. Andererseits benötigt die Staatsmafia ihre Helfer, um Drohungen zu verdeutlichen und Waren zu verschieben. Die Bürokratie kennt die Namen der Spitzenleute des organisierten Verbrechens ebenso, wie diese die Namen der Spitzenleute z.B. im mafios-staatlichen Erdöl- und Gasgeschäft kennen, doch lässt die gegenseitige Abhängigkeit schweigen.

Die führenden, in den Nachfolgestaaten der UdSSR entstandenen, d.h. ethnischen Mafiagruppen sind wahrscheinlich nach italienischem Vorbild organisiert. Sie üben Druck auf alle Kreise aus und verfügen über einen hervorragenden technischen Standard. In Uzbekistan beherrschen sie vor allem die Baumwollindustrie. Dem tschetschenischen Mafiasyndikat, das zwar denen anderer GUS-Staaten gleicht, wird eine besondere Bedeutung zugemessen, weil es von seiner Lage zwischen Russland und dem Nahen Osten profitiert, mit fundamentalistischen islamischen Organisationen in Kontakt steht und von ihnen unterstützt wird. Während der kleine Waffenhandel von der kaukasischen Mafia kontrolliert wird, liegt der illegale Export von hochgefährlichen Waffen in den Händen von Moskauer und baltischen Mafiabanden. Mit in die Geschäfte verwickelt sind die Militärs.

Zahlreiche kriminelle Vereinigungen unterhalten feste Beziehungen zu ähnlich gelagerten Organisationen im Ausland. Zu den wichtigsten Ländern zählen die USA, Deutschland, Österreich, Italien, Polen, Ungarn, die baltischen Staaten, die Türkei und China. Zunehmend scheinen einflussreiche Mafiagruppen traditionelle Operationsfelder wie Schutzgelderpressung und Autoschmuggel kleineren Gruppen zu überlassen. Jene verschieben ihre Prioritäten mit Hilfe russischer Banken auf die Geldwäscherei und auf den qualifizierten Betrug im Kredit- und Finanzwesen von Wirtschaftsunternehmen.

Die Grundpfeiler der heutigen omnipräsenten Mafiaherrschaft sind Rechtlosigkeit, eine autoritäre und korrupte Zentralregierung, ein ohnmächtiges Parlament und fehlender Bürgersinn. Eine wesentliche Änderung dieser Zustände scheint für die nahe Zukunft kaum realistisch zu sein, und so muss angenommen werden, dass die Mafia ihre Bedeutung noch eine Zeit lang behalten wird. Die Frage, welche Macht sie in anderen Ländern zu erlangen vermag und ob sie mit Hilfe internationaler Kontakte sowie einer Wirtschaftskriminalität im grossen Stil eine Gefahr für westliche Länder darstellt, wird unterschiedlich beurteilt.

📖 Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996); Jürgen Roth: *Die Russen Mafia*. Hamburg (1996); Ulrich Schmid: *Gnadenlose Bruderschaften*. Zürich (1996)

Neue Ökonomische Politik (NÖP; russ. NEP)

Der Begriff "Neue Ökonomische Politik" (*novaja ekonomičeskaja politika*, NEP) bezeichnet die Periode vom März 1921 bis anfangs 1929. Die Phase war geprägt von Wirtschaftskrisen, einer vergleichsweise bauernfreundlichen Agrarpolitik und Industrialisierungsanstrengungen, wobei sich Landwirtschaft und Industrie polartig gegenüberstanden und es der Regierung nicht gelang, beide zu sich ergänzenden Wirtschaftszweigen zu gestalten. Politisch fiel in die Zeit der NEP der Tod Lenins und der Kampf um seine Nachfolge, den Stalin und seine Anhänger für sich entschieden, wie auch die Gründung der Sowjetunion.

Bis ins Jahr 1920 war die Bruttoproduktion der Grossbetriebe auf 18 % des Vorkriegsniveaus, die der Kleinindustrie auf 40% gesunken. Das staatliche Programm zur Getreideversorgung *razverstka* [GL.II] konnte nicht erfolgreich umgesetzt werden. *Schwarzmärkte* [GL.I] entstanden und florierten. Arbeiterstreiks, Bauernrevolten und Soldatenunruhen waren die Folge der wirtschaftlichen Misere. Der Druck dieser sozialen Bewegungen erzwang ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik. Man wollte das "Bündnis" *smjčka* [GL.I] mit den Bauern, das heisst die soziale Grundlage der Oktoberrevolution, mittels Liberalisierungsmassnahmen erneuern. Der Schwarzmarkt wurde legalisiert, Handwerker und Gewerbetreibende durften wieder frei über ihre Produkte verfügen. Die *Kommandohöhen* [GL.I] blieben allerdings in staatlicher Hand. Auf dieser Basis bildete sich das neue ökonomische System des "reaktiven Kaufkraft-Effektes"¹⁰ heraus. Die Dynamik des Marktes und die freigesetzten kapitalistischen Elemente führten schnell zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft. Das Entgegenkommen gegenüber den Bauern stärkte

¹⁰ Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996), 509

deren Kaufkraft und damit die Nachfrage nach Konsumgütern. Man erwartete, dass die steigende Konsumgüterproduktion positive Impulse auf die Produktionsmittelindustrie auslösen werde. Bis 1923 konnten die unmittelbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten behoben werden. 1926/7 erreichte die Gesamtwirtschaft wieder den Stand von 1913.

Mit diesem Erfolg waren jedoch die Strukturprobleme nicht behoben worden. 1922/3 kam es aufgrund der unzureichenden Planung einer Gesamtwirtschaft zur \hat{u} Scherenkrise [GL.I]. Das Auseinanderklaffen der Preise für Agrarprodukte und Industrieerzeugnisse zuungunsten der Bauern bewirkte, dass diese den Eigenverbrauch an Getreide erhöhten, wieder stärker auf das \hat{u} kustar'-Gewerbe [GL.II] und auf die Kleinindustrie zurückgriffen. Der Privathandel, der sich dazwischen schob, nahm einen gewaltigen Aufschwung. Daraus resultierten für die staatliche Industrie Absatzschwierigkeiten, und ausbleibende agrarische Rohstoffe führten zu Produktionsrückgängen. Löhne konnten nicht mehr rechtzeitig ausbezahlt werden. Eine hohe Inflationsrate bewirkte eine fortschreitende Geldentwertung. Darauf reagierten die Arbeiter mit einer Streikwelle. Ab Ende 1923 gelang es, die Scherenkrise zu beenden. Umfangreiche Getreideexporte liessen die Agrarpreise steigen, die staatlichen Industrievereinigungen beschlossen Preissenkungen, und eine Währungsreform führte im Sommer 1924 zu einer stabilisierten sowjetischen Valuta.

Es war gelungen, die Krise rasch zu beenden, doch die Strukturängel bestanden weiterhin. Man glaubte an offizieller Stelle, eine bauernfreundliche Politik integriere die Landwirtschaft am besten in das System der NEP, auch wenn zunächst nichtkapitalistisches Verhalten gefördert werde. Der Warenaustausch zwischen Stadt und Land blieb aber gestört. Die schlechte Ernte von 1924 führte zu Versorgungsengpässen, ohne dass es jedoch zu grösseren Schwierigkeiten kam. Für 1925 rechnete man mit einer guten Ernte und einem hohen Getreideexport. Der Erlös sollte die erforderlichen Mittel für den geplanten Ausbau der Industrie liefern. Doch die Bauern verschlossen sich dem staatlichen Markt, und die Industrie vermochte ihren \hat{u} Warenhunger [GL.I] nicht zu stillen. Sie kauften einerseits die Industriegüter nicht, weil die Qualität der angebotenen Erzeugnisse nicht ihren Vorstellungen entsprach oder die Preise immer noch zu hoch lagen. Andererseits horteten sie ihr Getreide oder verkauften es auf dem Privatmarkt und nutzten die preistreibende Konkurrenz zwischen den staatlichen Aufkäufern und privaten Händlern zu ihrem Vorteil aus. So stand weit weniger Getreide für den Export zur Verfügung als von der Regierung erhofft, die fehlenden Einnahmen liessen das Investitionsprogramm in vielen Teilen zusammenbrechen. 1926 kam es deshalb zu erheblichen Produktionsstörungen und Massenentlassungen. Obwohl die Gründe für die Warenhunger-Krise im nichtäquivalenten Austausch zwischen Stadt und Land lagen, bezeichneten die Partei- und Staatsorgane die \hat{u} Kulaken [GL.II] und Privathändler als die Schuldigen. Die Stimmen mehrten sich, die die bauernfreundliche Politik als gescheitert betrachteten.

Am 15. Parteitag im Dezember 1927 zeichnete sich ein Umbruch zu einer neuen Wirtschaftspolitik ab. Der Entscheid fiel zugunsten einer verstärkten Industrialisierung und einer schärferen Gangart gegenüber den Kulaken unter Beibehaltung der Grundsätze der NEP. Abwechselnd mit "ausserordentlichen Massnahmen" gegen die Bauern und den freien Markt und deren Lockerung suchte man das "Bauernproblem" bzw. die Getreidekrise in den Griff zu bekommen. Der Misserfolg stärkte die Stalin-Gruppe, die dafür plädierte, dass staatliche Kontrolle und staatlicher Zwang die Lösung seien. Trotz des Widerstands der Gemässigten um Bucharin und Rykov billigte im Frühjahr 1929 das ZK-Plenum den ersten Fünfjahresplan und die neue Agrarpolitik: Die Bauern sollten mit Hilfe der wechselseitigen Lieferverträge dazu gebracht werden, ihr Getreide ausschliesslich gegen vom Staat gelieferte Produktionsmittel und Konsumgüter zu tauschen. Staatlich festgesetzte Preise bildeten die Verrechnungseinheiten. Damit die Bauern nicht auf den altbewährten Wirtschaftskreislauf ausweichen konnten, erhielten die Dörfer den Beschaffungsplan bis ins einzelne vorgeschrieben. Die NEP war damit endgültig zu Ende.

Während der Zeit der NEP vollzogen sich auch der Aufstieg Stalins und die Gründung der Sowjetunion. Kurz nach der Oktoberrevolution hatte man erklärt, dass für die Völker Russlands das Prinzip der Föderation und der nationalen Autonomie gelten solle. Am 30. Dezember 1922 wurde die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) gegründet. Die föderative Verfassung blieb weitgehend ein Versprechen, denn die Dominanz der Einheitspartei behinderte die Entfaltung

eigenständiger Regionen. Zudem verstärkten Industrialisierung und Kollektivierung Ende der 20er Jahre den Druck auf eine sozialökonomische Vereinheitlichung der Sowjetunion. Man ging dazu über, die Russifizierung zu fördern und die wichtigsten Positionen in Politik, Wirtschaft und Militär durch Russen oder Vertrauensleute zu besetzen.

Nach Lenins Tod am 21.1.1924 nahm das Triumvirat Zinov'ev, Kamenev und Stalin die oberste Parteiführung wahr. Lenin hatte zwar zunehmend den Fähigkeiten des Generalsekretärs Stalin misstraut, doch verhinderte sein vorzeitiger Tod Stalins Ausschaltung. Im bereits existierenden innerparteilichen Machtkampf erwies sich Stalin als gewiefter und skrupelloser Taktierer. Trockij, der extreme Thesen in der Industrialisierungsdebatte einbrachte und sich scharf gegen das Triumvirat und den Parteiapparat äusserte, wurde das erste prominente Opfer. 1925 wurde er von seinem Stellvertreter in seinen Ämtern abgelöst. Kamenev und Zinov'ev neigten zu einer Doktrin, die sich streng an proletarischen Zielen orientierte. Die geschickte Regie Stalins ordnete sie wie schon Trockij der Verschwörergruppe einer "Neuen Opposition" zu, zu deren Verurteilung als "linke Abweichung" er die Delegierten auf dem 14. Parteikongress im Dezember 1926 bewog. Der Kongress bestätigte das Industrialisierungskonzept Stalins und seiner Anhänger. Der Machtzuwachs erlaubte es Stalin, hart gegen innerparteiliche Kritiker vorzugehen. Trockij wurde 1929 aus der Sowjetunion ausgewiesen, Zinov'ev und Kamenev verloren ihre Ämter und mussten demütigende Parteiverfahren über sich ergehen lassen. Stalin verdankte seinen Sieg einer Gruppe heterogener gemässigter Reformer, den bauernfreundlichen "Rechten", die sich gegen das Aufbauprogramm der radikalen "Linken" stellten und die Oberhand gewannen. Doch die "Rechten" um Bucharin waren in der Kraftprobe Stalin nicht gewachsen. Auch sie wurden ausgeschaltet, und praktisch mit dem Ende der NEP begannen Stalinära und Stalinkult.

📖 Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996); Edgar Hösch: *Geschichte Russlands*. Stuttgart (1996); Gottfried Schramm (Hg.): *Handbuch der Geschichte Russlands*. Bd. III. Stuttgart (1992); Hans-Joachim Torke: *Einführung in die Geschichte Russlands*. München (1997)

Orthodoxie und Heterodoxie

Religionen entstehen aus existentiellen Bedürfnissen von Individuen, die neben ihrer persönlichen Identität aber auch eine soziale haben und diese kollektiv abzusichern suchen. Sobald eine Religion zu einem tragenden gesellschaftlichen Moment geworden ist, tendiert sie in der Regel dazu, sich gegenüber anderen identitätsbildenden und heilsversprechenden Systemen abzugrenzen. Der Begriff "Orthodoxie" schliesst somit bereits den Begriff der Heterodoxie, der Anders- bzw. "Falschgläubigkeit" ein.

Das Wort 'orthodox' ist gebildet aus den griechischen Bestandteilen *orthós* 'aufrecht/richtig' und *doxa* 'Glauben/Meinung' und bedeutet 'rechtgläubig'; es findet sich bereits in einem Brief Eusebius' von Caesarea von 338. Die Orthodoxe Kirche erhob mit diesem Namen den Anspruch, die einzige und mit der Urkirche identisch zu sein.

Mit der Ende des 9. Jhs. vom Patriarchen von Konstantinopel eingeleiteten Christianisierung der Ostslawen nimmt die Orthodoxie ihren Anfang im Gebiet des späteren Russlands. Die Kiever Rus' und die russischen Teilfürstentümer blieben spirituell abhängig von Byzanz; von dort aus wurde auch der Metropolit als vom konstantinopolitanischen Patriarchen abhängiges Oberhaupt der russischen Kirche eingesetzt. Einer der ersten nachweisbaren Kirchenobersten war Ioann, zwischen 1015 und 1019 nominiert, der im riesigen Kirchengebiet die schwierige Arbeit der "Ersten Generation" zu leisten hatte. Mit der Regierungszeit des Grossfürsten Jaroslav dem Weisen (1019-1054) betritt man in der Kirchengeschichte Altrusslands festeren Boden; 1037 stiftete er in Kiev die Kirche der hl. Sophia als Metropolitankirche (*mitropol'ja*). Unter *mitropol'ja* versteht man von nun an nicht nur die Kirche, sondern auch den gesamten Verwaltungsapparat und den Hofstaat eines Metropoliten. In anderen grösseren Städten Russlands wurden Bistümer errichtet, wobei

Novgorod bis zur Inkorporierung ins Moskauer Reich 1478 neben Kiev eine herausgehobene Stellung einnahm.

Aus der Abhängigkeit von Byzanz begann sich die russische Orthodoxie seit dem späten 14. Jh. zu lösen, und mit dem Fall von Konstantinopel 1453 war die de facto bereits entschiedene Frage der autoritativen Selbständigkeit hinfällig. 1459 wurde die Kirche im Herrschaftsbereich der Moskauer Grossfürsten autokephal. Die endgültige formal-rechtliche Loslösung von Konstantinopel kam mit der Gründung des Patriarchats von Moskau 1589.

Als im späteren 15. Jh. und frühen 16. Jh. die Moskauer Fürsten sich mit Bestimmtheit zur Autokratie hinzubewegen begannen und gleichzeitig innerhalb der Kirche um die richtige dogmatische Orientierung gerungen wurde, entstand der Mythos vom *„Dritten Rom“* [GL.I] als ein für beide Seiten ideologisch nützlicher Superioritätsdiskurs. Die weltlichen Herrscher erkannten den Wert einer solchen legitimatorischen Ideologie, und mit der Entscheidung der Kirchenfraktion um Josif Volockij zur staatsalliierten Machtkirche war die "andere" Seite um Nil Sorskij, der sich insbesondere als Führer der Starzenbewegung [*„starec“*, GL.I] hervorgetan hatte, in den Status einer heterodoxen Ketzerbewegung gesetzt, die zudem noch für Milde gegen die "ketzerischen" Judaisierenden eingetreten war.

Das Patriarchat Nikons (1652-1666) brachte das einzige innerrussische Kirchenschema mit sich. Er reformierte die russische Orthodoxie aufgrund der sog. "Gesetzestafel". Diese enthielt detaillierte Vorschriften der griechisch-orthodoxen Liturgie. Ein wichtiger Punkt der Reformen war auch der Gedanke, das Patriarchat über das Zarentum zu stellen, was sich jedoch nicht verwirklichen liess, wohl auch darum, weil Nikon durch seine griechische Orientierung eine Öffnung gegenüber Fragen der westlichen Kirchen verhinderte, indem die ukrainischen Theologen aus Moskau verdrängt wurden. Die Spaltung erfolgte jedoch vor allem aufgrund liturgischer Fragen.

1667, in der Folge dieser kirchenpolitischen Auseinandersetzungen, wurde bezeichnenderweise wiederum die Lehre vom Dritten Rom als Ketzerei verdammt (unter Alexander I. jedoch 1806 aufs neue vom Heiligen Synod wider den napoleonischen "Ungeist" eingeführt), und es waren fortan die ketzerischen *„Altgläubigen“* [GL.I], die sie vertraten und hüteten. Diese jedoch verstanden sich nun als die wahren Vertreter des richtigen Glaubens, wurden aber wegen ihrer Andersgläubigkeit von der Staatskirche exkommuniziert und seither als *„Sekte“* [GL.I] verfolgt und bekämpft. Trotzdem, oder gerade weil sie dadurch in ihrem engen Zusammenhalt und am Festhalten an der religiösen Tradition bestärkt wurden, schlugen die wiederholten Versuche der Orthodoxen Kirche, sich die Altgläubigen wieder einzuverleiben, fehl. Diese musste vor allem während politischer Unruhen immer wieder neue Abwanderungen zugunsten des Altgläubigentums hinnehmen. Durch seine oppositionelle Stellung oft zum Sammelbecken aufrührerischer Kräfte geworden, wird ihm eine wichtige Rolle in Volksaufständen (etwa im Kosakenaufstand unter Stepan Razin oder im Pugačev-Aufstand) zugesprochen, und es hat sich bis heute als eigenständige Konfession erhalten. Unter dem Zaren Peter I. (1672-1725) wurde 1721 der Heilige Synod als oberste Kirchenverwaltung geschaffen und das Patriarchat nicht wieder besetzt. Im weiteren 18. Jh. hatte die Orthodoxie Probleme der Festigung dieser Verwaltung und Fragen um die Bildungspolitik zu lösen. Der "Heiligste regierende Synod" leitete jedenfalls die Entwicklung der russischen Kirche zur Staatskirche ein. Der Moskauer Metropolit Drozdov (1782-1867) forderte die Einberufung eines Konzils, um die Kirche wieder von ihrer Staatsgebundenheit zu emanzipieren. Ein solches Konzil kam jedoch erst 1917 zustande.

Die russische Orthodoxie war die grösste Glaubensgemeinschaft auf dem Territorium der Sowjetunion. Von August 1917 bis September 1918 hielt sie nach mehr als zweihundert Jahren erstmals wieder ein Landeskonzil in Moskau ab und wählte Tichon (1865-1925) zum Patriarchen; damit wurde die von Peter I. aufgehobene kanonische Form der Kirchenleitung wiederhergestellt. Die Bolschewiki sahen in der orthodoxen Kirche eine Stütze des Ancien Régime, einen Klassenfeind. Lenin verfasste ein Dekret "Über die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche".

Unter der Sowjetherrschaft wurden Kirchen geschlossen, Bischöfe umgebracht und Gläubige verfolgt. Das Gesetz "Über religiöse Verneinungen" vom 8.4.1929 markierte den Beginn des Stalinismus in der Religionspolitik. Zugleich mit der Kollektivierung der Landwirtschaft setzte im

selben Jahr die massenhafte Schliessung von Kirchen ein, vielfach begleitet von Deportationen von Geistlichen. Während des Zweiten Weltkriegs schlug Stalin in einer kirchenpolitischen Wende einen neuen Kurs ein, um die Orthodoxie zum Zwecke der inneren Mobilisierung zu benutzen. Es schien das Ende der russischen Orthodoxen Kirche bevorzustehen: Als Konsequenz totalitärer spätneuzeitlicher Säkularisierung war die Orthodoxie gewissermassen selbst heterodox geworden. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs erholte sie sich jedoch, der Wiederaufbau von Kirchen wurde veranlasst, ein neuer Patriarch gewählt. Unter Chrusčev gab es allerdings eine neue Welle von Kirchenverfolgung (1959-64), bei welcher der institutionelle Bestand um nahezu zwei Drittel reduziert wurde.

📖 Kurt Galling (Hg.): *Die Religion in Geschichte und Gegenwart*. Tübingen (1956-65); *Meyers Neues Lexikon*; Konrad Onasch: *Grundzüge der russischen Kirchengeschichte*. Göttingen (1967); Hans-Joachim Torke: *Lexikon der Geschichte Russlands*. München (1985); Ders.: *Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22-91*. München (1993)

Planwirtschaft

Zur Zeit Lenins wurde die landwirtschaftliche Produktion einem einheitlichen Reglement unterworfen. Dieses Reglement steuerte die volkswirtschaftlichen Produktions-, Investitions-, Verwendungs-, und Verteilungsprozesse. Die Regierung erhoffte sich durch die Planwirtschaft, die bisherige bäuerliche Eigenbedarfswirtschaft umstrukturieren zu können, wobei die Gründung von Grossbetrieben bereits ins Auge gefasst wurde.

Planwirtschaft war die Methode der Kommunistischen Partei, um ihre Wirtschaftspolitik zu verwirklichen. Ziele dieser Methode waren der Ausbau der Produktivkräfte sowie die geistige und materielle Zufriedenheit der Bevölkerung. Der \hat{u} GOELRO-Plan [GL.II] stellte 1920 den ersten Versuch einer solchen umfassenden Planung dar. Mitte der 20er Jahre erfolgten erneute Versuche von Gosplan (Staatliche Plankommission beim Rat für Arbeit und Verteidigung; seit 3.2.31 Staatsplankommission beim Rat der Volkskommissare der UdSSR) und OSVOK (Sonderberatung zur Rekonstruktion des Grundkapitals) des Obersten Volkswirtschaftsrats, einen einheitlichen gesamtstaatlichen Wirtschaftsplan auszuarbeiten. Mit Hilfe eines Systems von Kontrollziffern (im Grunde Jahrespläne) und Fünfjahresplänenwürfen - ergänzt durch langfristige Generalpläne, die die Tendenzen der Entwicklung vorgeben sollten - erprobten sie die Möglichkeiten der Planwirtschaft.

Die Umsetzung der Planwirtschaft war mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Trotz ausgedehnter Reglements und weitreichender Organisation vermochten die \hat{u} Bolschewiki [GL.I] den freien Handel zwischen Stadt und Land nicht einzudämmen, da es der Bevölkerung nur so möglich war, ausserplanmässig an Bedarfsgüter heranzukommen. Zudem hatte der Plan in der Realität vielfach keinen wirklichen Einfluss, da sich die Volkskommissariate über seine Vorschläge hinwegsetzten, und die Fünfjahrpläne stellten oft nur eine wirtschaftliche Willensäusserung dar. Seit dem Stalinismus orientierte sich die Planung immer weniger an den Realitäten und den Bedürfnissen der Bevölkerung. Schliesslich wurden die Planungsorgane mehrfach umstrukturiert, was die Umsetzung zusätzlich erschwerte.

Obwohl die Planwirtschaft ermöglichte, politisch gesetzte Prioritäten wirtschaftlich durchzusetzen, zeigte sie, dass Bürokratie und die Komplexität wirtschaftlicher Prozesse die optimale Verwirklichung immer wieder verhinderten. 1990/91 wurde die Planwirtschaft in den Wirtschaftsreformprogrammen und dem Antikrisenprogramm weitgehend von der Marktwirtschaft abgelöst. Dennoch dominierten weiterhin Strukturen und Denkweisen, die von der Planwirtschaft geprägt worden waren.

📖 Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996); Hans-Joachim Torke (Hg.): *Lexikon der Geschichte Russlands. Von den Anfängen bis zur Oktoberrevolution*. München (1985)

razverstka

Mit dem Prinzip *razverstka*, der "ausgleichenden Verteilung", d.h. dem staatlichen Beschaffungs- und Verteilungssystem für Getreide, strebte die sowjetische Regierung eine ausreichende Getreideversorgung der Städte und Industriegebiete an. Die vollständige Umsetzung scheiterte jedoch am Widerstand der Bauern und den Bürgerkriegswirren, so dass der anfangs Mai 1918 gefasste Beschluss knapp drei Jahre nach Inkraftsetzung am 2. Februar 1921 wieder aufgehoben wurde.

Zur ungenügenden Versorgung der Stadt- und Industriegebiete mit Getreide kam es hauptsächlich:

- weil der den Bauern durch die Agrarreform von 1917 zugeteilte Boden als Basis für produktive Einzelwirtschaften nicht ausreichte,
- weil die Bauern ihre Produkte horteten, da sie keine Waren dafür kaufen konnten und der Staat sie nicht lieferte,
- weil die Zahl der Bauern im ersten Weltkrieg um etwa die Hälfte sank, da sie entweder in die Armee eingezogen worden oder in die besser bezahlte Rüstungsindustrie abwandert waren.

Im Dezember 1916 hatte die damals zaristische Regierung den Beschluss zu einer Zwangsablieferung von Getreide zu Festpreisen gefasst, dessen Durchsetzung verhinderten jedoch die herrschenden Zustände. Anfang 1917 brach die Versorgung der Hauptstädte und Industriezentren zusammen. Im Frühjahr 1918 entschied die Regierung, zur "proletarischen" Revolution überzugehen. Im Agrarsektor sollte diese - notfalls mit Gewalt - mit dem Prinzip der *razverstka*, das anfangs Mai 1918 beschlossen wurde, erreicht werden. Die Wirren des Bürgerkriegs erschwerten den Vollzug erheblich, und aufgrund des wirtschaftlichen Zerfalls erhielten die Bauern die dringend benötigten Industrieprodukte nicht. Bereits Ende 1918 wurde deshalb die Abschaffung der Pflichtablieferung der Überschüsse und die Einführung einer Naturalsteuer diskutiert. Man fasste aber keinen Entscheid.

In den Debatten von 1920 um die zukünftige Agrarpolitik kristallisierten sich zwei Hauptrichtungen heraus: Eine Gruppe wollte die Einzelbauern mittels ökonomischen Anreizen zur Produktionssteigerung anhalten und die Ablieferungspflicht des Überschussgetreides teilweise durch Naturalsteuern ersetzen. Die andere Gruppe vertrat die Beibehaltung der *razverstka* und deren Ergänzung mit Aussaatplänen. Ende Dezember 1920 entschied sich der Achte Sowjetkongress für das zweite Programm. Gleichzeitig wurde die Errichtung von Musterwirtschaften beschlossen, welche den Einzelbauern als Anreiz zu kollektiven Zusammenschlüssen dienen sollten.

Der Winter 1920/21 war extrem hart und behinderte die Transporte von Lebensmitteln und Brennstoff in die Städte. Anfang 1921 verschärfte die Regierung die Rationierungen für die Bürger. Die notleidende Arbeiterschaft antwortete mit Demonstrationen. Gleichzeitig weiteten sich die seit Herbst 1920 andauernden Bauernunruhen aus, weil die Regierung auch in den von Missernten betroffenen Gebieten ihre oft gewaltsame Requisitionspolitik fortsetzte. Diese gefährliche Situation versuchte Lenin zu entschärfen, indem er vorschlug, den Bauern entgegenzukommen und die Lebensmittelversorgung der Städte zu verbessern. Das Politbüro der Kommunistischen Partei beschloss am 2. Februar 1921, die *razverstka* in 13 zentralrussischen Gouvernements aufzuheben. Am 15. März hiess das gleiche Gremium Lenins Entwurf zur Einführung der Naturalsteuer gut. Man setzte sie niedriger an als das Plansoll der Pflichtablieferung von 1920/21, und die Bauern erhielten das Recht, mit den verbleibenden Überschüssen auf lokalen Märkten frei zu handeln [↑Neue Ökonomische Politik, GL.II].

📖 Gottfried Schramm (Hg.): *Handbuch der Geschichte Russlands*. Band III. Stuttgart (1992); Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996)

Regierung und Verwaltung

Im Kiever Reich* sind Anzeichen von organisierter Regierung und Verwaltung erst rudimentär zu erkennen: *gorod* als Bezeichnung für eine befestigte Siedlung ist der Anfang von dem, was später zum Verwaltungs- und Handelszentrum einer Region wurde. Diese Städte wurden wirtschaftlich und vor allem politisch wichtig als Sitz der Prinzen und der *ŭveče* [GL.I] (Volksversammlungen). Die *volost'* (Macht, Regierung; Dörferverband) mit der *verv'* (Gemeinde) als Unterabteilung, die vor allem die Bürgerschaft für Tötung und Diebstahl durch eines ihrer Mitglieder zu übernehmen hatte, bildete den ländlichen Gegensatz dazu, wobei dieser Begriff auch die weiten Gebiete nördlich von Novgorod bezeichnet. Die *volost'* war die eigentliche Gemeinde, der das Land gehörte und auch Verwaltungseinheit mit Vertretung im Gericht war.

Im späten MA gingen die Kompetenzen auf den *mir* [ŭSelbstverwaltung, GL.II] über, so dass jene nur noch Verwaltungseinheit an sich war. Als Vorsitzender der Gemeinde wurde der *ŭstarosta* [GL.I], der 'Älteste', gewählt. In Novgorod ging die Entwicklung soweit, dass jeder Stadtteil, jede Strasse und zum Teil auch Berufsgruppen (Händler) ihre Ältesten hatten. In dieser Zeit taucht auch schon der Begriff *ŭvoevoda* [GL.I] auf, der den militärischen Befehlshaber, den 'Anführer der Krieger' bezeichnete.

In der Zeit des Moskauer Gftm., bzw. im späten MA, vor allem aber dann im 17. Jh., bezeichnete dieser Begriff zusätzlich den Provinzbeamten. Da dieser bis zu Beginn des 18. Jh. den einzigen Beamten in der Provinz darstellte, war er in seinem nicht genau begrenzten Verwaltungsbereich mit administrativen und richterlichen wie mit militärischen Befugnissen ausgestattet. Dies beschränkte auf der anderen Seite den Einfluss des *starosta*.

Als Zeichen einer strafferen Organisation entstand damals der *uezd* (abgegrenzte Pacht), ein administrativ-rechtlicher Bezirk, der eine Stadt in sich schloss und auch ländliche Teile umfasste: *stan* (militärisches Lager) und *volost'* als Teilgebiete, zwei Begriffe, die offensichtlich als Synonyme verwendet wurden. *Gorod* bezeichnete eigentlich nur noch das militärisch-administrative Zentrum bzw. das davon betroffene Gebiet. Als Beamte wirkten in der Stadt der *namestnik* (14.-16. Jh., danach durch gewählte Beamte und *voevoda* ersetzt) als Stellvertreter des Fürsten in administrativen und rechtlichen Belangen, in den ländlichen Bezirken der *volosteli*, dies vor allem solange das *kormlenie*-System [ŭAbgabewesen, GL.II] vorherrschte.

Unter Peter dem Gossen. folgte der nächste Schritt in der Einteilung der Verwaltung:

Das Reich wurde 1708 in *gubernija* (acht gub., 1719 elf gub.) eingeteilt; als oberste Stufe, welche unter der Leitung des *ŭgubernator* [GL.I] standen und ihrerseits in *provincij* unterteilt waren (insgesamt 47 im Russischen Reich). Die Provinzen wurden von *ŭvoevody* [GL.I] geleitet und waren wiederum in *distrikty* (nach 1775 als *uezd* bezeichnet) eingeteilt.

1775 fand mit der *gubernija*-Reform bereits die nächste Neuordnung statt: Die *provincij* wurden wieder abgeschafft, die *gubernij* verkleinert und vermehrt, die von *namestniki* [ŭgeneral-gubernatory, GL.I; im 19. Jh. *gubernatory*] geleitet wurden. Die untere Verwaltungsebene wurde wiederum der *uezd*. Synonym zu *gubernija* wurde *oblast'*, verwendet zur Bezeichnung von territorialen Einheiten im Kaukasus, in Asien und in Sibirien, deren untere Stufe der *okrug* war, welcher daher in der Grösse ungefähr einem *uezd* entsprach. Den *gubernatory* wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jh. die Aufsicht über die *zemstvo* [ŭSelbstverwaltung, GL.II] und die städtischen Organe übertragen. Doch zwischen 1923 und 1929 wurden die *gubernij* allmählich beseitigt.

*Gründung im 9. Jh. bis zum Sieg der Mongolen im 13. Jh.

📖 Eugen Haberkern, Joseph Friedrich Wallach: *Hilfswörterbuch für Historiker. Mittelalter und Neuzeit*. 2 Bände. Tübingen und Basel (1995); Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996); Sergei G. Pushkarev: *Dictionary of Russian Historical Terms from the 11th Century to 1917*. New Haven und London (1970).

"Rückständigkeit"

Der Begriff ist wegen seines häufigen Auftretens und seines Schlagwortcharakters bezeichnend für die kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Westeuropa während der letzten fünf Jahrhunderte. Der Begriff per se geht von einer zu erreichenden (begehrten, vorbildlichen) Norm, d.h. dem fortschrittlichen (West-)Europa, aus, von der Russland abweicht und somit als verspätet, unter-entwickelt und rückständig bezeichnet wird.

Ursprünge für einen Rückständigkeitsbegriff lassen sich während des Mittelalters in Westeuropa finden. Noch flexibel austauschbar mit Attributen wie "barbarisch", "nordisch" und "asiatisch" bezeichnet der Begriff eine chauvinistische Haltung westeuropäischer Reisender und Intellektueller im Schatten kultureller Missverständnisse¹¹.

Ausgebaut wurde das Konzept der russischen "Rückständigkeit" während der westeuropäischen Aufklärung im 18. Jahrhundert, wo es mit dem neuauftretenden Osteuropa-Begriff¹² das Gegenstück zum westeuropäischen Zivilisations- und Kulturbegriff bildet. Innerhalb Russlands wurde dem Rückständigkeitsvorwurf Westeuropas besonders unter Peter I. (1689-1725) und Katharina II. (1762-1796) mit unzähligen Versuchen der "Europäisierung" (auch "Verwestlichung" genannt)¹³ entgegengewirkt, welche in der Beschäftigung mit aus Westeuropa stammenden philosophischen Theorien, historischen Schriften, Staatsmodellen oder Utopien (Kant, Hegel, Schelling u.a.) ihre Anfänge und unter dem Anstoss von Petr Ja. Čadaev (1794-1856) ihre stärkste Ausprägung in den ↑Westlern [GL.I] fand.

Diesen extremen Auffassungen stand jedoch eine Gruppierung, die ↑Slawophilen [GL.I], diametral gegenüber, welche forderte, Russland vor einer weiteren Zerstörung durch die westliche, fremde Zivilisation zu bewahren und sich auf die Grundlagen der eigenständigen russischen Kultur zu besinnen.¹⁴

In dieser Hinsicht wird der Begriff der "Rückständigkeit" Russlands - weil zu relativ und eurozentrisch - verworfen, da Russland beispielsweise im Vergleich zu China plötzlich äusserst fortschrittlich erscheint. Somit ist Russlands "Rückständigkeit" als der lückenfüllende Zustand zwischen Westeuropas Modernität und Zivilisation und dem orientalisches-asiatischen Barbarismus zu verstehen - eine Sonderstellung zwischen (West-) Europa und Asien (vgl. Eurasier).

Als Gegenstück zur "Fortschrittlichkeit" wurde Russlands "Rückständigkeit", aufgrund der zaristischen Wirtschaftspolitik und der im Vergleich zu Westeuropa verspätet einsetzenden "Industriellen Revolution" endgültig als Leitbegriff im 19. Jahrhundert verankert. Die Niederlage im Krimkrieg (1853-56) schien dem In- und Ausland vor Augen zu führen, dass Russland an der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas in der ersten Hälfte des 19. Jhs. nicht teilgenommen hatte. Unter Alexander II. (1855-81) und Alexander III. (1881-94) galt es, diesen "Rückstand" vor allem in den Bereichen Technik, Wissenschaft und Industrie durch einschneidende Massnahmen aufzuholen, um endgültig als wettbewerbsfähige (ost-)europäische Grossmacht und nicht als Randstaat Europas bezeichnet zu werden. Federführend in Russlands wirtschaftlichem Wandel war Finanzminister Sergej Ju. Witte (1892-1903), der mit seinen Reform- und Industrialisierungsplänen Russland aus seiner "Rückständigkeit" herauszubringen und somit zu "modernisieren" versuchte.

In einem ganz anderen Zusammenhang sind bei Karl Marx und Friedrich Engels "Rückständigkeit" und besonders "Fortschritt" zentral verwendete Begriffe. Bei ihnen dienen sie sowohl der Kritik am alten, rückständigen, zaristischen Herrschaftssystem als auch der Legitimation einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsform, die nur durch den graduierlich sich zuspitzenden Klassenkampf in den fortschrittlichsten Gesellschaften erreicht werden könne. Dies sei jedoch in Russland noch bei weitem nicht erreicht worden. Allerdings schloss Marx ein

¹¹ vgl. Gabriele Scheidegger: *Perverses Abendland - barbarisches Russland. Begegnungen des 16. und 17. Jahrhunderts im Schatten kultureller Missverständnisse*. Zürich (1993)

¹² vgl. Larry Wolff: *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*. Stanford (1994)

¹³ Hans Joachim Torke (Hg.): *Lexikon der Geschichte Russlands: Von den Anfängen bis zur Oktoberrevolution*. München (1985), Einträge zu "Russland und Europa" (334f.) und "Europäisierung" (112f.)

¹⁴ Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996) 338

Überspringen von Entwicklungsstufen nicht aus. Auch die russischen Revolutionäre Vladimir Il'ič Lenin und Lev Trockij gingen davon aus, dass Russland noch zu den "rückständigen kapitalistischen Ländern" gehöre.¹⁵ Lenin vertrat aber die Meinung, dass die kommunistische Revolution nicht - wie von Marx prophezeit - als erstes in den fortschrittlichsten kapitalistischen Gesellschaften ausbrechen werde, sondern beim "schwächsten Glied der Kette", nämlich in Russland. Trockij prägte diese Auffassung mit dem Begriff der "positiven Rückständigkeit" Russlands. Unter Stalin blieb jedoch das versprochene "Einholen und Überholen" der kapitalistischen Länder aus.

Über Verlauf, Struktur und Charakter der industriellen Entwicklungsgeschichte Russlands haben schon zeitgenössische Wissenschaftler heftig debattiert. Behaupteten marxistische Ökonomen, dass die westeuropäische industriekapitalistische Produktionsweise auch Russlands Wirtschaft und Gesellschaft bereits durchdrungen habe, so bemühte sich die westliche Forschung - bis heute von Alexander Gerschenkrons sogenannter Rückständigkeitstheorie geprägt - um den Nachweis der Besonderheit und "Eigenständigkeit" des russischen Entwicklungsprozesses gemessen am westeuropäischen Vorbild. So seien laut Gerschenkron folgende "rückständige" Merkmale des Zarenreiches hervorzuheben: (a) Leibeigenschaft als entwicklungshemmender Faktor, (b) Wechsel von langsamer Anlaufphase zu explosionsartigen Wachstumsraten der industriellen Produktion, (c) führende Rolle des autokratischen Staates, (d) stark unterentwickelter innerer Markt, (e) Kapitalmangel und eine daraus folgende Abhängigkeit von ausländischem Kapital, (f) Mangel an einer ausgeprägten Industriearbeiterschaft, (g) Konzentration auf Schwer- und Produktionsgüterindustrie (Eisenbahn und Rüstungsgüter) statt Konsumgüterindustrie und somit (h) Begünstigung von Grossunternehmen. Auch geht er davon aus, dass "Rückständigkeit" als "Privileg" gedeutet werden kann, da ein unterentwickeltes Land in der günstigen Lage sei, sich die Erfahrungen und Errungenschaften fortschrittlicher Länder als Vorbild zu nehmen.¹⁶

Gegen zentrale Hypothesen des Gerschenkronschen Modells sind sowohl in der sowjetischen als auch der neueren westlichen Forschung Bedenken geltend gemacht worden. So lassen sich z.B. ein deutliches Übergewicht der Produktionsgüterindustrie, eine Bevorzugung von Grossunternehmen und eine Unterversorgung der Industrie mit Arbeitskräften, aus der Gerschenkron die Notwendigkeit moderner Technologie ableitet, nicht belegen. Aufgrund dieser Ungenauigkeiten wurde seit Mitte der sechziger Jahre der Versuch unternommen, ein differenziertes Erklärungsmodell zu erarbeiten. Man betonte nun die "relative Rückständigkeit" Russlands gegen Ende des 19. Jahrhunderts, welche eine Koexistenz moderner und rückständiger Elemente beinhaltete. So stellte die sowjetische Forschung beispielsweise nicht in Abrede, dass im Zarenreich ein breites, politisch relevantes industriell-kapitalistisches Bürgertum fehlte, betonte jedoch das "fortschrittliche" Einbeziehen von Frauen [GL.II] in den industriellen Produktionsprozess und die steigende Zahl von Arbeiterfamilien.¹⁷

Deutlich von der jahrzehnteandauernden WissenschaftlerInnendebatte zu Russlands "Rückständigkeit" hebt sich die Ende achtziger Jahre veröffentlichte These des amerikanischen Historikers Robert Brenner ab. Er hält die Frage nach den Ursprüngen der "russischen Rückständigkeit" für grundlegend falsch gestellt bzw. beantwortet, da er davon ausgeht, dass nicht Russlands sogenannte Rückständigkeit, sondern Westeuropas und Nordamerikas überdurchschnittlicher "Fortschritt" weltweit die Ausnahme sei.¹⁸

¹⁵ "Der grundlegende, beständigste Charakterzug der Geschichte Russlands ist dessen verspätete Entwicklung mit der sich daraus ergebenden ökonomischen Rückständigkeit, Primitivität der Gesellschaftsformen und dem tiefen Kulturniveau." Zitat von Leo Trotzki: *Geschichte der russischen Revolution. Band I: Februarrevolution*. Claudio Pozzoli (Hg.). Frankfurt a. M. (1973) 13

¹⁶ Alexander Gerschenkron: *Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive*. In: Rudolf Braun, Wolfram Fischer et al. (Hg.): *Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte*. Köln, Berlin (1972) 59-78

¹⁷ *Handbuch der Geschichte Russlands. Band III (1856-1945)*. Manfred Hellmann, Klaus Zernack, Gotfried Schramm (Hg.). Stuttgart (1976ff) 102ff.

¹⁸ Robert Brenner: *Economic Backwardness in Eastern Europe in Light of Developments in the West*. In: Daniel Chirot (Hg.): *The Origins of Backwardness in Eastern Europe. Economics & Politics from the Middle Ages Until the Early Twentieth Century*. Berkeley, Los Angeles, Oxford (1991)

Kennzeichnend für den Begriff "Rückständigkeit" ist somit seine perspektivische Wertung, welche auf empirischen Daten baut, die je nach dem ökonomischen oder politischen Programm des Verwenders oder der Verwenderin verschieden gewichtet werden. So war es für das westliche Russlandbild ausschlaggebend, dass man im Westen auf dem Hintergrund ständisch-parlamentarischer Erfahrungen eher die "despotisch-rückständigen" Züge der politischen Geschichte Russlands betont hat. Die Ideologiehaltigkeit dieses Begriffs wird vor allem in der Gegenüberstellung von "Rückständigkeit" und "Fortschrittlichkeit", d.h. wenn jedes Nichtfortschreiten als Rückschreiten rubriziert wird, deutlich. Ob dieses dichotome Reduzierungsmodell, welches kein Drittes zulässt, für die eigene Identitätsfindung notwendig ist, sei dahin gestellt. Auch sollte der Frage nachgegangen werden, wie homogen fortschrittlich Westeuropas Nationen überhaupt jemals gewesen sind.

Abschliessend lässt sich sagen, dass heute vermehrt der Versuch unternommen wird, vom Wertungscharakter des Begriffs abzukommen und allgemein darauf aufmerksam zu machen, "wie sehr ein Blick zu falschen Bildern führt, der von einer höheren und niederen Wertigkeit, von Meinungen über Zivilisiertheit und Rückständigkeit ausgeht, statt ihn auf das Eigene der jeweiligen Kultur zu richten"¹⁹.

📖 Daniel Chiro (Hg.): *The Origins of Backwardness in Eastern Europe. Economics & Politics from the Middle Ages Until the Early Twentieth Century*. Berkeley, Los Angeles, Oxford (1991); Alexander Gerschenkron: *Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive*. In: R. Braun et al. (Hg.): *Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte*. Köln, Berlin (1972) 59-78; *Handbuch der Geschichte Russlands. Band II (1613-1856) und Band III (1856-1945)*. Manfred Hellmann et al. (Hg.). Stuttgart (1976ff); Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996); Gabriele Scheidegger: *Perverse Abendland - barbarisches Russland. Begegnungen des 16. und 17. Jahrhunderts im Schatten kultureller Missverständnisse*. Zürich (1993); Hans-Joachim Torke (Hg.): *Lexikon der Geschichte Russlands: Von den Anfängen bis zur Oktoberrevolution*. München (1985); Hans-Joachim Torke (Hg.): *Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991*, München (1993); Leo Trotzki: *Geschichte der russischen Revolution. Band I: Februarrevolution*. Claudio Pozzoli (Hg.). Frankfurt a. M. (1973); Larry Wolff: *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*. Stanford (1994)

Schweiz: Die "russischen Kolonien" in Zürich und Davos

Die russische Kolonie in Zürich (1867-1914): Seit Katharina II. (1762-1796) wurde die Einrichtung frauenfördernder Institute vorangetrieben. 1858/60 liess die Universität Petersburg erstmals eine weibliche Persönlichkeit als Auditorin zu (N. Korsini). Studentenunruhen um 1860 führten jedoch zur Schliessung der Universität. Nach deren Wiedereröffnung im Jahre 1863 war den Frauen der Zutritt wieder strikt verboten, was die Russin Nadežda Suslova zur Emigration aus Russland nach Zürich veranlasste, um sich an der dortigen Universität um eine reguläre Aufnahme zu bewerben. Die Universität Zürich bewilligte 1867 ihre Immatrikulation und nahm in der Folgezeit auch weitere Russinnen in die Studentenschaft auf, welche dem Beispiel Suslovas folgen wollten (1873 waren ca. 100 Russinnen immatrikuliert).

Die russische Kolonie der 70er Jahre befand sich im Quartier Fluntern. Wie es auch für die späteren russischen Emigrantenkolonien charakteristisch war, verfügte sie über eine selbstorganisierte Bibliothek, über eine eigene Speisehalle und über eine Unterstützungskasse für arme KommilitonInnen. Die russischen Studierenden lebten abgesondert in ihren Kolonien und pflegten kaum Kontakte zu Einheimischen. Ihre Erscheinung wirkte auf jene ungepflegt und oftmals armselig. Die kurzgeschnittenen Haare brachten die emanzipatorische Weltanschauung der Russinnen zum Ausdruck. Angesichts der Widerstände, gegen welche die Pionierinnen des Frauenstudiums anzukämpfen hatten, ist es nicht verwunderlich, dass sich die Russinnen zu harten Kampfnaturen entwickelten und auf die Schweizer Bevölkerung oft einen düsteren Eindruck

¹⁹ Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996) 119

machten. Die Schweizer Studenten nahmen den emanzipierten Russinnen gegenüber eine ablehnende Haltung ein und protestierten gegen die Zulassung von Frauen an höhere Schulen.

Die grosse Mehrheit der Immigrantinnen war anfänglich von politischen Ideologien noch unberührt. Verschiedenste revolutionäre Emigrantengruppen suchten jedoch unter ihnen AnhängerInnen für ihre Ideen und bewegten sie zum Beitritt in einen der vielen, untereinander stark rivalisierenden Zirkel, welche der Erörterung sozialer und politischer Fragen dienten und für die Studierenden oft ein Familienersatz waren. Die Bedeutung dieser Gemeinschaften lässt sich erst erahnen, wenn man sie vor dem Hintergrund der späteren revolutionären Bewegungen in Russland beurteilt. Als wichtigste Zirkel gelten die Fritschi- und die Zebunew-Gruppe. Die Fritschi-Gruppe bestand ausschliesslich aus Frauen. So benannt wurde sie, weil der Grossteil dieser Frauen – meist aus adligem Hause – bei einer Familie Fritschi zur Untermiete wohnte. Leitende Persönlichkeit war Sofija Bardina. Gemeinsam widmete man sich Themen wie "Theorie und Praxis des Sozialismus" und "Die zeitgenössische Arbeiterfrage im Westen", wobei insbesondere Schriften von Proudhon, Fourier, Louis Blanc, Lassalle u.a. herangezogen wurden. Der andere Zirkel wurde nach den beiden Brüdern Zebunew benannt. Ausser ihnen gehörten ihm noch drei Männer und drei Frauen an, deren weitere Lebensläufe verraten, welche Bedeutung solche politischen Gemeinschaften für die Entstehung persönlicher Beziehungen hatten.

Führende Politiker der Kolonie waren damals Michail A. Bakunin (1814-1876) und Petr L. Lavrov (1823-1900). Bakunin stammte aus adliger Familie und fühlte sich angesichts des Elends ärmerer Bevölkerungsteile verpflichtet, die vorherrschende soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen. Er trat für die Abschaffung der gesellschaftlichen Schichtungen, der Religion und der Ehe ein und erstrebte die vollkommene Zerstörung des Staates, um statt dessen eine neue Gesellschaftsstruktur aus freien Assoziationen mit kollektivem Eigentum aufbauen zu können. Lavrov war der Auffassung, dass die Befreiung von der Autokratie durch die Bauern selbst erkämpft werden müsse. Als Voraussetzung für das Gelingen dieser Befreiung betrachtete er Aufklärungs- und Bildungsarbeit unter der bäuerlichen Bevölkerung. Ein "propagandistischer Gang ins Volk" [↑Narodniki, GL.I] sollte zur Ergreifung revolutionärer Massnahmen aufrufen.

Die russischen Studierenden sahen sich immer mehr vor die Frage gestellt, ob sie das Studium (meistens der Medizin) oder das politische Engagement prioritär behandeln sollten. Die Frauenbewegung trennte sich schlussendlich in eine sogenannte feministische und eine revolutionäre Bewegung. Die Frauenrechtlerinnen setzten sich die persönliche Emanzipation und eine berufliche Tätigkeit auf sozialem Gebiet zum Ziel: Sie wollten den Beweis erbringen, dass Frauen ebenso zum Studium und zur Arbeit befähigt seien wie Männer. Die Revolutionärinnen hingegen wollten ihre Kräfte unter Aufgabe aller persönlichen Interessen in einer politischen Bewegung zum Wohle der gesamten Gesellschaft einsetzen. Die Fritschi- und die Zebunew-Frauen tendierten eher zur Gruppe der Revolutionärinnen.

Da die russische Regierung (offensichtlich berechtigterweise) eine Beeinflussung der Studentinnen durch revolutionäre Emigrantengruppen befürchtete, liess sie 1873 in mehreren europäischen Zeitungen einen Ukaz (Erlass) veröffentlichen, welcher den russischen Frauen das Studium an der Universität verbot. Der Grossteil der Studentinnen, nämlich rund 90%, leistete ihm Folge: die Frauenrechtlerinnen, um ihre beruflichen Chancen nicht zu gefährden, die Revolutionärinnen, um die Theorien Bakunins und Lavrovs in die Tat umzusetzen. Als Alternative zum Studium wurden nun in Russland höhere Frauenkurse angeboten. Eine grössere Emigrationswelle erfolgte seit 1881, da sich die Politik der zaristischen Regierung als Reaktion auf die Ermordung des Zaren Alexander II. gegen oppositionelle Strömungen verschärfte und die Schliessung der höheren Frauenkurse veranlasste.

Vertreter von Organisationen meist sozialistischer Richtung warben unter der studierenden Jugend aus dem Zarenreich um AnhängerInnen und Unterstützung. Die Schweizer Behörden kümmerten sich kaum um die politischen Aktivitäten und die oft handgreiflichen Auseinandersetzungen dieser Gruppierungen, solange die eigenen Verhältnisse nicht berührt wurden. Die russische Regierung versuchte des öfteren, Spitzel in die Reihen der Revolutionäre einzuschmuggeln, welche durch provokatives Verhalten die Schweizer Polizei zur Intervention und zur Verhaftung bzw. Ausweisung von Revolutionären bewegen sollten.

An den Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in der Schweiz abgehaltenen Kongressen und Konferenzen nahmen viele Studierende als HörerInnen teil. Auch bei der Produktion von politischen Zeitschriften und Flugblättern wirkten sie aktiv mit. In den langen Semesterferien im Sommer wurden die illegalen Drucksachen nach Russland geschmuggelt.

Eine zweite russische Kolonie in Zürich – diesmal auf dem Zürichberg – verfügte über die gleichen Einrichtungen wie diejenige der 70er Jahre. Die Speisehalle diente als Versammlungslokal, wo samstags jeweils politische Referate und Diskussionen veranstaltet wurden, wobei nicht nur Russland betreffende Themen zur Behandlung kamen, sondern oftmals auch von Schweizern Referate gehalten wurden.

Die vermögendere Studierenden wohnten in Pensionen, die anderen in Zimmern zur Untermiete. Armut und mangelhafte Ernährung führten zu schlechter Gesundheit und zogen nicht selten den Studienabbruch nach sich. Um die Geldknappheit bestmöglich zu beheben, organisierten die Russinnen und Russen zweimal pro Semester ein Fest. Auch viele Nicht-RussInnen fanden sich jeweils zu diesen Festlichkeiten (Musik, Tanz, Theater) ein.

Die anfänglich ablehnende und negative Haltung der Schweizer Studenten gegenüber den emanzipierten Russinnen der ersten Kolonie wandelte sich allmählich in übertriebene Galanterie. Die Russinnen der Zürichbergkolonie bezeichneten die Schweizer Studenten und Professoren als sehr zuvorkommend und hilfsbereit. Als einzige Kritikpunkte erwähnten sie Geldgier und Desinteresse am politischen Geschehen. Die Schweizer ihrerseits empfanden die Russinnen der zweiten Kolonie als freundlicher, offener und weiblicher als die verbitterten Kampfnaturen der Pionierzeit.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914) führte zu einem starken Rückgang der ausländischen Studierenden und zur Auflösung der russischen Kolonien in der Schweiz. Damit ging ein eindrückliches Kapitel der Beziehungen zwischen der Schweiz und Russland zu Ende.

Die russische Kolonie in Davos (1900-1923): Es liegt an der einmaligen Lage und dem guten Klima, dass zu Beginn des 19. Jahrhunderts die ersten Kurgäste nach Davos strömten. Zu diesen Gästen zählten meist Deutsche und Engländer, welche die stärksten Gruppen bildeten. Oft wird dabei jedoch übersehen, dass sich eine beträchtliche Zahl von russischen Kurgästen in Davos aufhielten. Im Jahre 1912 wurden 3422 russische Bürger registriert. Leider sind die Zeugnisse der russischen Kolonie heute fast völlig verschwunden. Es gibt jedoch noch vereinzelte Spuren, welche auf einen vielfältigen russischen Alltag hinweisen. So wurden ihre Konzerte, welche sie im Kurhaus veranstalteten, jeweils in den Davoser Blättern publiziert. Die Programme galten als ausgezeichnet und zeugten von musikalischer Perfektion. Regen Anklang fanden auch die Bälle, welche die Russen organisierten und nicht nur eigene Landsleute, sondern auch Deutsche und Einheimische anzogen.

Politisch scheint die Russenkolonie einer aufgeklärt-progressiven Richtung angehört zu haben. Der Publizist A.V. Lunačarskij, späterer sowjetischer Volkskommissar für Volksbildung, die Feministin Alexandra Kollontaj, Leiterin der Frauenabteilung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei und Inessa Armand, Mitstreiterin Lenins, hielten mehrmals Vorträge zu aktuellen Themen der russischen Innen- und Kulturpolitik in Davos. Die Meinungen zum zukünftigen Russland gingen dabei oft stark auseinander. Jedenfalls musste das russische Sanatorium Gespräche über politische und religiöse Themen für die Zeit des Essens und auf der Liegeterrasse verbieten.

Ein einmaliges Zeugnis der russischen Kolonie in Davos ist die russische Bibliothek, welche heute noch etwa 3000 Bücher umfasst. Sie besass nebst Werken der russischen Klassiker verschiedene Zeitschriften und Zeitungen. Einmalig sind Übersetzungen westlicher Schriftsteller wie Goethe oder Jules Verne. Wir finden jedoch auch Literatur russischer Oppositioneller. Dies bedarf einer besonderen Beachtung. Die Davoser Bibliothek ist ohne Säuberung und ohne wesentliche Verluste erhalten geblieben. In der Schweiz waren Romane von A. Verbickaja und L. Čarskaja, sowie oppositionelle Traktate revolutionärer Politiker nie vom Verschwinden bedroht. Sämtlichen Bibliotheken auf russischem Boden wurden während der sowjetischen Zeit unermesslicher Schaden zugefügt.

Bei der Suche nach weiteren Zeugnissen stösst man auf berühmte Persönlichkeiten. So befand sich P.I. Tschaikowski im November 1884 in Davos, und der Cousin des Zaren Nikolaus II., Dimitri Romanov, beschloss seinen Lebensabend von 1939 bis 1942 im Sanatorium auf der Schatzalp. Eine für das geistige und kulturelle Erbe wichtige Persönlichkeit in Davos war Jules Ferdmann. In Russland aufgewachsen kam er 1920 aus gesundheitlichen Gründen nach Davos. Er war gezwungen, hier eine Existenz aufzubauen, da er nie mehr zurück konnte. Im aufblühenden Nachkriegs-Davos entschloss er sich, eine Revue über das kulturelle und sportliche Leben des Kurorts herauszugeben. Er nannte sie die Davoser Revue, welche bis heute viermal jährlich erscheint. Des weiteren schrieb Ferdmann zwei Bücher über den Aufstieg von Davos und die Anfänge des Kurortes. Ferdmann erhielt 1957 das Ehrenbürgerrecht der Gemeinde Davos und verstarb hier 1962.

Die russisch-orthodoxe Kirchgemeinde kümmerte sich um die religiösen Zeremonien der Kurgäste. Zuerst wurden sie im Haus Oberrauch in Davos Dorf abgehalten. Später wies die Gemeinde den Russen die Kirche Maria zum Schnee zu. Der Bau eines eigenen Gotteshauses schwebte den Russen aber schon längere Zeit vor. So wurden im Jahre 1912 Spendenaufträge in die ganze Welt versandt, damit der Bau einer russisch-orthodoxen Kirche in Davos in Angriff genommen werden konnte. Im Jahre 1914 begann man mit dem Bau. Leider kamen die Bauarbeiten nicht über die Grundmauern hinaus. Die politische Weltlage verhinderte, dass die Bauarbeiten an der Kirche weitergeführt werden konnten.

📖 Petra Bischof: Russen in Davos. In: *Davos. Profil eines Phänomens*. Hg. von Ernst Halter. 2. Aufl. Zürich 1997, 47-53; Daniela Neumann: *Studentinnen aus dem Russischen Reich in der Schweiz (1867-1914)*. Zürich 1987.

Selbstverwaltung [auf dem Land]

Mir (Bauerngemeinde, Dorfgemeinschaft [eigentlich: Welt; Frieden]) oder *obščina*, werden bis heute nicht einheitlich verwendet, doch herrscht inzwischen ein synonyme Gebrauch vor.

Seit dem 13. Jahrhundert wurde die Gesamtheit der Zugehörigen einer bäuerlichen Gemeinde [у́волост', GL.I] *mir* genannt. Der *mir* hatte wichtige Selbstverwaltungsrechte. Er hatte einen gewählten Ältesten, den *starosta* [GL.I] oder auch *sotskij* (Hundertmann), und war für die gemeinsamen Angelegenheiten der Bauern zuständig. Seit dem 16. Jh. führte der *mir* die gleichmässige Zuweisung von Bodenanteilen, die Umteilungen, durch. Die Aussaat- und Erntezeiten und die Rhythmen der Dreifelderwirtschaft wurden vorgegeben. Mit der periodischen Verteilung des Gemeindelandes trat der Begriff *obščina* hinzu. Beim Übergang von der Landsteuer zur Hofsteuer im 17. Jh. und schliesslich bei der Einführung der Kopfsteuer wurden dem *mir* entsprechend der Zahl der Höfe bzw. der männlichen Seelen Steuern auferlegt. Zu den Diensten der Bauerngemeinde, *mir* oder *obščina*, gehörten unter anderem die Mitwirkung bei den Revisionen und der Ablieferung der Steuern sowie die Ermittlung und Einziehung der Rekruten.

Seit Katharina II. wuchs das Interesse der Staatsleitung an der bäuerlichen Gesellschaft. Im Rahmen des staatlichen Verwaltungsausbaus setzten Katharina und ihre Nachfolger auf die konsequent entwickelte Lokalverwaltung. Als die Stolypinsche Agrarreform (1910/11) die Auflösung der Bauerngemeinde einleitete, hielten die Dorfbewohner in ihrer Mehrzahl an ihr und der Umteilung fest. Kernstück der Reform war anfangs die allmähliche Auflösung der Bauerngemeinde, der Umverteilungskommune, die als juristische Person die Eigentümerin des Landes war und jetzt als Hindernis für jeden wirtschaftlichen Fortschritt galt.

Zemstva (sing. *zemstvo* 'lokales Selbstverwaltungsorgan' von russ. *zemlja* 'Land'). Die *zemstva* wurden gemäss dem Gesetz vom 1.1.1864 (Grosse Reformen) in 34 (von ca. 50) Gouvernements eingeführt. Sie kümmerten sich um die Bildung, um die ärztliche Versorgung, um Handel und Gewerbe, um agrotechnische und agronomische Hilfe für Bauern und Gutsbesitzer, um Feuerversicherung, Wegebau, Eintreibung der Steuern und manches anderes.

Die ersten Wahlen zu den *zemstva* ergaben auf der Kreisebene zum erstenmal in der russischen Geschichte eine relative Minderheit für den Adel. Der Umfang der Tätigkeitsbereiche dehnte sich schnell aus. In einigen Bereichen sorgten die *zemstva* für einen Aufschwung. Immer wieder stiessen sie jedoch auf Widerstand des grundbesitzenden Adels und auf Versuche der Staatsverwaltung, ihren Wirkungskreis zu beschränken. Durch eine Änderung des *zemstvo*-Statuts wurde am 12.6.1890 der Einfluss des Adels gestärkt. Die Bauern konnten ihre Abgeordneten nicht mehr wählen, sondern nur noch eine Reihe von Kandidaten vorschlagen, aus denen der Gouverneur die Vertreter der Bauern auswählte. Erst seit 5.10.1906 konnten die Bauern ihre Abgeordneten wieder selbständig bestimmen. Juden waren von den Wahlen ausgeschlossen.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre folgte eine weitgehende Politisierung der *zemstva*, die diese Anfang des 20. Jh. in Opposition zur bestehenden Ordnung brachte. Im Gefolge der Stolypinschen Agrarreform (1910/11) wurde der agronomische und agrotechnische Bereich für die *zemstva* immer wichtiger. Bei Kriegsausbruch 1914 bildeten die *zemstva* eine gesamtrossische Organisation zur Versorgung der Verwundeten der Truppen, die trotz des Widerstandes der Regierung immer mehr Bereiche in eigener Verantwortung zu organisieren suchte.

📖 Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996); Sergei G. Pushkarev: *Dictionary of Russian Historical Terms from the Eleventh Century to 1917*. New Haven, London (1970); Hans-Joachim Torke: *Einführung in die Geschichte Russlands*. München (1997); Hans-Joachim Torke (Hg.): *Lexikon der Geschichte Russlands*. München (1985)

Smuta

Vorgeschichte: Die Folgen der *opričnina* [GL.I] waren katastrophal. Ganze Landstriche waren verwüstet, viele Bauern flohen illegal in den Süden. Nach dem Tod Ivan des Schrecklichen (Ivan IV.) 1584 wurde sein Sohn Fedor Ivanovič (1557-1598) sein Nachfolger, der aber schwachsinnig gewesen sein soll. Die Geschicke hatte deshalb ein anderer in der Hand, ein gewisser Boris Godunov. Er kam in der *opričnina* hoch und war durch seine Schwester, welche mit Fedor verheiratet war, eng mit der Zarenfamilie verknüpft. Ein diplomatisches Meisterstück Godunovs war die Einrichtung des Moskauer Patriarchats 1589 und somit die Stärkung eines Bündnisses zwischen weltlicher Macht und Orthodoxer Kirche.

1591 starb der jüngste, zweite Sohn Ivans, Dmitrij, unter mysteriösen Umständen. Boris Godunov wurde bald mit seinem Tod in Verbindung gebracht. Dieser beauftragte aber seinen grössten Rivalen Vasilij Šujskij mit der Untersuchung der Umstände, mit dem Resultat: Dmitrij habe sich bei einem epileptischen Anfall selbst erstochen.

Die Auseinandersetzungen nach dem Tode Ivans lassen sich als Nachklang früherer Konflikte einschätzen. Vertreter der Bojarenduma [*ŭDuma*, GL.II], die das Regime der *opričnina* überlebt hatten, unternahmen den Versuch, die Teilhabe an der Macht für diese Gruppe zurückzugewinnen. Mit dem Tod Fedors 1598 starb die Herrschaft der Rjurikiden endgültig aus, womit die eigentliche "Zeit der Wirren", die *Smuta*, begann.

1. Dynastische Krise: Das Moskauer Reich schloss es aus, eine ausländische Dynastie zu berufen. Am 17. November 1598 wählte eine Reichsversammlung Boris Godunov zum rechtmässigen Nachfolger Fedors mit der starken Unterstützung des Patriarchen Iov. Andere mögliche Kandidaten wurden nicht berücksichtigt, und nach der Wahl verbannte Godunov seinen Konkurrenten Fedor Nikitič Romanov in ein Kloster (die Familie Romanov war mit den Rjurikiden verschwägert und hatte somit auch einen Anspruch auf den Thron). Doch als Zar hatte Godunov kein grosses Ansehen. Er galt als sehr aufgeschlossen gegenüber dem Westen, was ihm viele Feinde brachte. Auch verärgerte er den Kleinadel, da er nach den Hungersnöten und den Missernten die Mobilität der Bauern wieder herstellte.

2. Soziale Krise: Die Mobilität kam einer Bauernflucht gleich, und verschiedene Aufstände deuteten ebenfalls den Widerstand der Bauern gegen die zunehmende Abhängigkeit vom Adel an. Somit begann die soziale Krise, welche sich mit der noch immer währenden dynastischen Krise überschneidet. In dieser Zeit tauchte das Gerücht des ersten Pseudodemetrius auf. Dmitrij sei noch am Leben und in Polen aufgetaucht. In Wirklichkeit handelte es sich um einen entlaufenen Mönch, der vom polnischen Adel unterstützt wurde, um gegen das Moskauer Reich vorzugehen. Der kranke Zar konnte nichts gegen das polnische Heer ausrichten. Er starb im April 1605. Im Juni wurde sein Sohn und eigentlicher Nachfolger ermordet. Der falsche Demetrius wurde schnell im Volk anerkannt, weil jeder sich nach einem rechtmässigen Thronfolger sehnte. Sogar Vasilij Šujskij erklärte, dass er aus Angst vor Godunov bei den Untersuchungen von 1591 die Unwahrheit über den Tod Dmitrijs gesagt habe.

Die Sympathie für Dmitrij verging aber schon bald, als man erfuhr, dass er während seiner Zeit in Polen zum Katholizismus übergetreten war. Auch passten vielen die sowohl polnischen als auch westlichen Einflüsse nicht, die er nach Moskau brachte. 11 Monate nach seiner Machtübernahme wurden er und über 2000 Polen in einem Aufstand der Bojaren getötet. Fürst Šujskij wurde daraufhin als Vasilij IV. zum Zaren ausgerufen. Er gab den Bojaren wieder mehr Macht, indem er sich in einem Wahlmanifest zu "Beschränkungen der selbstherrschaftlichen Gewalt" bereit fand und somit seine Autorität minderte.

Mit dem Bolotnikov-Aufstand, dem ersten grossen Bauernaufstand in der Geschichte Russlands, manifestierte sich die soziale Krise. Er richtete sich vor allem gegen die Bojaren, denen die Bauern hauptsächlich ihre Unterdrückung zuschrieben. Ivan Bolotnikov war ein entlaufener Knecht, der sich den Kosaken anschloss. Er konnte militärische Dienstadlige unter der Führung P.P. Ljapunovs (der aus dem alten Adel stammte) für sich gewinnen. Diese Klassengegensätze aber führten im Herbst 1606 dazu, dass die Umzingelung Moskaus scheiterte. Die Adligen wechselten die Seiten, und Ljapunov unterstützte den Zaren. Bolotnikov wurde 1608 ermordet. In dieser Atmosphäre zog ein zweiter Pseudodemetrius mit Unterstützung polnischer Adliger und Kosaken gegen Moskau. Die ehemalige Zarin Maryna Mniszech, Gattin von Dmitrij, erkannte in dem Betrüger ihren "geretteten Mann". Der Pseudodemetrius richtete eine Nebenregierung mit eigener Verwaltung ein, doch demgegenüber schlossen sich einige Städte zusammen, um ein eigenes Heer bilden zu können.

3. Nationale Krise: In seiner Not rief Vasilij schliesslich 1599 die Schweden zur Hilfe. Dies veranlasste wiederum den polnischen König Sigismund III. (1566-1632), unmittelbar in den Krieg einzugreifen. Mit dem Eingreifen dieser Länder begann auch die nationale Krise. Die Polen besetzten Moskau, was nicht mehr zu verhindern war. Der Pseudodemetrius zog sich zurück und wurde später sogar ermordet.

Vasilij konnte sich nicht mehr in Moskau halten. Er wurde gestürzt und in ein Kloster verbannt. Der "Sieben-Bojaren-Rat" übernahm die Macht und suchte nach einem neuen Zaren. Sie verhandelten einen Vertrag mit den Polen aus. Der polnische Thronfolger Władysław sollte unter der Voraussetzung eines Militärbündnisses und bei Achtung der Orthodoxie Zar werden. Doch schon bald stellte Sigismund III. selbst Ansprüche auf den Thron, was rasch einen Widerstand im Land entfachte, da er sich nicht vom Katholischen Glauben lösen wollte.

Ein "Erstes Aufgebot" formierte sich aus verschiedenen Städten der Wolgaregion, welches unter der Führung P.P. Ljapunovs gegen Moskau zog. Doch dies scheiterte an Interessengegensätzen, und bald darauf wurde Ljapunov bei einer Meuterei ermordet. Erst ein "Zweites Aufgebot" hatte mehr Erfolg, welches sich auf eine Appellation des Patriarchen Hermogens hin zusammenfand. Die zwei Führer dieses Aufgebots, Kuz'ma Minin und Fürst Dmitrij M. Požarski, sind noch heute auf dem Roten Platz in Gestalt einer Statue verewigt. Nach zwei Schlachten im August 1612 und nach der zweimonatigen Belagerung ergaben sich am 27. Oktober 1612 die im Kreml' eingeschlossenen Polen der russischen Übermacht. Zum Jahreswechsel wurde ein Reichsrat nach Moskau einberufen, mit der Aufgabe, einen neuen Herrscher für den Zarenthron zu finden und über das weitere Schicksal des Landes zu entscheiden. Am 17. Februar 1613 fand man mit dem erst 16-jährigen Michail Fedorovič Romanov, den Sohn des zum Mönch verbannten Fedor Nikitič Romanov, einen Nachfolger, der zudem über Seitenlinien mit der Familie Ivan IV. verbunden war.

Mit der Wahl des Zaren lässt die Historiographie die *smuta* 1613 enden. Doch sie war keinesfalls beendet, da in weiten Teilen des Landes noch schwedische und polnische Truppen weilten, und die Folgen noch weit ins Jahrhundert hinein spürbar waren.

📖 Heiko Haumann: *Geschichte Russlands*. München (1996); Hans-Joachim Torke (Hg.): *Einführung in die Geschichte Russlands*. München (1997); E. Hösch: *Geschichte Russlands: Vom Kiever Reich bis zum Zerfall der Sowjetunion*. Stuttgart, Berlin, Köln (1996); Hans-Joachim Torke: *Einführung in die Geschichte Russlands*. München (1997)

Sozialdemokraten

So nannten sich in Analogie zu den westlichen Sozialdemokraten diejenigen russischen revolutionären Parteien, welche sich auf die Lehren Marx' beriefen. Sie wiesen dem städtischen Proletariat die führende Rolle in der russischen Revolution zu. Die Sozialdemokraten sind somit abzugrenzen von den ⤴Sozialrevolutionären [GL.I], welche sich in Verfolgung der Prinzipien der ⤴Narodniki [GL.I] besonders auf die Bauern stützten.

Die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (RSDAP; russ. RSDRP) entstand durch einen Zusammenschluss von mehreren marxistisch gesinnten revolutionären Zirkeln, die sich in den 1890er Jahren in verschiedenen russischen Städten bildeten. Ihre wichtigsten Führer hatten fast ausnahmslos längere Verbannungsstrafen hinter sich und emigrierten sodann nach Westeuropa (besonders in die Schweiz, nach Frankreich und England). Hier klärten sie unter heftigen Auseinandersetzungen ihre Vorstellungen über die Rolle, welche die verschiedenen russischen Klassen und Organisationen in der künftigen russischen Revolution spielen würden. Unter Beratung durch westeuropäische Sozialisten propagierten sie ihre Ideen mit illegalen Flugschriften und Broschüren in der russischen Arbeiterschaft. Sie gaben unter anderem die in Genf erscheinende Zeitung "Iskra" ('der Funke') heraus. Wichtige Vertreter waren um die Jahrhundertwende G. Plechanov, V.I. Lenin, L.D. Trockij, Ju. Martov, Vera Sasulič, Aron Kremer, P.B. Struve.

Am "ersten Parteitag der russischen Sozialdemokratie" (Minsk 1898) wurde erstmals ein nationaler Zusammenschluss versucht. Es entstand ein Gründungsmanifest. Sämtliche neun Teilnehmer wurden verhaftet.

Der zweite Versuch war der zweite Parteitag der RSDAP (1903), der in Brüssel eröffnet und wegen der Verfolgung durch die belgische Polizei in London fortgeführt wurde. Unter den rund 50 Teilnehmern fanden sich Mitglieder des ⤴"Bundes" [GL.I], der "Iskra"-Herausgeber, mehrerer Delegationen verschiedener Gruppierungen aus Russland und sogenannte ⤵Ökonomen [s.u.]. Nachdem sich die "Iskra"-Herausgeber gegenüber dem "Bund" und den Ökonomen mit ihren Forderungen nach einer strengen Parteidisziplin durchgesetzt hatten, verliessen die beiden letzteren Gruppierungen den Kongress. Darauf entstanden heftige Streitigkeiten unter den "Iskra"-Herausgebern, welche um das Problem des ⤵Demokratischen Zentralismus [s.u.] kreisten. Der vordergründige Anlass bestand allerdings aus geringeren Anliegen, etwa die Aufnahmebedingungen in die Partei. Diese führten zu einer Spaltung in zwei Flügel die ⤴Bolschewiki [GL.I] und die ⤴Menschewiki [GL.I], die schliesslich ab 1912 von einander getrennte Parteien werden sollten.

Demokratischer Zentralismus. Leitendes Organisationsprinzip der bolschewistischen Fraktion der russischen Sozialdemokratischen Partei. Es wird unter diesem Namen erstmals in den Parteistatuten von 1906 erwähnt. Seine Prinzipien werden aber schon in Lenins Schrift "Was tun?" (1902) festgehalten. Sie umfassen:

Wählbarkeit aller leitenden Organe der Partei soweit mit dem Kampf in der Illegalität vereinbar, Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit und Koordination der Aktivität durch das (zunächst im Ausland ansässige) Zentrum der Partei, wobei die Anordnungen desselben zu

befolgen sind. Nach Etablierung des Sowjetregimes und besonders nach dem Tod Lenins diente die Bezeichnung "DZ" der Verschleierung einer tatsächlichen Diktatur von Partei und Staat über die Arbeiterschaft und den Rest des Volkes.

Die Organisationsprinzipien des Demokratischen Zentralismus waren zunächst durch die Illegalität begründet, welche fortgesetzte Besprechung und Infragestellung von Beschlüssen nicht erlaubte. Sie wurden schon am zweiten Parteitag von 1903 durch den menschewistischen Flügel der Partei abgelehnt, der in diesen Prinzipien den Keim zu einer Diktatur der Parteileitung über die Partei selbst, die Arbeiterbewegung und das ganze Volk sah.

Diese Prinzipien wurden nach 1917 von der Partei auch auf den Staat übertragen. Während des Bürgerkriegs (1918-1920/21) führten sie tatsächlich zu einer weitgehenden Diktatur der Parteileitung über das ganze Volk. Interessanterweise griff die Innerparteiliche Opposition auf den Demokratischen Kern des DZ zurück. Eine ihrer Strömungen nannte sich sogar ausdrücklich "Demokratische Zentralisten".

Das Prinzip des Demokratischen Zentralismus ist auch in den Parteistatuten von 1919, 1934 und 1961 erwähnt, ebenso in der Verfassung von 1977. Es diente mehr und mehr als Vorwand und Verschleierung einer de facto Diktatur der Parteiexecutive über die ganze USSR, indem die "Wahlen" de facto Ernennungen von oben wurden, an der Unterordnung unter die Parteiexecutive aber festgehalten wurde.

Lenin weist in seiner Schrift "Was tun?" (1902) darauf hin, dass es unter den Bedingungen des illegalen Kampfes nicht möglich sei, öffentliche Wahlen innerhalb der Partei durchzuführen. Die Demokratie werde aber viel realer im Kreise der beruflichen Revolutionäre gehandhabt. Nur eine zentrale Organisation erlaube es, nach der Zerschlagung von lokalen Fabrikorganisationen im Zusammenhang mit Streiks solche lokalen Organisationen bald wieder aufzubauen.

Im Anschluss an den 2. Parteitag 1903, der zur Spaltung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands führte, verlangte Lenin, dass sich die Menschewiki aufgrund der Mehrheitsverhältnisse den Bolschewiki unterzuordnen hätten.

Gegen das Prinzip des Demokratischen Zentralismus argumentierte am 2. Parteitag und in einer 1904 erschienen Broschüre "unsere politischen Aufgaben" im Namen der Menschewiki hauptsächlich Trockij, der unter anderem darauf hinwies, dass eine Partei, die nach dem Prinzip des Demokratischen Zentralismus aufgebaut sei, Gefahr laufe, statt einer Diktatur des Proletariats, eine Diktatur über das Proletariat zu errichten.

Andere Sozialdemokratische Organisationen im Zarenreich: Es muss aber hervorgehoben werden, dass während kürzerer oder längerer Zeit auch andere, z.T. bedeutende sozialdemokratische Parteien im Gebiet des damaligen russischen Reiches bestanden, etwa die polnischen Sozialdemokraten unter der Führung Rosa Luxemburgs, Gruppierungen in Finnland und im Gebiet der späteren baltischen Staaten. Die "Interrayonisten" (Anhänger Trockijs, die sich später mit den Bolschewiki zusammenschlossen), die "*Otsoviki*" ("Abberufler") Bogdanovs, die eine Beteiligung an der Duma ablehnten, die "Menschewiki-Internationalisten", die 1917 an der national orientierten Hauptgruppe der Menschewiki Kritik übten; vgl. ↑Menschewiki [GL.I], ↑Bolschewiki [GL.I], ↑"Bund" [GL.I].

Ökonomen (oder legale Marxisten). So nannten die Anhänger der Zeitung "Iskra" verächtlich diejenigen Politiker, welche der Ansicht waren, die Arbeiterklasse solle sich zunächst auf ökonomische, gewerkschaftliche Forderungen beschränken. Die bekanntesten unter ihnen sind P.B. Struve, M.N. Tugan-Baranovskij, die bedeutende theoretische Arbeiten über die ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Russland verfassten.

Innerparteiliche Opposition. Innerhalb der kommunistischen Partei gab es während des Bürgerkriegs und im Anschluss daran bis 1930 mehrere organisierte oppositionelle Strömungen, welche versuchten, die Bürokratisierung und die Entwicklung zur totalitären Einheitspartei aufzuhalten. Viele wichtige Persönlichkeiten der Leninschen bolschewistischen Partei wurden Mitglieder der Opposition, z.B. Trockij, Zinov'ev, Kamenev, Bucharin. In der Folge sollen die wichtigsten der Innerparteilichen Opposition dargestellt werden.

Arbeiteropposition. Hauptaktivität 1920/21. Diese Opposition kämpfte für Freiheit der Gewerkschaften und geheime Wahlen in den Sowjets. Um ihre Ziele zu erreichen, organisierten sie auch Streiks. Wichtige Persönlichkeiten dieser Gruppierung waren S.P. Medvedev, A.G. Šljapnikov, Aleksandra M. Kollontaj.

Demokratische Zentralisten wirkten gleichzeitig und in ähnlichem Sinne wie die Arbeiteropposition, richteten ihre Kritik aber mehr auf die Staats- und Parteiorgane als auf die Gewerkschaften. Wichtige Persönlichkeiten unter ihnen waren: T.V. Saprionov, V.V. Obolenskij, V.M. Maksimovskij

Leningrader Opposition. Aktivität 1925 bis Ende 1927. Ihre Forderungen waren auf ökonomischem Gebiet ähnlich denjenigen der Linksopposition, schlossen sich aber letzteren, wegen Meinungsunterschiede bei der Demokratisierung der Partei, nicht an. Wichtige Persönlichkeiten in ihren Reihen waren G.E. Zinov'ev und L.B. Kamenev.

Linksopposition war hauptsächlich zwischen 1923 und 1926/27 aktiv. Ihre führenden Mitglieder versuchten, die Entwicklung der Verhältnisse in der Sowjetunion einer durch den Marxismus geleiteten soziologischen Analyse zu unterwerfen. Sie beobachteten und bekämpften das Entstehen einer privilegierten Bürokratie. Ihre Hauptforderungen waren die Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie, die Minimierung der Einkommensunterschiede in Staat, Partei und Arbeiterschaft sowie ein umfassender langfristiger Wirtschaftsplan, welcher die Industrialisierung und eine freiwillige Kollektivierung der Landwirtschaft zum Inhalt haben sollte. Sie legten besonderes Gewicht auf den proletarischen Internationalismus. Wichtige Persönlichkeiten waren L.D. Trockij, E.A. Preobraženskij, Ch.G. Rakovskij, V. Serge.

Rechtsopposition. Ihre Hauptaktivität war um 1928-1929. Sie wollte gegenüber den durch Stalin übernommenen Wirtschaftsplänen der Linksopposition an der Fortsetzung der Marktwirtschaft [↑Neue Ökonomische Politik, GL.II] festhalten. Wahrscheinlich bestanden Beziehungen zur deutschen KPD(O) (Kommunistische Partei Deutschlands, Opposition) von A. Thalheimer und H. Brandler (in der Schweiz auch W. Bringolf). Wichtige Persönlichkeiten waren N.I. Bucharin, Klara Zetkin und J. Humbert-Droz.

Vereinigte Opposition war 1926-27 aktiv und umfasste einerseits die Linksopposition, andererseits die Leningrader Opposition, ferner Mitglieder der früheren Arbeiteropposition und einzelne Persönlichkeiten wie N.K. Krupskaja. Diese "Vereinigte Opposition" war sich einig in Bezug auf andere Probleme wie die innerparteiliche Demokratie.

Frauen in der russischen Sozialdemokratie: Verglichen mit den sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien [s.o.] des übrigen Europas und den USA war der Frauenanteil in der RSDAP [s.o.] anfangs des 20. Jhs. gross, da im späten Zarenreich beiden Geschlechtern gleichermaßen politische Rechte vorenthalten wurden, was offenbar den Frauen den Zugang zur Politik erleichterte. Genaue Zahlen können allerdings nicht genannt werden, weil in Dokumenten aus der Zeit zwischen 1890 und 1917 selten nach Geschlechtern differenziert wurde. Analysen betreffend Mitgliedergruppen befassten sich wohl mit Fragen nach regionalen, sozialen, zeitlichen Unterschieden, aber nie mit dem Geschlechterverhältnis. Aufgrund unvollendeter Mitgliedererfassungen konnten aber folgende Zahlen geschätzt werden: Zwischen 1890 und 1904 waren 12320 Männer und 2100 Frauen Mitglied der RSDAP, was einem Frauenanteil von 15,4% entspricht. 1917 machten ca. 20000 Frauen einen Anteil von 11% an der Partei aus.

Dass der prozentuale Frauenanteil sank, ist u.a. darauf zurückzuführen, dass sich die RSDAP vor 1917 selten gezielt für eine Veränderung einsetzte; so wurden Frauenquoten oder andere Mittel zur Hebung des Frauenanteils niemals ernsthaft diskutiert. Von den Parteiführern wurden die Frauen jeweils selber für ihre politische Passivität verantwortlich gemacht, während Vertreterinnen der Frauenabteilung des Zentralkomitees Arroganz und Herablassung gegenüber Frauen in der Partei

als Gründe dafür sahen. Auf höchster Organisationsstufe waren Frauen selten anzutreffen, 14% von ihnen hatten aber vor 1905 Führungspositionen auf örtlicher Ebene inne, von den Männern 8%. Hinsichtlich des Alters unterschieden sich Männer und Frauen kaum, es ist aber vor allem in der Zeitspanne zwischen 1905 und 1917 auffallend, dass sich die ganze Partei verjüngte, was auf den Zustrom durch den revolutionären Aufschwung von 1905 politisierter Personen zurückzuführen ist. Demnach trat auch die politische Erfahrung des einzelnen in den Hintergrund, auch die soziale Herkunft war nicht ausschlaggebend für eine Karriere in der Partei, wohl aber die Bildung: Der Anteil an Hochgebildeten stieg mit der Bedeutung der belegten Parteifunktion überproportional an. Die Bildung der Frauen innerhalb der Partei stand in umgekehrtem Verhältnis zur Lage in der russischen Gesamtbevölkerung. 67,5% der Frauen, gegenüber 46,5% der Männer, besaßen eine Hochschulbildung. Ursachen dafür bestehen darin, dass viele Frauen in der RSDAP aus höheren Schichten stammten, wo man es sich leisten konnte, auch die Töchter ausbilden zu lassen, und dass gerade diese Frauen als Gegenreaktion auf ihre Position politisiert wurden.

Bis 1914 hielt die RSDAP an der Auffassung fest, eine separate Frauenpolitik wirke sich negativ auf das Bild der Partei aus. Nur halbherzig wurde versucht, Arbeiterinnen und Arbeiter einander näherzubringen, um sie auf den "gemeinsamen Kampf Schulter an Schulter" vorzubereiten, welcher als Voraussetzung für eine erfolgreiche Revolution propagiert wurde. Um diese Formell umzusetzen, wurden aber keinerlei Massnahmen ergriffen. Erst 1903 wurden auf Vorschlag Lenins Forderungen nach Gleichstellung der Geschlechter, nach allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht sowie gleichem Recht auf Schulbildung für Mädchen und Jungen sowie gewisse Massnahmen zum Frauenarbeits- und Mutterschaftsschutz ins Parteiprogramm aufgenommen. Flugblätter richteten sich ausschliesslich an männliches Publikum; Themen wie Prostitution, ungleiche Bezahlung, Abtreibung wurden meist ausgespart. Es wurde weiterhin als selbstverständlich angesehen, dass die Frau den Haushalt führte und die Kinder erzog, nur sollte sie sich zusätzlich politisch engagieren.

Frauen, welche ihre Sache vorantreiben wollten, wie v.a. Alexandra Kollontaj, wurde oft von seiten der Parteiführung dazwischengefunkt, mit dem immer wiederkehrenden Vorwurf, es stünden nicht die Ideale der Partei im Vordergrund, sondern vielmehr diejenigen der liberal-feministischen Gruppierungen.

GESAMTVERZEICHNIS DER LITERATURHINWEISE

- Boškovska, Nada: *Die russische Frau im 17. Jahrhundert*. Köln, Weimar, Wien 1998.
- Clements, Barbara Evans, Engel, Barbara A., Worobec, Christine D.: *Russia's Women*. Berkeley 1991.
- Die Religion in Geschichte und Gegenwart*. Hg. von Kurt Galling. Tübingen 1956-65.
- Gerschenkron, Alexander: *Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive*. In: *Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte*. Hg. von R. Braun et al. Köln, Berlin 1972, 59-78.
- Geschichte Russlands*. Bd. III. Hg. von Valentin Gitermann. Frankfurt am Main 1965.
- Gorbatschow, Michail: *Perestroika*. München 1987.
- Grosse Enzyklopädie der Sowjetunion*. Moskau 1972.
- Haberkern, Eugen und Wallach, Joseph Friedrich: *Hilfswörterbuch für Historiker. Mittelalter und Neuzeit*. 2 Bde. Tübingen und Basel 1995.
- Handbuch der Geschichte Russlands*. Hg. von Manfred Hellmann, Gottfried Schramm und Klaus Zernack. *Band II (1613-1856)* Hg. von Klaus Zernack. Stuttgart (1986ff) *Band III (1856-1945)*. Hg. von Gottfried Schramm. Stuttgart 1983, 1992.
- Haumann, Heiko: *Geschichte Russlands*. München 1996.
- Haumann, Heiko: *Geschichte und Gesellschaftssystem der Sowjetunion. Eine Einführung*. Köln 1977.
- Hauptmann, Peter: *Altrussischer Glaube*. Göttingen 1963.
- Heller, Klaus: *Russische Wirtschafts- und Sozialgeschichte*. Bd. I. Darmstadt 1987.
- Hingley, Ronald: *Die russische Geheimpolizei 1565-1970*. Bayreuth 1972.
- Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22-1991*. Hg. von Hans-Joachim Torke. München 1993.
- Hösch, Edgar: *Geschichte Russlands. Vom Kiever Reich bis zum Zerfall des Sowjetimperiums*. Stuttgart, Berlin, Köln 1996.
- Jackson, George: *Dictionary of the Russian Revolution*. New York 1989.
- Köbberling, Anna: *Zwischen Liquidation und Wiedergeburt - Frauenbewegung in Russland von 1917 bis heute*. Frankfurt am Main, New York 1993.
- Lewytzkij, Boris: *Die rote Inquisition*. Frankfurt 1967.
- Lexikon der Geschichte Russlands. Von den Anfängen bis zur Oktoberrevolution*. Hg. von Hans-Joachim Torke. München 1985.

- Lorenz, Richard: *Sozialgeschichte der Sowjetunion I. 1917-1945*. Frankfurt am Main 1976.
- Lust und Last - Sowjetische Frauen von Aleksandra Kollontai bis heute*. Hg. von Kristine von Soden. Berlin 1990.
- Mally, Lynn: *Culture of the Future: The Proletkult Movement in Revolutionary Russia*. Berkeley 1990.
- Onasch, Konrad: *Grundzüge der russischen Kirchengeschichte*. Göttingen 1967.
- Pleyer, Viktoria: *Das russische Altgläubigentum*. München 1961.
- Pushkarev, Sergei G.: *Dictionary of Russian Historical Terms from the 11th Century to 1917*. New Haven und London 1970.
- Roth, Jürgen: *Die Russen Mafia*. Hamburg 1996.
- Schaeder, Hildegard: *Moskau, das dritte Rom. Studien zur Geschichte der politischen Theorien in der slawischen Welt*. 2. Aufl. Darmstadt 1957.
- Scheidegger, Gabriele: *Perverses Abendland - barbarisches Russland. Begegnungen des 16. und 17. Jahrhunderts im Schatten kultureller Missverständnisse*. Zürich 1993.
- Schmid, Ulrich: *Gnadenlose Bruderschaften*. Zürich 1996.
- Shukman, Harold: *The Blackwell Encyclopedia of the Russian Revolution*. Oxford, New York 1988.
- Stern, Berhard: *Geschichte der öffentlichen Sittlichkeit in Russland*. Berlin 1908.
- Stökl, Günther: *Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Stuttgart 1962.
- The Origins of Backwardness in Eastern Europe. Economics & Politics from the Middle Ages Until the Early Twentieth Century*. Hg. von Daniel Chirot. Berkeley, Los Angeles, Oxford 1991.
- Tian-Shanskaia, Olga Semyonova: *Village Life in Late Tsarist Russia*. Indiana, Michigan 1993.
- Torke, Hans-Joachim: *Einführung in die Geschichte Russlands*. München 1997.
- Weltgeschichte, Band 2: Vom Wiener Kongress bis zur Gegenwart*. Hg. von Joseph Boesch und Rudolf Schlöpfer. Zürich, Köln 1992.
- Wolff, Larry: *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*. Stanford 1994.
- Zwischen Anpassung und Widerspruch*. Hg. von Uta Grabmüller und Monika Katz. Berlin 1993.

INDEX

—A—

Adel 7, 8, 9, 13, 18, 22, 27, 50
 Alexander I. 40
 Alexander II. 13, 24, 29, 30, 44, 47
 Alexander III. 19, 28, 44
 Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in
 Polen, Litauen und Russland *Siehe*
 "Bund"
 Altgläubige 6, 18, 29, 40
 Anarchismus 6
 Antonij 22
 Arbeiteropposition 54
 Armand, Inessa 24, 48
 Autokratie 8, 14, 15, 22, 27, 40
 Avvakum 6

—B—

Bakunin, Michail A. 6, 47
 barščina 6, 13, 14
 Bardina, Sofija 47
 Benkendorf, A. K. 29
 bespopovcy, popovcy 6, 18
 besprizornye 22
 Bogdanov, Aleksandr A. 16, 53
 Bojaren 7, 9, 12, 15, 22, 27, 35, 51
 Bojarenduma 7, 15, 27, 50
 Bolotnikov, Ivan 51
 Bolschewiki 6, 7, 11, 12, 21, 24, 30, 32, 40,
 41, 52, 53
 Brežnev, Leonid I. 17, 18, 20, 36
 Brigade 12, 33
 Bucharin, Nikolaj I. 7, 38, 39, 53, 54
 Bund 7, 52, 53
 buržuazija 7

—C—

Caadaev, Petr J. 24, 44
 Cernyševskij, Nikolaj G. 14
 Cholopen, cholop 13
 Chruščev, Nikita S. 10, 20, 41
 CK, Čeka (vgl. Geheimpolizei) 8, 30

—D—

Davos 48
 Dekabristen 29
 Demokratische Zentralisten 53, 54

Demokratischer Zentralismus 52
 Diebe im Gesetz 8, 36
 Dienstadel *Siehe* pomeščiki
 Diktatur des Proletariats 53
 Dmitrij (Pseudo-Dmitrij I.) 51
 Dmitrij (Pseudo-Dmitrij II.) 51
 Dmitrij, Ivanovič 50, 51
 Domostrojs 28
 Doppelherrschaft 8, 12, 16
 Dorfgemeinde *Siehe* mir und obščina
 Dreizelgensystem 8
 Dritte Abteilung (vgl. Geheimpolizei) 29
 Drittes Rom 9, 40
 Drozdov 40
 družina 7, 9
 Duchoborzy 19
 Duma 7, 8, 15, 16, 27, 50, 53

—E—

Ehe- und Familiengesetzbuch 10, 24, 28
 Elektrifizierung *Siehe* GOELRO
 Engels, Friedrich 44
 Eurasier 44
 Eusebius 39

—F—

Fedor I. 50
 Filofej 9
 Fronarbeit *Siehe* barščina
 Fünfjahresplan 31, 32, 38, 41

—G—

Geheimpolizei 11, 13, 29
 Gennadij, Gennadius 18
 Glasnost' 10, 15
 Godunov, Boris 50, 51
 GOELRO 31, 32, 35, 41
 Gogol', Nikolaj V. 18
 Gorbačev, Michail S. 15, 17, 29, 33, 36
 gorod 12, 43
 Gosplan 31, 41
 GPU, OGPU (vgl. Geheimpolizei) 11, 30
 Grossfürst 7, 11, 13, 15, 23, 24, 27, 39
 gubernija 10, 11, 43
 GULag 11, 31

—H—

Heiliger Synod 40
 Hermogen 51
 Herzen (Gercen), Aleksandr I. 14
 Humbert-Droz, J. 54

—I—

Industrialisierung 21, 23, 31, 32, 35, 37, 39,
 44, 54
 Innerparteiliche Opposition 53
 Intelligencija 7, 8, 16, 25
 Internationalisten 53
 Interrayonisten 53
 Ioann 39
 Iov 50
 Iskra 52, 53
 Ivan IV. 8, 15, 24, 27, 50, 51

—J—

Jaroslav der Weise 39
 Joseph von Volokolamsk 18
 Judaisierende (vgl. Sekten) 18, 40

—K—

Kadetten 11, 16, 28
 kahal 12
 Kamenev, Lev B. 39, 53, 54
 Katharina II. 8, 17, 28, 44, 46, 49
 Kirche 6, 9, 10, 13, 18, 19, 21, 39, 50
 Kolchos, Kolchosen 12, 32, 33, 34
 Kollektivierung 11, 12, 21, 22, 23, 31, 32,
 34, 35, 39, 40, 54
 Kollontaj, Aleksandra M. 24, 48, 54, 55
 Kommandohöhen 12, 37
 Kommunistische Partei 7, 16, 24, 33, 41, 42,
 53
 Konstituante 12
 Konstitutionell-Demokratische Partei *Siehe*
 Kadetten
 kormlenie 27, 43
 Kremer, Arkadij (Aron) 52
 kreml' 12, 51
 Kriegskommunismus 13, 32, 34
 Kropotkin, Petr A. 6
 Krupskaja, Nadežda K. 54
 Krzižanovskij, Gleb M. 31
 Kulaken 23, 31, 32, 34, 38
 kustar'-Gewerbe 17, 35, 38

—L—

Läuflinge 13
 Lavrov, Petr L. 47

Leibeigenschaft 6, 8, 13, 14, 18, 34, 45
 Lenin 6, 7, 16, 20, 30, 31, 32, 37, 39, 40, 41,
 42, 45, 52, 53, 55
 Leningrader Opposition 54
 Linksopposition 54
 Ljapunov, P. P. 51
 Luxemburg, Rosa 53

—M—

Mafia 8, 17, 18, 36
 Maksimovskij, V. M. 54
 Markt 17, 34, 36, 37, 42, 45
 Martov, Ju. 52
 Marx, Karl 44, 52
 Medvedev, S. P. 54
 Menschewiki 7, 13, 52, 53
 mestničestvo 7, 13
 Metropolit 39, 40
 Miljukov, Pavel M. 11, 16
 Minin, Kuz'ma 51
 mir 12, 22, 43, 49
 mitropol'ja 39
 Mniszech, Maryna 51
 Molokaner 19

—N—

namestnik 27, 43
 narodniki, narodničestvo 14, 47, 52
 NEP *Siehe* Neue Ökonomische Politik
 Neue Ökonomische Politik (NÖP, russ.
 NEP) 12, 18, 19, 20, 23, 24, 30, 32, 34,
 37, 42, 54
 Nikolaj I. 19, 29
 Nikolaj II. 15, 24, 25, 28
 Nikon 6, 40
 Nil Sorskij 22, 40

—O—

oblast' 43
 Obolenskij, V. V. 54
 obrok 6, 13, 14
 obščestvo 14, 17
 obščina 12, 19, 22, 23, 49
 Ochrana (vgl. Geheimpolizei) 30
 Ökonomen 52, 53
 okrug 43
 Oktobristen 15, 16
 Oleg 11
 Olga 27
 opolčenie 9
 opričnina 15, 50
 Orthodoxe Kirche *Siehe* Kirche
 Otsoviki, Otcovisten 53

—P—

Patriarch von Konstantinopel 39
 Patriarch von Moskau 40, 50
 Paul I. 6
 Perestrojka 10, 15, 33
 Peter I. 7, 18, 19, 23, 24, 40, 43, 44
 Planwirtschaft 17, 31, 32, 41
 Plechanov, Georgij V. 52
 Pleve, Vjačeslav K. 25, 30
 pogosti 27
 Pogrom 17, 30
 Polizeisozialismus *Siehe* zubatovščina
 poljud'e 27
 pomeščiki 7, 8
 pomest'e 8
 popovcy *Siehe* bespopovcy
 posad 12, 22
 posadnik 27
 Pozarski, Dmitrij M. 51
 Pravda 33
 Preobraženskij, Evgenij A. 54
 Progressisten 16
 Progressiver Block 16
 Proletarische Kultur (Proletkul't) 16
 provincija 43
 Provisorische Regierung 8, 12
 pugačevščina 15, 17
 Pugačev, Emel'jan I. 17, 40

—R—

Rakovskij, Ch. G. 54
 raskol, raskol'niki *Siehe* Altgläubige
 Rasputin, Grigorij E. 22
 Rat der Volkskommissare 12, 32, 41
 Razin, Stepan 40
 razverstka 32, 34, 37, 42
 Rechtsopposition 54
 Reichsrat 16, 51
 Rjurikiden 50
 Romanov (Dynastie) 50, 51
 RSDRP *Siehe* Sozialdemokraten
 Rückständigkeit 9, 16, 20, 24, 44
 Russifizierung 39
 Rykov, Aleksej I. 38

—S—

Sapronov, T. V. 54
 Sasulič, Vera 52
 Schattenwirtschaft 17, 18, 36
 Scherenkrise 17, 38
 schwarze Bevölkerung 12, 18
 Schwarze Hundertschaften 17
 Schwarzmarkt 13, 17, 18, 32, 36, 37

Seelen 18, 49
 Sekten (vgl. Kirche) 18, 29, 40
 Selbstverwaltung 11, 12, 19, 23, 28, 33, 49
 Seniorat 19
 Serge, Victor 54
 Sergij, Aleksandrovič 25
 Sigismund III. 51
 Slawophile 9, 19, 44
 Sljapnikov, Aleksander G. 54
 slobody 18
 Smidovič, Sophia 24
 smuta 15, 50
 smyčka 19, 37
 snochačestvo 20, 28
 sobor 20
 sobornost' 19
 sotskij 49
 Sowchosen 20
 Sowjet 8, 23, 30, 54
 Sowjetkongress 12, 31, 42
 Sozialdemokraten 7, 11, 13, 21, 25, 28, 52, 53, 54
 Sozialrevolutionäre 12, 21, 28, 52
 Staatliche Kommission zur Elektrifizierung Russlands *Siehe* GOELRO
 Staatsduma 15, 16, 28
 Stadtbürgergemeinde 21
 Stadtduma 28
 Stadtrecht 21
 Stalin 7, 8, 12, 15, 17, 23, 29, 31, 32, 35, 37, 38, 40, 45, 54
 stan 43
 starec 21, 40
 starosta 22, 43, 49
 starovercy *Siehe* Altgläubige
 Starzen *Siehe* starec
 Steuern 10, 12, 14, 18, 22, 27, 28, 42, 49
 Stolypin, Petr A. 49, 50
 Struve, Petr B. 52, 53
 Stundisten 19
 subbotniki 24
 Sujskij, Vasilij 50
 Suslova, Nadežda 46
 Synod *Siehe* Heiliger Synod

—T—

Tagewerk *Siehe* trudoden'
 Tichon, Vasilij 40
 Tolstoj, Lev N. 19
 Trockij, Lev D. 7, 39, 45, 52, 53, 54
 trudoden' 12, 33
 Tugan-Baranovskij, Michail N. 53

—U—

učastok 22
uezd 22, 43

—V—

Vasilij IV. *Siehe* Šujskij, Vasilij
veče 22, 43
Vereinigte Opposition 54
verv' 43
Verwahrloste *Siehe* besprizornye
voevoda 23, 43
Volkskommissariat für Innere
Angelegenheiten (NKVD) 30
Volksversammlung *Siehe* veče
Volockij, Josif 40
volost' 22, 23, 43, 49
volostel' 27, 43
votčina 7, 8, 23

—W—

Warenhunger-Krise 17, 23, 38

weisse Bevölkerung 12, 18
Westler 19, 24, 44
Witte, Sergej J. 44
Wladysław 51

—Z—

Zar 7, 8, 9, 11, 14, 18, 20, 23, 24, 27, 28, 29,
35, 40, 50
Zeit der Wirren *Siehe* smuta
zemstvo 11, 15, 43, 49
ženotdel 17, 24, 28
zenskie otdely *Siehe* ženotdel
Zentrales Exekutivkomitee 12
Zentralkomitee (ZK) 32, 38, 54
Zetkin, Klara 54
Zinov'ev, Grigorij E. 39, 53, 54
zubatovščina 25
Zubatov, Sergej V. 25, 30
Zürich 46

MITARBEITERINNEN:

Simone Alder

Nadia Borie

Noëmi Crain

Matthias Dietrich

Michael Engesser

Tiina Fahrni

Kurt Giertz

Alexandra Greeff

Wolfgang Groebke

Julia Grütter

Heiko Haumann

Dorte Hering

Melanie Imhof

Shifra Kuperman

Thomas Leisinger

Frank Linhart

Mikkel Mangold

Danja Mattle

Corinna Müller

Sarah Nigg

Paola Pitton

Tanja Popović

Julia Richers

Kathrin Ringger

Teresa Roos

Evelyn Ruf

Jann Rufner

Jean Jaques Schoenholzer

Marc Schumacher

Tatjana Simeunovič

Madoc Skinner

Sandra Soland

Jürg Ulrich

Martha Vogel

Barbara Wirz

Lukas Zutter

Oliver Zwahlen